



Plenum

120. Sitzung

München, Dienstag, 19. Juli 2022, 13:30 bis 16:27 Uhr

Klimatisierung im Plenarsaal.....	16618
Geburtstagswünsche für die Abgeordneten Thomas Huber und Ernst Weidenbusch	16618
Bekanntgabe betr. Ausschussumbesetzungen.....	16618
Mitteilung betr. Verschiebung des TOP 5 a (Drs. 18/23524).....	16618
Aktuelle Stunde gem. § 65 BayLTGeschO auf Vorschlag der AfD-Fraktion	
"Inflation-Sanktion-Rezession - Unser aller Wohlstand ist gefährdet"	
Uli Henkel (AfD).....	16618
Alexander König (CSU).....	16621
Tim Pargent (GRÜNE).....	16624
Manfred Eibl (FREIE WÄHLER).....	16626 16628
Annette Karl (SPD).....	16628
Matthias Fischbach (FDP).....	16630
Franz Josef Pschierer (CSU).....	16631 16633
Rainer Ludwig (FREIE WÄHLER).....	16633 16635
Jochen Kohler (CSU).....	16635
Raimund Swoboda (fraktionslos).....	16637
Abstimmung	
über Verfassungsstreitigkeiten und Anträge, die gem. § 59 Abs. 7 der Geschäftsordnung nicht einzeln beraten werden (s. Anlage)	
Beschluss.....	16638

Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Susanne Kurz u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Diversität im Kulturbereich I: Diversitätskriterien für den Bayerischen Filmpreis entwickeln (Drs. 18/22231)

Beschlussempfehlung des Wirtschaftsausschusses (Drs. 18/23649)

Beschluss..... 16637

Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Susanne Kurz u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Diversität im Kulturbereich II: Diversitätskriterien für bayerische Filmfördermittel entwickeln (Drs. 18/22216)

Beschlussempfehlung des Wirtschaftsausschusses (Drs. 18/23648)

Beschluss..... 16638

Wahl eines Mitglieds für den Ausschuss der Regionen

Beschluss..... 16638

Gesetzentwurf der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Gisela Sengl u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

zur Verbesserung der Agrarstruktur in Bayern (Bayerisches landwirtschaftliches Bodeneigentumsgesetz - BayLaBoG) (Drs. 18/23310)

- Erste Lesung -

Gisela Sengl (GRÜNE).....	16639	16648	16650
Wolfgang Fackler (CSU).....	16641	16643	
Elmar Hayn (GRÜNE).....		16643	
Ralf Stadler (AfD).....		16643	
Dr. Leopold Herz (FREIE WÄHLER).....		16644	
Ruth Müller (SPD).....	16645	16646	
Christoph Skutella (FDP).....		16646	
Raimund Swoboda (fraktionslos).....		16648	
Martin Schöffel (CSU).....	16649	16650	

Verweisung in den Landwirtschaftsausschuss..... 16650

Gesetzentwurf der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Stephanie Schuhknecht u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Gesetz über die Behandlung von Petitionen nach Art. 115 der Verfassung des Freistaates Bayern sowie über die unabhängige Bürgerbeauftragte oder den unabhängigen Bürgerbeauftragten des Freistaates Bayern (Bayerisches Petitions- und Bürgerbeauftragtengesetz - BayPetBüG) (Drs. 18/23513)

- Erste Lesung -

Stephanie Schuhknecht (GRÜNE).....	16651	16660	16661	16667	16668	16669
						16669
Michael Hofmann (CSU).....	16653	16656	16657	16663	16668	
Toni Schuberl (GRÜNE).....		16655	16656	16665		
Alexandra Hiersemann (SPD).....	16657	16661	16662	16663	16666	
						16666

Stefan Löw (AfD).....	16658
Alexander Hold (FREIE WÄHLER).....	16658 16660 16661
Albert Duin (FDP).....	16663 16665 16666
Raimund Swoboda (fraktionslos).....	16666 16667
Staatssekretär Sandro Kirchner.....	16669
Verweisung in den Verfassungsausschuss.....	16671
Schluss der Sitzung.....	16671

(Beginn: 13:30 Uhr)

Erster Vizepräsident Karl Freller: Verehrte Kolleginnen und Kollegen! Ich eröffne hiermit die 120. Vollsitzung des Bayerischen Landtags.

Bevor wir in die Tagesordnung eintreten, habe ich einen Hinweis zur Klimatisierung im Plenarsaal. Das Thema Energiesparen ist allgegenwärtig. Der Bayerische Landtag will wie auch der Deutsche Bundestag Vorbild sein und seinen Beitrag zum Energiesparen leisten. Unser Technischer Dienst versucht, behutsam in die Regelung der technischen Anlagen einzugreifen. Daher werden wir auch im Plenarsaal ab heute bei einer Außentemperatur von 32 Grad den Innenraum maximal auf 26 Grad Celsius herunterkühlen. Dies wird gerade an heißen Sommertagen wie heute eine Bewährungsprobe darstellen. Aber wir müssen jetzt alle unseren Beitrag leisten. Daher bitte ich Sie um Verständnis für diese Maßnahme. Ich füge hinzu: Es spricht sicher nichts dagegen, sich etwas luftiger zu kleiden.

(Beifall bei Abgeordneten der CSU)

– Herr Mehring hat es gerade schon vorgemacht.

Jetzt darf ich noch zwei Glückwünsche aussprechen. Am 17. Juli hat Herr Kollege Thomas Huber einen runden Geburtstag gefeiert. Heute hat Herr Kollege Ernst Weidenbusch Geburtstag. Im Namen des Hohen Hauses wünsche ich beiden alles Gute und Erfolg für die weitere parlamentarische Arbeit.

(Allgemeiner Beifall)

Bevor wir in die Tagesordnung eintreten, möchte ich folgende Ausschussumbesetzungen bekannt geben: Die CSU-Fraktion hat mitgeteilt, dass der Abgeordnete Dr. Franz Rieger aus dem Ausschuss für Bundes- und Europaangelegenheiten sowie regionale Beziehungen ausscheidet. Neues Mitglied in diesem Ausschuss wird der Abgeordnete Johannes Hintersberger. Darüber hinaus scheidet der Abgeordnete Dr. Gerhard Hopp aus dem Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen aus. Die SPD-Fraktion hat den Abgeordneten Volkmar Halbleib als neues Mitglied im Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen benannt.

Außerdem gebe ich bekannt, dass der Tagesordnungspunkt 5 a, Erste Lesung zum Gesetzentwurf der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur "Änderung des Bayerischen Behindertengleichstellungsgesetzes und des Bayerischen E-Government-Gesetzes – Barrierefreiheitsgesetz für Bayern" auf Drucksache 18/23524, auf Wunsch der Initiatoren von der Tagesordnung abgesetzt wird. Der Aufruf erfolgt zu einem späteren Zeitpunkt.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich rufe **Tagesordnungspunkt 1** auf:

Aktuelle Stunde gem. § 65 BayLTGeschO auf Vorschlag der AfD-Fraktion

"Inflation-Sanktion-Rezession - Unser aller Wohlstand ist gefährdet"

Sie kennen das Procedere. Jede Rednerin oder jeder Redner hat grundsätzlich fünf bzw. zehn Minuten Redezeit. Die fraktionslosen Kollegen können je zwei Minuten reden. Der erste Redner ist Herr Kollege Uli Henkel. Herr Henkel, Sie haben das Wort.

(Beifall bei der AfD)

Uli Henkel (AfD): Herr Präsident, geschätzte Kollegen! Knapp 100 Jahre nach der traumatischen Hyperinflation von 1923 ist die Inflation erneut die größte Sorge unserer Bürger. Vor allem Menschen mit niedrigem Einkommen ahnen, dass sie sich

bald noch mehr einschränken müssen. Sollten wir gar in eine Rezession stürzen, kommt unser Mittelstand wohl ganz schnell noch hinzu. Diese Kostenexplosion hat Folgen für uns alle. Vieles wäre vermeidbar gewesen, hätte man durch eine vorausschauendere Politik vorgebeugt, so wie sie die AfD oft aufgezeigt hat.

Mit circa 8 % hat die Inflation mittlerweile ein 70-Jahre-Hoch erreicht. Hauptursache hierfür ist die Teuerung bei Energie und Nahrungsmitteln. Bereits jetzt warnt jedoch die Vonovia davor, dass auch die Mieten an die dauerhaft hohe Inflation angepasst werden müssen. Wir befinden uns also inmitten eines finanzpolitischen Sturms mit der Aussicht auf einen wirtschaftlichen und sozialen Hurrikan. Ich zitiere Arbeitgeberpräsident Dulger:

Wir stehen vor der größten Krise, die das Land je hatte. [...] Wir müssen uns ehrlich machen und sagen: Wir werden den Wohlstand, den wir jahrelang hatten, erstmal verlieren.

Wie sind wir nur in diese Situation hineingeraten? – Beginnen wir mit der Einordnung des Mythos, allein Putins Angriffskrieg gegen die Ukraine wäre schuld an unserer Misere. Ja, dieser Krieg hat dazu beigetragen, die Preise zum Beispiel für Agrarprodukte in die Höhe zu treiben. Dies bedeutet für große Teile des Nahen Ostens, vor allem aber auch Afrikas nichts weniger als eine Menschenleben gefährdende Katastrophe mit zu erwartenden Fluchtfolgen wohl auch für uns in Deutschland. Die Inflation im Kontext des Ukrainekrieges ist jedoch hausgemacht. Es sind die von Ihnen allen mitgetragenen Sanktionen, die zur aktuellen Kostenexplosion führen. Das ist übrigens ein Schuss ins Knie. Während die Sanktionen hierzulande massiven Schaden anrichten, verkauft Russland sein Öl nun woanders hin und erhält für deutlich weniger geliefertes Gas den gleichen Erlös wie vorher für die doppelte Menge. Sanktionen, die den sie verhängenden Staat mehr schädigen als den zu disziplinierenden Delinquenten, sind nationalstaatlich gesehen aber purer Masochismus.

(Beifall bei der AfD)

Der Ukrainekrieg war also nur der Zündfunke, der den Inflationsflächenbrand schließlich entfachte. Preissteigerungen bei Energieprodukten werden durch zahlreiche Faktoren beeinflusst, darunter auch die zu Jahresbeginn erneut gestiegene CO₂-Abgabe. Damit wären wir schon beim Hauptverursacher der Greenflation. Eine klassische Inflation ist sie nicht, ist sie doch bewusst herbeigeführt. Wir sollen im Namen der Klimarettung ganz offensichtlich jeden Preis bezahlen. Bewusst verteuern Sie seit Jahren unsere Energie durch die Erhöhung von Steuern und CO₂-Abgaben. Gleichzeitig steigert man auch noch die Kosten der Energieerzeugung durch den Wechsel von günstigeren, bereits bestehenden Kern- und Kohlekraftwerken hin zum kostenintensiven Ausbau von Wind- und Solaranlagen, deren Unzuverlässigkeit und mangelnde Grundlastfähigkeit aber für ein Industrieland wie Deutschland inakzeptabel sind.

(Zuruf von den GRÜNEN)

Die Attacken der Anhänger der Klima-Religion auf unseren Wohlstand beschränken sich jedoch nicht nur auf den Energiesektor, welcher in alle nachgelagerten Wirtschaftsbereiche ausstrahlt. Ich denke beispielsweise an das Verbot preiswerter Verbrennerautos zugunsten von überteuerten Elektrofahrzeugen ab dem Jahr 2035. Das alles sind Lasten, die Ihre Parteien selbstgefällig dem Bürger im Namen der Weltenrettung zumuten.

Dazu kommt noch die verhängnisvolle Geldpolitik der EZB. Die Schweiz dient an dieser Stelle als Gegenentwurf. Hier beträgt die Inflation aufgrund der Sanktionen 8 %, dort ohne Sanktionen lediglich 2,7 %. Das liegt vor allem an der maßvollen

Geldpolitik der Schweizer Notenbank im Vergleich zur EZB. Deutschland selbst hat jedoch keinen Einfluss mehr. Wir haben dank Ihrer EU-besoffenen Politik der letzten 30 Jahre unsere geldpolitische Souveränität komplett an die EZB abgegeben.

(Beifall bei der AfD)

Diese finanziert entgegen aller einstigen Versprechen die mediterranen Staaten über Anleihenkäufe und verwandelt so den Euro in eine Weichwährung, was einem erzwungenen Inflationsimport für Deutschland gleichkommt. Signifikante Zinserhöhungen, ein klassisches Mittel der Inflationsbekämpfung, sind indes tabu. Diese würden Frankreich, Italien und Co. in die Zahlungsunfähigkeit treiben. Aus europäischer Solidarität blutet anstelle der reformunwilligen Schuldnerländer dann eben wieder einmal Deutschland.

Auch Ihre Corona-Politik hat massiv zur jetzigen Inflation beigetragen. Abgesehen von der gewaltigen Geldmengenausweitung, die nötig wurde, um strauchelnde Unternehmen und Privatpersonen im Lockdown über Wasser zu halten, warnten viele Ökonomen vor dem, was passieren würde, wenn all das Geld, welches zwei Jahre lang nicht ausgegeben werden konnte, mit einem Schlag auf einen Markt trifft, der sich bereits mit erheblichen Lieferengpässen konfrontiert sieht.

Doch Sie wollten es nicht hören. Und nun haben wir sie, die Katastrophe mit Ansage. Wenn es Putin nicht gäbe, müsste man ihn glatt erfinden; denn einen besseren Sündenbock für Ihr jahrelanges kollektives Versagen hätten Sie sich gar nicht wünschen können.

(Beifall bei der AfD)

Nun ist es aber nicht so, als ob wir Sie nicht immer wieder gewarnt und mit unseren Anträgen und Wortmeldungen Wege zur Vermeidung dieser Krise, die sich ja angekündigt hat, skizziert hätten. Bereits im November 2019 meldeten wir Bedenken hinsichtlich unserer Energieversorgung an und verwiesen in Drucksache 18/4842 darauf, dass die für das Jahr 2025 erwartete massive Importabhängigkeit von Strom für eine Industrienation wie Deutschland viel zu risikoreich sei.

Schon vor Putins Angriff auf die Ukraine stellten wir in Drucksache 18/20647 ein Maßnahmenpaket vor, um die Preise für Energie und Rohstoffe auf ein erträgliches Maß zu drücken. Konkret sprachen wir uns für die Streichung der CO₂-Abgabe und die Abschaffung der EEG-Umlage aus. Zumindest was Letzteres anbelangt, sind Sie uns ja tatsächlich sogar einmal gefolgt.

(Lachen bei der SPD)

Zu guter Letzt waren wir es, die in der Corona-Krise wiederholt gegen die massiven Einschränkungen des öffentlichen Lebens eintraten. Wären Sie uns etwa – siehe Drucksache 18/13935 – bei der Öffnung des Einzelhandels, der Hotels und der Gastronomie gefolgt, dann hätte man keine Hilfen an die betroffenen Unternehmer auszahlen müssen, und der Geldfluss wäre nicht in das laufende Jahr 2022 umgelenkt worden.

Der Schaden ist angerichtet. Nun muss es also darum gehen, ihn zu begrenzen. Bereits unmittelbar nach Kriegsbeginn haben wir Ihnen im Dringlichkeitsantrag auf Drucksache 18/21709 ein umfangreiches Maßnahmenpaket vorgestellt. Dieses enthielt unter anderem die Laufzeitverlängerung der verbliebenen Kernkraftwerke, die Einführung eines Moratoriums für den Ausstieg aus der Kohlekraft sowie Steuererleichterungen für die Bürger.

Sie aber haben all diese Anträge aus machtpolitischem Kalkül zum Schaden der Bürger dieses Landes abgeschmettert. Insoweit liegt es nun an den Wählern, hieraus auch Konsequenzen zu ziehen und Ihnen bei der kommenden Landtagswahl 2023 die Quittung für Ihr dogmatisches Verhalten auszustellen.

(Beifall bei der AfD)

Die Bekämpfung der Inflation verlangt in jedem Falle einen konsequenten Schuldenabbau. Das bedeutet für Sie, Kollegen auf der linken Seite, dass auch bei vielen Ihrer gänzlich überflüssigen Lieblingsprojekte der Stecker zu ziehen ist. Was glauben Sie kümmern die Bürger Ihre 180 Geschlechter, Ihr Gender-Gestammele, die Alimentierung von Millionen Wirtschaftsflüchtlingen – davon 70.000 ausreisepflichtig – oder eben auch der Green Deal, wenn ganz aktuell doch deren eigene Existenz auf dem Spiel steht!

So gesehen liegt in der Krise auch die Chance, endlich zu wirtschaftlicher und gesellschaftspolitischer Vernunft zurückzukehren. Handeln wir also schnell! Öffnen wir sofort North Stream 2! Stabilisieren wir die Einkommen privater Haushalte durch gezielte steuerliche Entlastungen! Helfen wir den Bürgern auf dem Arbeitsmarkt durch den Abbau von Bürokratie und die Förderung von Aus- und Weiterbildung! Und: Lassen Sie uns endlich wieder attraktive Rahmenbedingungen für Investitionen in den Wirtschaftsstandort Deutschland schaffen!

Allein – Sie werden vermutlich nichts dergleichen tun. Denn in Bezug auf die Ukraine ist Ihnen keine Geste, auch finanzieller Art, groß genug. Bei den eigenen Menschen sieht es leider ganz anders aus. Maßnahmen wie die einmalige Energiepreispauschale von 300 Euro sind doch ein Witz, wenn man die Bürger gleichzeitig dazu auffordert, für die kommende Heizkostennachzahlung schon einmal 1.500 Euro zurückzulegen.

Fazit: Die Bürger tun also recht daran, sich Sorgen um die Inflation und deren Folgen zu machen. Worüber sie sich jedoch die meisten Sorgen machen sollten, das ist das periodisch wiederkehrende Versagen der von ihnen mehrheitlich gewählten Parteien. Es heißt ja, aufgrund seiner Geschichte fürchte Deutschland sich mehr vor der Inflation als vor der Rezession; im Rest der Welt sei es genau umgekehrt. Dank Ihrer Politik, geschätzte Kollegen, werden wir nun wohl leider beides bekommen. Die AfD-Fraktion hat regelmäßig Alternativen zu Ihrem permanenten Selbstzerstörungskurs aufgezeigt. Nun ist es an Ihnen, endlich die Weichen richtig zu stellen. Denn wenn die Menschen Essen und Heizen nicht mehr bezahlen können, dann werden sie wohl schon bald auf der Straße mit den Füßen abstimmen. – Herzlichen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der AfD)

Erster Vizepräsident Karl Freller: Ich bedanke mich bei Herrn Abgeordneten Henkel und darf als nächsten Redner Herrn Kollegen Alexander König von der CSU-Fraktion aufrufen. Bitte schön, Herr Abgeordneter König.

Alexander König (CSU): Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Kollege Henkel, der soeben gesprochen hat, wird sich sicherlich noch an Klementine erinnern, die uns jahrelang fast täglich im Fernsehen erklärte, dass Ariel weißwasche. Das war soeben wirklich eine Klementine-Rede; denn Sie haben sich heute hier als die Klementine eines Aggressors, nämlich Putins, dargestellt.

Sie haben dem Aggressor Putin bescheinigt, dass nicht er an der wirtschaftlichen Entwicklung in Deutschland und auf der Welt schuld sei, dass nicht er an der Inflation schuld sei, sondern dass die bösen deutschen Regierungen, die bisher an der

Macht waren, diese Inflation hervorgerufen hätten. Was Sie hier machen, ist reine Putin-Propaganda.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Es ist auch Wahlkampf; aber es ist in jedem Fall Geschichtsklitterung. Herr Henkel, das hat System bei Ihnen und Ihrer Partei. Sie sollten sich persönlich dafür schämen, weil Sie intellektuell das nachvollziehen können, was Sie hier betreiben – Geschichtsklitterung für den Aggressor Putin. Sie haben ausgeführt, Putin sei nicht schuld an der Misere, die Inflation sei hausgemacht, Putin habe nur den Zündfunken geliefert, die Inflation sei bewusst von der deutschen Regierung herbeigeführt worden. Sie haben uns weisgemacht, Putin werde hier nur noch als Sündenbock dargestellt. Ich sage Ihnen, Herr Henkel: Schämen Sie sich für diese Ausführungen! Die können Sie zwar wieder im Netz verbreiten; das kann man hier leider nicht vermeiden. Aber Sie sind die Klementine von Putin!

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Die Realität ist eine andere, Kolleginnen und Kollegen. Unser Wohlstand ist tatsächlich gefährdet; das war das einzige Richtige an dem, was Sie hier ausgeführt haben. Die Gefährdung dieses Wohlstands geht aber ganz maßgeblich von einem Aggressor in Russland aus, der einen grausamen Angriffskrieg gegen ein unabhängiges Land herbeigeführt hat. Dessen Schockwellen erschüttern die Weltwirtschaft – damit auch unser Land und Europa insgesamt. Das ist so. Denn die Energieversorgung ist nicht mehr gewährleistet. Auch die Getreideversorgung auf der Welt ist aufgrund dieses unverantwortlichen Angriffskrieges nicht mehr gewährleistet.

Wie sich die Wirtschaft bei uns konkret weiterentwickeln wird, wissen wir leider nicht. Aber die Wahrscheinlichkeit ist hoch, dass wir auf eine Energiekrise – im wahrsten Sinne des Wortes –, namentlich auf einen Gasnotstand in diesem Land zusteuern. Dafür ist einer verantwortlich – Ihr Auftraggeber, Ihr Freund Putin in Russland, Herr Henkel. So schaut es aus!

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN – Zuruf von der AfD: Na, na, na!)

Wahr ist, dass es Sanktionen seitens der EU gegenüber Russland gibt. Wahr ist auch, dass Russland mit Sanktionen gegenüber der EU reagiert hat. Wahr ist, dass die EU-Sanktionen bisher ihr Ziel, den Krieg zu beenden, leider nicht erreicht haben. Wahr ist auch, dass die Maßnahmen Russlands dazu geführt haben, dass der Stahlimport von dort zu uns erheblich zurückgegangen ist, vor allem aber, dass die Lebensmittelpreise erheblich gestiegen sind. Der Weizenpreis hat sich um 35 % erhöht, der Preis für Mais um 15 bis 25 %, der für Sonnenblumenkerne um ein Drittel – und so weiter und so fort.

(Zuruf von der AfD: Merken Sie nicht, wohin die Sanktionen führen?)

Das Ergebnis dieses Angriffskrieges ist ein Schaden für alle in Europa und darüber hinaus. Wie sich das wirtschaftliche Wachstum – oder: Nichtwachstum – in Deutschland entwickeln wird, kann man noch nicht abschließend sagen. Die Prognosen gehen weit auseinander. Die EU-Kommission glaubt immer noch an ein Wachstum von 1,4 %. Das Ifo-Institut sagt dagegen mittlerweile ein Minuswachstum von 2,7 % voraus. Ich fürchte sehr, dass das Ifo-Institut – leider – näher an der Wahrheit ist.

Kolleginnen und Kollegen, wegen der drohenden Energiekrise und der damit einhergehenden drohenden Rezession ist umso mehr kluges wirtschaftliches und poli-

tisches Handeln gefragt. Was wir auf der Bundesebene, wo die Entscheidungen zu treffen sind, erleben, ist dagegen ein Klein-Klein, ein planloses Hü und Hott. Die einen, vor allem Vertreter der GRÜNEN und der SPD, fordern eine Übergewinnsteuer.

(Zuruf des Abgeordneten Tim Pargent (GRÜNE))

– Herr Pargent, Sie kommen noch dran.

Die einen wollen also in dieser Situation die Steuern erhöhen. Andere fordern einen Ausbau der "Reichensteuer". Das sind die Ideen, die es auf Regierungsebene dazu gibt.

Die vergleichsweise einfachen Dinge, die man tun könnte und schon längst getan haben müsste, zum Beispiel die in Deutschland noch laufenden Kernkraftwerke zumindest für eine Übergangszeit weiterlaufen zu lassen, um einem drohenden Stromnotstand in diesem Land zu begegnen, werden nicht getan. Dazu ist die grün-rot-gelbe Regierung in Berlin leider nicht in der Lage.

(Zuruf des Abgeordneten Johannes Becher (GRÜNE))

Darüber hinaus brauchen wir – und davon sind wir als CSU überzeugt und sagen es seit Wochen und Monaten – Entlastungen für die Bürger; nicht in Form von Einzelgeschenken, die einzeln aufwendig mit einem irren bürokratischen Aufwand verteilt werden müssen, sondern Entlastungen der Bürger, die einfach umgesetzt werden können, die allen helfen und die auch machbar sind.

(Beifall bei der CSU)

Wir brauchen für den ländlichen Raum eine Erhöhung der Pendlerpauschale. Wir brauchen endlich einen Ausgleich der fortschreitenden kalten Progression bei der Einkommensteuerbelastung. Wir brauchen eine Reduzierung der Mehrwertsteuersätze, namentlich auf Energie, aber auch – und da werden Sie uns bald alle zustimmen, wenn sich die Dinge so schlecht entwickeln, wie ich leider fürchte – eine maßgebliche Mehrwertsteuerentlastung bei den Grundnahrungsmitteln. Das könnte man tun. Dazu ist die Regierungskoalition in Berlin zurzeit leider nicht in der Lage.

(Widerspruch der Abgeordneten Margit Wild (SPD) – Zuruf von den GRÜNEN)

Wenn die Lieferketten abreißen, weil die Energie nicht mehr geliefert werden kann, wenn von einem Tag auf den anderen Produktionen stillgelegt werden, wenn von einem Tag auf den anderen auch in unserem Land Dinge nicht mehr mit Kurzarbeit abzufedern sind, sondern es zu Entlassungen in großem Stil kommen wird, dann, Kolleginnen und Kollegen, ist es zu spät.

Jetzt wären also Maßnahmen erforderlich. Jetzt müssten wirtschaftspolitische und finanzpolitische Maßnahmen getroffen werden. Jetzt müssten auch die drohenden Belastungen der Wirtschaft abgebaut werden, indem man unseren Unternehmen zum Beispiel den Verlustrücktrag auf drei Jahre ermöglicht, indem man eine degressive Abschreibung auf bewegliche Wirtschaftsgüter einführt, wie wir sie seit Langem fordern, und indem man die Unternehmenssteuern insgesamt überdenkt, bevor die eine oder andere Firma oder vielleicht, wenn es ganz dumm geht, auch ganz viele den Bach runtergehen, Arbeitsplätze dieses Land verlassen, Produktionen dieses Land verlassen, die nie mehr wiederkommen.

Herr Henkel, in einem Punkt haben Sie recht: Die Geldpolitik der EZB hat mit dazu beigetragen, dass wir finanzpolitisch in einer schwierigen Situation sind. Umso schwerer ist es, diese Inflation jetzt zu dämpfen. Es wäre einzig und allein, auch

nach den europäischen Verträgen, nach dem Vertrag über die Arbeitsweise der EU, Artikel 127 AEUV, Aufgabe der EZB, dafür zu sorgen, dass die Preise in Europa stabil gehalten werden. Das steht in diesem Artikel explizit drin. Darauf hat sich die EZB-Geldpolitik der letzten Jahre leider nicht konzentriert. Man hat sich eher um die hochverschuldeten südlichen EU-Länder gekümmert.

Von daher haben wir eine schwierige Ausgangslage. Umso notwendiger wäre es, nicht darauf zu warten, dass das Worst-Case-Szenario von einem Tag auf den anderen eintritt, jetzt zu handeln, jetzt Entlastungen für die Bürger herbeizuführen, jetzt Entlastungen für die Unternehmen herbeizuführen, jetzt auch dafür zu sorgen – und das ist eine Aufgabe, die über die nationale Aufgabe hinausgeht –, dass zumindest versucht wird, auch mit Gesprächen und Verhandlungen, diesen Krieg zu beenden. Ich glaube, ich habe das hier schon mehr als einmal gesagt. Denn der Krieg – und damit schließt sich der Kreis – ist natürlich das Grundübel dieser Entwicklung, das wie ein Damokles-Schwert über uns hängt. Deshalb plädiere ich ausdrücklich dafür, dass man auch miteinander redet und zumindest versucht, Wege zu finden, wie man einen Krieg beendet, unter dem alle Menschen, unter dem auch alle Nationen leiden. – Vielen Dank, Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Erster Vizepräsident Karl Freller: Vielen Dank, Herr Abgeordneter König. – Nächster Redner ist der Abgeordnete Tim Pargent von der Fraktion der GRÜNEN. Bitte schön.

Tim Pargent (GRÜNE): Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Der Titel der Aktuellen Stunde der AfD reiht gleich mal drei Angstwörter – Inflation, Sanktion und Rezession – etwas unpassend aneinander. Das passt gut zu Ihrem Politikansatz "Angst machen für Deutschland". Aber als Vertreter einer wissenschaftsbasierten Partei schaue ich gerne kurz mit Ihnen auf die drei Begriffe:

Die Inflation ist tatsächlich auf Rekordhoch, und das aus vorwiegend zwei Gründen: Einmal trifft die sich erholende Konjunktur auf gestörte Lieferketten und Rohstoffengpässe. Damit wären wir auch schon beim zweiten Grund: Die fossile Inflation, also die Teuerung von fossilen Energieträgern, verursacht wiederum Teuerungen der damit produzierten Güter und Dienstleistungen.

Da kommt ausgerechnet die AfD und schwadroniert über Inflation. Ihre Abschottungspolitik würde Lieferketten doch noch weiter beschädigen. Ihre fossile Agenda würde auch die fossile Inflation weiter anheizen. Dafür braucht man kein Wirtschaftsstudium. Ihre Forderung hier ist jedenfalls nichts wert.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Der zweite Begriff, mit dem Sie um sich werfen, ist "Sanktion". Ja, kein Wunder, dass Sie mit den Russland-Sanktionen so Ihre Probleme haben. Jahrelang wurden Sie und Ihre Parteifreunde im Kreml hofiert. Heimlich bewundern Sie Wladimir Putin für seinen autoritären Führungsstil. Sie von der AfD hätten die Ukraine wahrscheinlich einfach kampfflos an Putin, Ihren Bruder im Geiste, übergeben.

(Franz Bergmüller (AfD): Das ist doch gar nicht wahr!)

Das liegt daran, dass Ihnen die demokratischen Bestrebungen in der Ukraine nicht in den Kram passen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Aber ich kann Ihnen sagen: Die Ukraine ist wehrhaft, und die Ukraine wird auch weiterhin die Unterstützung aus den Demokratien Europas erhalten, weil sie dort nämlich genau das demokratische Gesellschaftsmodell verteidigt, das Ihnen anscheinend genauso wenig passt wie dem Diktator im Kreml. Meine Damen und Herren, wir werden die Ukraine auch mit Sanktionen gegen Russland und Belarus weiter unterstützen.

(Beifall bei den GRÜNEN – Zuruf von der AfD: Mit Waffen!)

Der dritte Angstbegriff, den Sie dann in die Reihe bringen, ist die Rezession. Da drängt sich die Frage auf: Welche Rezession? – Denn von einer Rezession sprechen wir, wenn das BIP zwei Quartale unter dem Vorjahresniveau liegt. Das ist bisher nicht messbar, aber durchaus realistisch. Die Konjunkturaussichten in Deutschland sind nicht rosig. Aber eine bisher wirklich messbare Rezession liegt vielleicht bei Ihren Umfragewerten, bei den Umfragewerten der AfD, vor. Seit Monaten geht es bergab. Aus dem ersten Landtag sind Sie schon rausgeflogen. Damit kommen wir langsam zum eigentlichen Zweck Ihrer Aktuellen Stunde und der ganzen Angstbegriffe, die Sie hier aufsetzen: Es geht Ihnen hier gar nicht um die Menschen in unserem Land, sondern ausschließlich um sich selbst, um Ihre Umfragewerte, die der AfD. Sie schreiben hier Abstiegsängste noch weiter hinauf, um letztlich Ihre eigenen Umfragewerte zu verbessern. – Ich zitiere mal Ihren langjährigen Pressesprecher Christian Lüth, der Anfang 2020 vermeintlich vertraulich folgenden und ehrlichen Satz gesagt hat: "Je schlechter es Deutschland geht, desto besser für die AfD." – Aha! Das ist Ihre Masche in einem Satz zusammengefasst. Sie machen Angst, Sie spalten, Sie hetzen auf, und das alles, um daraus politisch Kapital zu schlagen.

Ich kann nur feststellen: Diese Masche wird immer durchsichtiger, und auch die Menschen in unserem Land durchschauen sie immer besser. Die Bürgerinnen und Bürger in unserem Land sind schlauer, als die AfD denkt.

(Beifall bei den GRÜNEN – Zuruf des Abgeordneten Ulrich Singer (AfD))

Aber wir haben eine Bundesregierung, die nicht spaltet, sondern handelt. Die ersten beiden Entlastungspakete sind bereits aktiv. Unter anderem erhalten alle einkommensteuerlich Erwerbstätigen mit der Energiepreispauschale 300 Euro brutto. Der Kinderbonus entlastet Familien um weitere 100 Euro pro Kind. Für Sozialhilfeempfänger*innen gibt es einen Zuschlag von 200 Euro. Die Spritpreisbremse soll an der Zapfsäule entlasten, und mit dem 9-Euro-Ticket sind die Menschen historisch günstig mit dem ÖPNV unterwegs.

Die Maßnahmen des Energieentlastungspaketes wirken. Das zeigt auch eine Studie der Hans-Böckler-Stiftung. Ich zitiere:

Die beiden [...] Entlastungspakete kompensieren bei typischen Erwerbstätigen-Haushalten zu einem beträchtlichen Teil die Mehrausgaben durch höhere Energiekosten.

Und insbesondere: Je kleiner das Einkommen ist, desto besser greift auch das Energieentlastungspaket.

Dazu kommen aber noch weitere Schritte der Bundesregierung: Ab dem 1. Oktober 2022 steigt der Mindestlohn auf zwölf Euro die Stunde. Von dieser Erhöhung profitieren sechs Millionen Menschen in diesem Land sehr.

Zweitens. Die Renten sind schon zum 1. Juli deutlich gestiegen: im Westen um 5,35 % und in den neuen Bundesländern um über 6 %. Das sind alles wirksame Entlastungen, die bei den Menschen ankommen.

(Andreas Winhart (AfD): Und zu Inflation führen!)

Das sind Maßnahmen, die helfen und wirken, und zwar ganz im Gegensatz zum hundertsten Vorschlag eines sendungsbewussten Ministerpräsidenten in der "Bild"-Zeitung. Dabei entsteht doch eher der Eindruck, dass es unserem Ministerpräsidenten mehr darum geht, davon abzulenken, dass es auch in Bayern bisher quasi keine eigenen Entlastungsmaßnahmen gibt.

(Staatsminister Albert Füracker: So ein Schamm! Sie reden die Unwahrheit, Herr Pargent!)

Die Vorschläge, die von Markus Söder kommen, sind doch auch ganz schön wild. Der Präsident des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung – DIW – Marcel Fratzscher sagte im "Handelsblatt", die meisten Forderungen seien kontraproduktiv, unsozial, ökologisch schädlich und extrem teuer. Die Maßnahmen würden eine Umverteilung von unten nach oben, von Arm zu Reich bedeuten. – Besser hätte ich es selber nicht sagen können.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Ich halte fest: Die Entlastungsmaßnahmen der Bundesregierung sind zielgerichtet und wirksam. Sie kommen bei den Menschen insbesondere mit kleinen Geldbeuteln an. Je nachdem, wie die Gaslieferungen aus Russland aber weitergehen und die wirtschaftlichen Einschnitte sein werden, müssen wir sehen, und zwar im ganzen Land, sowohl im Bund als auch in den Ländern, wie wir die Menschen und auch die Wirtschaft weiter entlasten. Die Anhebung der Hartz-IV-Sätze steht im Raum, und auch das 9-Euro-Ticket braucht unserer Ansicht nach eine Anschlussfinanzierung. Während die Staatsregierung in den letzten Jahren mit einem vernünftigen 365-Euro-Ticket nicht einmal fertig wurde, schafft die Ampel hier einen historischen Verkaufserfolg.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Bei den Entlastungsmaßnahmen der Ampel gilt immer: Sie sind zielgerichtet und wirksam; wir nehmen die Menschen in den Blick, die am stärksten unter den Auswirkungen von Putins Krieg leiden. Dafür steht die Ampel, und daran werden wir auch weiterarbeiten. Ob sich die Staatsregierung konstruktiv beteiligt, bleibt ihr überlassen. Ich habe den Eindruck, dass sich die Menschen in einer derartigen Krise ein gemeinsames Engagement wünschen. – Vielen Dank für die Aufmerksamkeit.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Erster Vizepräsident Karl Freller: Ich danke Herrn Kollegen Pargent von den GRÜNEN und rufe als Nächsten den Abgeordneten Manfred Eibl von der Fraktion der FREIEN WÄHLER auf. Bitte schön, Herr Abgeordneter Eibl.

Manfred Eibl (FREIE WÄHLER): Sehr geehrter Herr Präsident, verehrte Kolleginnen und Kollegen, meine sehr verehrten Damen und Herren! Herr Kollege Henkel, wenn sich jemand im Selbstzerstörungsbereich befindet, dann ist es wohl Ihre Fraktion der AfD, wie wir das in den letzten vier Jahren eindrucksvoll erlebt haben.

Herr Pargent, Sie müssen auch sehen, dass Bayern mittlerweile annähernd eine Milliarde Euro für Unterstützungsmaßnahmen beigesteuert hat.

(Alexander König (CSU): Genau so ist es! – Gegenruf des Abgeordneten Tim Pargent (GRÜNE))

Sich dann hier hinzustellen und zu sagen, Bayern macht nichts, ist unverschämt und unverfroren.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU – Alexander König (CSU):
Sehr richtig!)

Lassen Sie mich den Fokus auf den Bereich Wirtschaft richten, meine Damen und Herren.

(Zuruf des Abgeordneten Toni Schuberl (GRÜNE))

Nach zwei Jahren Corona-Pandemie mit zahlreichen Einschränkungen befand sich die bayerische Wirtschaft noch im Januar und Februar dieses Jahres in einer Phase der Erholung. Diese wurde jedoch durch den unsäglichen Russland-Ukraine-Krieg innerhalb von nur wenigen Tagen zunichtegemacht. Seitdem haben sich die Probleme bei der Rohstoff- und Materialversorgung und bei den Lieferketten massiv ausgewirkt. Die Energiekosten sind explodiert, und die Inflation hat ihren 40-jährigen Höchststand erreicht. Dazu verschärft der dramatische Fachkräftemangel die aktuelle Situation.

Festzustellen ist: Uns allen wurde klar und deutlich vor Augen geführt, dass die Corona-Pandemie, meine Damen und Herren, noch nicht vorbei ist. Zahlreiche Ausfälle von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern in Industrie, Gewerbe und Dienstleistungsbereich verdeutlichen dies eindrucksvoll. Am 23. Mai dieses Jahres, also vor knapp zwei Monaten, wurde vom Ifo-Institut der damalige Geschäftsklimaindex veröffentlicht, und zwar mit folgenden Aussagen – ich zitiere –:

Die Stimmung in der deutschen Wirtschaft hat sich aufgehellt. [...] Die Unternehmen waren vor allem merklich zufriedener mit den laufenden Geschäften. [...] Die deutsche Wirtschaft erweist sich trotz Inflationssorgen, Materialengpässen und Krieg in der Ukraine als robust.

Natürlich werden momentan auch die privaten Haushalte in den Fokus genommen. Steigende Energiekosten, Preissteigerungen bei Lebensmitteln und Verbrauchsgütern und Zinssteigerungen am Kapitalmarkt werden zu großen Herausforderungen für eine Vielzahl von Menschen in unserem Land. Meine Damen und Herren, daher sind Politik, Wirtschaft und Gesellschaft mehr denn je gefordert, Antworten und Lösungsvorschläge zu finden. Die aktuelle Unsicherheit im Hinblick auf ein eventuelles Gasembargo hätte weitere fatale Folgen für unsere Gesellschaft und Wirtschaft. Nach einer Aussage der Vbw wären alleine in Bayern Branchen mit mindestens 220.000 Beschäftigten direkt von ausbleibender Energieversorgung betroffen. Ich nenne hier nur Chemie-, Glas- und Keramikindustrie, Gießerei- und Nahrungsmittelindustrie, um nur einige wenige anzuführen. Sollte es in diesen genannten Branchen zu einem Produktionsstopp kommen, hätte dies natürlich dramatische Auswirkungen auf nachfolgende Lieferketten.

Doch Bayern mit seinen Menschen, seinen Unternehmen und seiner Wirtschaft ist stark. Die Corona-Pandemie hat gezeigt, dass es gelingt, auch extreme Herausforderungen gut zu meistern, wenn die Gesellschaft und wir alle zusammenstehen und gemeinsam auf politischer Seite Verantwortung übernehmen. Mehr denn je brauchen wir Mut zur Veränderung, Gestaltungswillen und vor allem eines: Zuvversicht, damit wir auch weiterhin in einem lebenswerten und zukunftsfähigen Bayern leben können. Speziell Bayern kann aus einer gewissen Stärke heraus agieren. Das kann nicht jedes Bundesland oder europäische Land. Dies zeigte sich vor allem in Corona-Zeiten. So konnten in den letzten beiden Jahren zusätzliche 76.000 Arbeitsplätze geschaffen werden.

Es muss jedoch gehandelt werden. Deshalb fordern wir vor allem eines: Privatverbraucher, Industrie und die Wirtschaftszweige dürfen nicht gegeneinander ausgespielt werden. Wir benötigen kurz- und mittelfristige Strategien, die Energieeinsparungen in allen Bereichen bewirken. Wir brauchen Unterstützungsmaßnahmen für die energieintensiven Unternehmen bei der Umstellung bzw. Transformation, das heißt, auch neue Regelungen und einfachere Genehmigungsverfahren. Wir brauchen die klare Ansage des Bundes, Gas so wenig wie möglich für die Verstromung zu nutzen. Stattdessen brauchen wir die Laufzeitverlängerung von Atomkraftwerken, um zum Beispiel auch Isar 2 länger am Netz zu halten. Wir brauchen einen Industrie- und Wirtschaftsstrompreis. Wir brauchen einen nationalen Krisenstab, der alles auf den Prüfstand stellt.

Erster Vizepräsident Karl Freller: Die Redezeit bitte beachten.

Manfred Eibl (FREIE WÄHLER): Deshalb haben wir eines zu tun: Wir haben alles zu tun für die Bewahrung des sozialen Miteinanders in unserem Lande. Zusammenzuführen und nicht zu spalten – das muss unsere Antwort sein. – Danke.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU)

Erster Vizepräsident Karl Freller: Vielen Dank, Herr Abgeordneter Eibl von den FREIEN WÄHLERN. – Nächste Rednerin ist die Frau Abgeordnete Annette Karl von der SPD-Fraktion. Frau Karl, bitte schön, Sie haben das Wort.

Annette Karl (SPD): Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen, meine Damen und Herren! Kofi Annan, der ehemalige Generalsekretär der UN, hat einmal gesagt: "Wirklicher Friede bedeutet auch wirtschaftliche Entwicklung und Gerechtigkeit, bedeutet Schutz der Umwelt, [...] Vielfalt und Würde und vieles, vieles mehr." Natürlich wird auch andersherum ein Schuh daraus. Wenn Krieg im eigenen Land oder in der Nachbarschaft herrscht, fallen wirtschaftliche Entwicklung und Gerechtigkeit, Umweltschutz, Vielfalt und Würde schnell hinten herunter.

Der Angriffskrieg Putins auf die Ukraine gefährdet und beendet das Leben sehr, sehr vieler Menschen dort, bedroht aber natürlich auch den Wohlstand und die wirtschaftliche Entwicklung in ganz Europa. Nicht die Sanktionen sind also die Ursache für die wirtschaftlichen Herausforderungen, sondern der Überfall auf die Ukraine. Das sollten sich auch die Putin-Versteher rechts außen hier im Plenum endlich einmal hinter die Löffel schreiben.

(Beifall bei der SPD)

Ihnen geht es ja nicht um eine Analyse der Situation, sondern darum, eine Krise herbeizureden und Ängste zu schüren. Sie hoffen, als Krisengewinner dann politisch davon zu profitieren.

(Ulrich Singer (AfD): Sie haben doch die Krise erst herbeigeredet!)

Sie wollen die Menschen verunsichern und das Vertrauen in die Handlungsfähigkeit der politisch Verantwortlichen untergraben.

(Zuruf des Abgeordneten Andreas Winhart (AfD))

Sie sind nicht konstruktiv, Sie sind nur destruktiv.

(Beifall bei der SPD)

Sie werden damit nicht durchkommen; denn unser Gemeinwesen, die Bundesregierung, die Landesregierung, die Kommunen und die Bürgergesellschaft haben sich bei den Herausforderungen der vergangenen Jahre als außerordentlich hand-

lungsfähig und solidarisch erwiesen. Handlungsfähigkeit und Solidarität sind das Gegenteil dessen, was Sie sind. Sie sind zerstritten und gelähmt.

Zum Glück sind Sie aber nur die Störer außerhalb des politischen Spielfeldes. Die Bundesregierung ist handlungsfähig, und sie handelt.

(Beifall bei der SPD – Zuruf von der AfD)

Ja, der Inflationsdruck ist hoch. Ja, viele Menschen haben Sorgen; ihre Kaufkraft schwindet, und sie wissen nicht, wie sie ihre nächste Nebenkostenabrechnung bezahlen sollen.

Die Teuerungsrate liegt momentan bei 7,6 %. Zur Einordnung: Wir hatten 1951 eine Inflationsrate von ebenfalls 7,6 %, 1973 eine Inflationsrate von 7,1 % und 1981 eine Inflationsrate von 6,3 %.

(Uli Henkel (AfD): Bei höheren Zinsen!)

Das waren in diesen einzelnen Jahren jeweils unerwünschte Entwicklungen, aber allesamt keine Katastrophen.

(Andreas Winhart (AfD): Da gab es Zinsen, damals!)

– Hören Sie zu, dann lernen Sie etwas!

Wir haben momentan Preissteigerungen in einigen Teilmärkten, die auf das allgemeine Preisniveau durchschlagen. Schon im Jahresdurchschnitt 2021 haben sich die Energiepreise erhöht, damals um 10 %. 2022 stiegen die Energiepreise weiter – jetzt auch verschärft durch den Krieg in der Ukraine.

Ein weiterer Grund für die Teuerung ist, dass sich die Güterproduktion und Lieferketten nach der Corona-Pandemie nicht so erholt haben, wie wir das erwartet hatten. Auch hier verschärft der Krieg die Situation.

Die aktuelle Inflation ist durch eine Knappheit von Gütern entstanden und nicht durch eine zu hohe Nachfrage. Es ist deshalb gut, dass sich auf Initiative von Kanzler Olaf Scholz Regierung und Arbeitnehmer beraten, sich zusammensetzen und überlegen, wie die Arbeitnehmer, vor allem diejenigen mit einem kleinen Lohn, entlastet werden können, ohne damit eine Lohnpreisspirale wie in den Siebzigerjahren in Gang zu setzen.

Es ist gut, dass die Bundesregierung wirksame Entlastungspakete auf den Weg gebracht hat und, wenn nötig, noch nachlegt. Die Vorschläge der CSU sind dabei nicht wirklich hilfreich. Wer gleichzeitig Steuersenkungen, Mehrausgaben und Schuldenabbau fordert, der glaubt wahrscheinlich auch an eierlegende Wollmilchsäue.

Wir werden die ökonomischen Folgen des völkerrechtswidrigen Angriffskriegs Russlands für unsere Volkswirtschaft meistern, und zwar alle Stakeholder und die Zivilgesellschaft gemeinsam – aber ohne die AfD-Hetzer am Spielfeldrand, denen jede Krise recht ist, um vom eigenen desaströsen Zustand abzulenken.

(Beifall bei der SPD)

Erster Vizepräsident Karl Freller: Frau Abgeordnete Karl, vielen Dank. – Ich darf als nächsten Redner den Kollegen Matthias Fischbach für die FDP-Fraktion aufrufen. Herr Abgeordneter Fischbach, Sie haben das Wort.

Matthias Fischbach (FDP): Herr Präsident, vielen Dank. – Meine sehr geehrten Damen und Herren! Wir steuern auf einen Herbst mit einer wirtschaftlich kritischen Situation zu. Die Ursachen dafür sind vielfältig: die jahrelange Niedrigzinspolitik, die Anleihekäufe der EZB mit entsprechenden Fehlanreizen für Staatsschulden und auch die Risikoneigung von Banken, außerdem der Brexit und die Blockierung von Freihandelsinitiativen wie TTIP mit negativen Folgen für die Wertschöpfung und auch neuer Lieferketten, die jetzt beispielsweise eine breiter aufgestellte Energieversorgung ermöglicht hätten. Neben all den Krisenreaktionen der letzten Jahre braucht es Reformanstrengungen, die versäumt worden sind.

(Beifall bei der FDP)

Das gilt für den Bund wie auch für Bayern. Wir leiden unter einem Investitionsstau an allen Ecken und Enden – nicht nur auf Bundesebene bei der Bundeswehr, sondern auch auf Landesebene in der Infrastruktur, Stichwort: zweite Stammstrecke. Es gibt kein Vorankommen bei Großprojekten, kein Konzept gegen Fachkräftemangel und auch keine Ambitionen im Bildungssystem. Das ist in der Bilanz schon ziemlich wenig und ziemlich schwierig.

Jetzt trifft uns auch noch der Krieg in der Ukraine ziemlich unvorbereitet. Es war daher richtig, dass die Bundesregierung reagiert hat, dass die Bundesregierung 100 Milliarden Euro für die Bundeswehr auf den Weg gebracht hat; denn das war ein zentraler und wichtiger Impuls. Genauso gilt das für die Unterstützung der Ukraine mit Waffen. Das ist ein entscheidender Beitrag, der weiter ausgebaut werden sollte. Nicht zuletzt gilt das auch für die Sanktionen, zum Beispiel dort, wo sie die russische Rüstungsindustrie entscheidend und empfindlich treffen. All das ist von nicht zu unterschätzender Bedeutung. Trotzdem muss man hier festhalten, dass die politische Rechte und die selbsternannten Russlandfreunde Putins Angriffskrieg zu legitimieren und gleichzeitig die Unterstützung der Ukraine zu delegitimieren versuchen.

(Andreas Winhart (AfD): Was für ein Käse!)

Was Viktor Orbán in der EU versucht, das betreibt die AfD im Bund und auch hier in Bayern. Sie reden dem Aggressor das Wort. Sie fordern teilnahmslose Gleichgültigkeit zu diesem Krieg auf europäischem Boden, in dem Kriegsverbrechen begangen werden. Letztlich sind sie damit nur eines: Putins Außenposten in Bayern.

(Beifall bei der FDP)

Erster Vizepräsident Karl Freller: Herr Kollege Fischbach, danke schön.

Matthias Fischbach (FDP): Ich bin noch nicht fertig. Ich habe noch mindestens zweieinhalb Minuten Redezeit.

Bei dem Titel "Inflation-Sanktion-Rezession [...]" ist relativ klar, worauf Sie mit diesem Thema abziehen. Eine Rezession will hier niemand. Die Inflation bekämpfen wir alle gemeinsam. Der Bundesfinanzminister hat sich ja relativ deutlich gegenüber der EZB und auch sämtlichen Bestrebungen zur Vergemeinschaftung von Schulden positioniert. Also, das kann nicht Ziel der Debatte sein. Wir wollen natürlich alle hier den Bundesfinanzminister weiter unterstützen. Aber der AfD geht es um eines: Sie wollen politisch strittig stellen, dass wir Sanktionen gegenüber Russland haben und die Ukraine unterstützen.

(Zuruf des Abgeordneten Franz Bergmüller (AfD))

Das ist Ihr Ziel. Da muss man sich ganz klar fragen: Was will die AfD denn stattdessen? Einen Angriffskrieg zur Veränderung der Grenzen mitten in Europa einfach gewähren lassen? Wollen Sie das? 2014 war es die Annexion der Krim.

(Zurufe der Abgeordneten Ulrich Singer (AfD) und Andreas Winhart (AfD))

In diesem Jahr erleben wir einen unverblühten Angriffskrieg gegen die gesamte Ukraine. Das Säbelrasseln erleben wir auch gegenüber dem Baltikum, gegenüber Finnland und anderen europäischen Staaten. Wo soll das enden, wenn wir hier diesen Eroberungsfeldzug Russlands nicht bremsen? Es ist keine Lösung, die Abhängigkeit von Putins Gas für Bayern beizubehalten. Wir sollten uns von der AfD nicht weiter in die Arme des Kremls treiben lassen.

(Beifall bei der FDP)

Deswegen dürfen wir jetzt nicht einknicken. Entscheidend sind die Vorbereitungen auf die kommenden Monate. Das heißt: zügig die Laufzeiten der bestehenden Atomkraftwerke verlängern, unsere Lieferketten neu ordnen und auch Alternativen wie das Fracking nicht mehr dogmatisch ablehnen.

(Zuruf des Abgeordneten Franz Bergmüller (AfD))

Die Rezessionsbekämpfung beginnt auch hier in Bayern. Machen wir uns unabhängiger von Energieimporten, zum Beispiel durch die Unterstützung konventioneller Erdgasförderung in Bayern, durch Stromleitungsausbau; dieser wurde von den FREIEN WÄHLERN leider jahrelang blockiert und torpediert. Im Jahr 2017 haben Sie einen Dringlichkeitsantrag eingebracht, in dem Sie wortwörtlich von landeszerstörenden Gleichstromtrassen sprachen. Das muss endlich der Vergangenheit angehören. Wir müssen den Ausbau erneuerbarer Energien fördern und vorantreiben; denn es sind Freiheitsenergien. Wir müssen außerdem unsere Standortfaktoren stärken, um zum Beispiel attraktiver für ausländische Fachkräfte außerhalb der EU zu werden. Wir brauchen endlich eine komplett digitale Verwaltung als Vorbild für einen modernen Staat. Wir müssen mehr Autonomie in Bayerns Schulen schaffen, um sie an die Weltspitze zu führen. Daran müssen und können wir hier entschieden arbeiten. Unser Land muss raus aus dieser Reformmüdigkeit, es muss raus aus dieser Selbstgerechtigkeit.

Wir sind im Bund den Schritt vorangegangen. Wir senken die Strompreise durch Abschaffung der EEG-Umlage. Wir haben den ersten Schritt in Richtung der Ratifizierung des Freihandelsabkommens CETA gemacht. An dieser Stelle muss man einfach sagen: Bayern und der Bund sollten endlich an einem Strang ziehen, und die Schwarzer-Peter-Spiele, wie wir sie in den letzten Tagen immer wieder erlebt haben, müssen endlich mal ein Ende haben. Die Lage ist zu ernst. – Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der FDP)

Erster Vizepräsident Karl Freller: Herr Abgeordneter Fischbach, vielen Dank. – Der nächste Redner ist der Abgeordnete Franz Josef Pschierer für die CSU-Fraktion. Herr Pschierer, bitte schön, Sie haben das Wort.

Franz Josef Pschierer (CSU): Herr Präsident, werte Kolleginnen, werte Kollegen! Lieber Kollege Henkel, ich will Ihnen jetzt keinen Geschichtsunterricht erteilen, aber ich war ein Stück weit fassungslos, als ich Ihre Argumentation gehört habe, wie Sie Inflation und Sanktionen in einen Zusammenhang bringen.

Die Inflationsrate, mit der wir derzeit zu kämpfen haben, hat, was die Kerninflation angeht, nicht unbedingt mit Putin zu tun, sondern sie hat mit einer verfehlten Politik

der EZB, einer Geldmengensteuerung zu tun, die weit über das normale Maß hinausgeht. Sie hat mit Lieferkettenproblemen durch Corona und vielen anderen Problemen zu tun. Herr Henkel, was mich am meisten gestört hat: Böse ist nicht immer der, der Böses tut. Böse ist auch der, der Böses zulässt.

(Uli Henkel (AfD): Richtig!)

Seit 2014 haben wir in dieser Europäischen Union viel Böses zugelassen. Ich darf daran erinnern, dass im März 2014 die ersten Sanktionen gegen Russland verhängt worden sind. Sagen Ihnen die Namen Nawalny, Litwinenko und Nemzow etwas? Das sind Dissidenten; zwei davon sind ermordet worden. Herr Henkel, Sie machen sich mit Ihrer AfD zum Steigbügelhalter eines Aggressors. Das ist ein völliger Irrweg, den Sie hier beschreiten. Sie honorieren damit die Politik Putins. Davon möchte ich mich zutiefst distanzieren.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN – Zurufe von der AfD)

Schauen Sie sich einmal an, was in den baltischen Staaten und in Moldawien los ist. Warum wollen skandinavische Staaten die Aufnahme in die NATO beantragen? – Weil sie Schutz suchen. Weil dort drüben im Kreml jemand sitzt, der mit Allmachtsfantasien die alte Sowjetunion wiedererrichten will, die zusammengebrochen ist. Davon haben wir, was die Wiedervereinigung angeht, durchaus profitiert. Sie haben hier einen Irrglauben.

Was die Inflation angeht, so will ich das gar nicht abstreiten. Ich bitte Sie aber schon, sich die Kerninflation anzusehen; das ist die Rate ohne Lebensmittel- und Energiepreise. Um Ihnen nur einmal eine Zahl zuzurufen: Diese Rate lag im Juni bei 3,2 %. In den Vereinigten Staaten liegt sie um 2 % höher. Das ist also nicht das Problem.

(Zurufe von der AfD)

– Sie können jetzt ganz beruhigt sein. Ich gehe jetzt von Ihrer Seite auf die andere Seite über. Für Sie wird es ein bisschen angenehmer. – Herr Pargent, für mich sind Sie ein Stück weit ein Märchenerzähler, da Sie gesagt haben, Sie hätten auf Bundesebene große Entlastungspakete geschnürt. Der bayerische Finanzminister könnte Ihnen bestätigen, dass die Geschäfte, die Sie in Berlin machen, Geschäfte zulasten Dritter sind. Auf Ihre Energiepauschale von 300 Euro haben die Steuerpflichtigen der Steuerklassen 1 bis 5, Selbstständige, pauschalierte Minijobber und andere Anspruch. Das mindert zunächst einmal die Vorauszahlungen, und das mindert natürlich auch die Steuerzahlungen. Ich gehe also davon aus, dass der Freistaat Bayern, was seine Steuereinnahmen angeht, hier dabei ist. Das könnte Ihnen der Finanzminister bestätigen. Sie bestellen in Berlin; bezahlen lassen Sie das aber zum großen Teil von den 16 Bundesländern.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Jetzt wird es ganz lustig: Gehen wir einmal von der Kerninflation weg, und sehen wir uns die Energiepreise an, die zu einem großen Teil für die Steigerung der Inflationsrate verantwortlich sind. Man muss sich einmal vorstellen, was Sie derzeit machen. Wir haben früher in Bayern 50 % der Steinkohle, die wir verfeuert haben, um Strom zu erzeugen, aus Russland geholt. Wissen Sie, wo wir diese Kohle jetzt herholen? – Aus Australien, den USA, Kolumbien, Kanada und Indonesien. Diese Kohle kommt nicht mit kleinen Bötchen hierher. Sie kommt mit großen Frachtern, auf denen Schweröl verheizt wird.

Ihre Energiepolitik in Berlin ist teuer, umweltschädlich und macht uns noch abhängiger als in der Vergangenheit: Doppelmoral hoch drei!

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN – Zuruf des Abgeordneten Tim Pargent (GRÜNE))

– Herr Pargent, Sie setzen auf dreckige Steinkohle, auf Braunkohle und Fracking-Gas. Das machen die GRÜNEN! Gleichzeitig sind Sie nicht bereit, die drei Kernkraftwerke, die noch am Netz sind, nämlich Isar 2, Emsland und Neckarwestheim 2, weiterlaufen zu lassen. Wir wollen doch keine unendliche Laufzeitverlängerung. Aber Sie sind in Ihrer Ideologie so verblendet, dass Sie nicht einmal bereit sind, die Laufzeit so lange zu verlängern, wie die Brennstäbe noch funktionieren.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Ein letzter Punkt zur Energie: Machen Sie in Berlin die Hausaufgaben zum Ausbau der Erneuerbaren!

(Lachen bei den GRÜNEN)

Ich hatte mit Herrn Kollegen Brandl letzte Woche eine Petition, bei der auch ein Kollege von der AfD dabei war.

Erster Vizepräsident Karl Freller: Ihre Redezeit ist zu Ende.

Franz Josef Pschierer (CSU): Da gibt es Menschen, die in Bayern Photovoltaik-Freiflächenanlagen auf vier Hektar errichten wollen. Wissen Sie, über was wir uns unterhalten haben? – Über das Landschaftsbild. In meiner Heimatstadt ist das Thema Windkraft positiv vorangetrieben worden.

Erster Vizepräsident Karl Freller: Herr Abgeordneter, Ihre Redezeit!

Franz Josef Pschierer (CSU): Langsam wird es aber eng; denn wir zählen im Moment Fledermauskolonien. Entlasten Sie uns also, was den Ausbau der Erneuerbaren angeht, von Bürokratie.

Ein allerletzter Punkt. Wenn Sie die Bürgerinnen und Bürger entlasten wollen, dann geht das ganz einfach: keine weitere Steigerung bei den Sozialabgaben, keine Steigerung bei der kalten Progression.

Erster Vizepräsident Karl Freller: Bitte zum Ende kommen.

(Andreas Winhart (AfD): Weitermachen!)

Franz Josef Pschierer (CSU): Und insbesondere: Runter mit den Steuern auf Strom und Heizöl!

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Erster Vizepräsident Karl Freller: Vielen Dank, Herr Abgeordneter Pschierer. – Bitte lassen Sie wieder etwas Ruhe einkehren. – Ich rufe den Abgeordneten Rainer Ludwig von den FREIEN WÄHLERN auf. Bitte schön, Herr Abgeordneter Ludwig.

Rainer Ludwig (FREIE WÄHLER): Sehr geehrter Herr Präsident, Kolleginnen und Kollegen! Die FREIEN WÄHLER verurteilen den völkerrechtswidrigen und menschenverachtenden Angriff Russlands auf die Ukraine auf das Schärfste.

(Ulrich Singer (AfD): Wir auch!)

Die Schrecken des Krieges haben Zerstörung und unermessliches Leid über Millionen Menschen gebracht. Sie sind unschuldige Opfer brutaler Machtpolitik. Putins

Krieg ist aber auch ein Angriff auf unsere europäischen Werte. Meine Damen und Herren, Demokratie braucht deshalb Wehrhaftigkeit. Wir haben uns deshalb entschlossen, die brutale und durch nichts zu rechtfertigende Aggression Russlands vehement abzuwehren. Alles andere wäre ein Zeichen der Solidarität mit dem russischen Autokraten. Wir distanzieren uns davon in aller Form und suchen nicht die Nähe zum Kreml, wie Sie, Herr Henkel, das proklamiert haben.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU)

Die FREIEN WÄHLER haben frühzeitig mit einem 12-Punkte-Plan dazu aufgerufen, für Freiheit, Frieden, Pluralität und Menschlichkeit einzustehen. Wir waren uns einig: Der Westen muss geschlossen handeln, vor allem mit wirtschaftlichen Sanktionen. Sie zielen darauf ab, die russische Wirtschaft und die politische Elite zu schwächen, insbesondere in den Bereichen Finanzen, Energie und Transport durch Visa-Beschränkungen und durch Sperren gegen Einrichtungen und Personen.

Bayern stand und steht hinter diesen Maßnahmen im Schulterschluss mit dem Bund und den EU-Staaten. Genau diese Gemeinschaft gibt uns eine Stärke. Meine Damen und Herren, dennoch hat uns der Krieg auch offenbart, wie fragil der Wohlstand und unser Lebensstandard in dieser geopolitischen Lage sind. Insbesondere die Abhängigkeit von Rohstoffen und der russische Energie-Würgegriff werden uns täglich drastisch vor Augen geführt. Explodierende Energie- und Kraftstoffpreise belasten die Bevölkerung und die Unternehmen; für sie kommen Ausfälle bei Exporten und Investitionen, Störungen in der Lieferkette, Materialengpässe und Störungen bei Finanztransaktionen hinzu. Die jüngsten Drosselungen der Gaslieferungen haben uns in dieser Krise noch einmal eine Verschärfung des Zustandes beschert. Die Preise sind – das spüren wir alle drastisch – durch die Decke gegangen. Das Ende der Fahnenstange scheint noch nicht erreicht. Im Worst Case spricht man von einer Verdoppelung bis Verdreifachung.

Deutschland steht vor bislang nicht gekannten Energieproblemen. Aber, meine Damen und Herren, wir rüsten uns dagegen. Die Versorgungssicherheit, die Bezahlbarkeit, die Unabhängigkeit sowie die nachhaltige Produktion von erneuerbaren Energien ist deshalb ein Schlüsselthema für uns. Wir sehen aber auch die Bundespolitik zwingend in der Verantwortung, die dramatischen Folgen der exorbitanten Energiekosten abzumildern, damit Wirtschaft und Menschen nicht ins finanzielle Abseits laufen. Wir haben deshalb vom Bund ein sofortiges breites Entlastungspaket gefordert. Nicht zuletzt durch unsere Anregungen hat die Ampel Zeichen gesetzt und Unterstützungsleistungen gewährt, für uns allerdings immer noch zu unbefriedigend und nicht zielführend.

Heute ist dazu vieles gesagt worden. Aus zeitlichen Gründen und um Wiederholungen zu vermeiden, verweise ich auf meine Ausführungen zu unserem eigenen Dringlichkeitsantrag dazu von der vorletzten Woche.

Neben den finanziellen Hilfspaketen sind jetzt auch eilig ambitionierte energiepolitische Maßnahmen zu ergreifen. Dazu gehören neben eigenverantwortlichen Energiesparmaßnahmen unter anderem die kurzfristige Diversifizierung ausländischer Energiequellen und die Sicherung von Erdgasimporten aus Norwegen und den Niederlanden, auch von LNG-Flüssiggas. Außerdem müssen vorhandene Speicher gefüllt und neue Terminals gebaut werden.

Zur befristeten Weiternutzung von Kohlekraftwerken wurden bereits Weichen gestellt. Ich bekräftige aber ebenso nochmals meine Forderung nach einer Laufzeitverlängerung betriebsfähiger Kernkraftwerke, meine Damen und Herren. Ich erachte es als unverantwortlich, ja als fahrlässig, gerade jetzt in dieser Zeit sichere und funktionierende Anlagen voreilig stillzulegen, meine Damen und Herren.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN sowie Abgeordneten der CSU)

Ich appelliere nochmals an SPD und GRÜNE: überwinden Sie Ihren ideologischen Rigorismus! Ignorieren Sie nicht länger den Willen des Volkes! Werfen Sie endlich Ihre apodiktischen Ansichten über Bord! Fakt ist: Eine temporäre Laufzeitverlängerung ist ohne juristische, technische und personelle Bedenken möglich. Es wäre fatal, in der jetzigen Situation darauf zu verzichten.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN sowie Abgeordneten der CSU – Zuruf: Bravo!)

Ich komme zum Schluss: Für uns haben der beschleunigte und massive Ausbau erneuerbarer Energien, klimaneutraler und nachhaltiger Erzeugungsformen, absolute Priorität. Dafür gilt es jetzt, den Turbo zu zünden, meine Damen und Herren. Wir FREIE WÄHLER stehen für eine nachhaltige, klimaneutrale und sektorenübergreifende Energie-, Wärme- und Mobilitätswende. Alle genannten Maßnahmen und Vorschläge reduzieren internationale Abhängigkeiten, stärken die Resilienz unserer Wirtschaft –

Erster Vizepräsident Karl Freller: Bitte die Redezeit beachten!

Rainer Ludwig (FREIE WÄHLER): – und die Sozialstruktur unserer Gesellschaft und sichern so auch künftig unseren Wohlstand.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN sowie Abgeordneten der CSU)

Erster Vizepräsident Karl Freller: Ich bedanke mich, Herr Abgeordneter Ludwig, und darf als nächsten Redner den Abgeordneten Jochen Kohler von der CSU-Fraktion aufrufen. Bitte schön, Herr Abgeordneter Kohler.

Jochen Kohler (CSU): Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Eines ist doch klar: Die Bundesregierung muss jetzt endlich für den Ernstfall vorsorgen, und zwar nicht nur für die strauchelnden Energieunternehmen, sondern für die Menschen in unserem Land.

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Deshalb muss die Bundesregierung jetzt umfassende Maßnahmen vorbereiten und darf nicht warten, bis die hohen Kosten voll durchschlagen. Dabei muss die Politik insbesondere Menschen mit geringem Einkommen, aber auch Menschen mit mittlerem Einkommen unterstützen; denn diese werden bei den explodierenden Preisen über kurz oder lang ihre Rechnungen nicht mehr zahlen können. Ich sage an dieser Stelle ganz klar: Die Politik muss nun die Menschen vor Not und drohender Zahlungsunfähigkeit schützen.

Die jetzigen Entlastungspakete der Bundesregierung greifen aber viel zu kurz. Vor allem Rentnerinnen und Rentner, die ausschließlich von ihrer Rente leben und keine Sozialleistungen bekommen, werden und wurden schlichtweg vergessen. Dabei haben sie jahrzehntelang gearbeitet und ihren Beitrag für unsere Gesellschaft geleistet.

(Ulrich Singer (AfD): Mehr Geld für Rentner!)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ein zentraler Baustein für unser Sozialsystem ist, dass dieses jetzt krisensicher gestaltet wird. Die Bundesregierung muss schnell tätig werden. Vor allem unser Rentensystem muss jetzt geschützt werden; denn wir dürfen unsere Rentnerinnen und Rentner nicht im Stich lassen. Zudem müssen wir schon jetzt Maßnahmen für den Fall entwickeln, dass Menschen ihre Strom- und Heizkosten nicht mehr bezahlen können. Es darf doch nicht sein, dass Menschen

in dieser Situation alleingelassen werden und ihnen einfach Strom und Gas abgestellt werden. Damit Menschen mit geringem Einkommen nicht von den Kosten erdrückt werden, schlagen wir die Erweiterung des Bezugsrahmens des Wohngelds vor. Dieses sogenannte Winterwohngeld soll auf sechs Monate begrenzt und an Haushalte ausbezahlt werden, die übermäßig belastet sind, um eben soziale Härten vermeiden zu können.

Auch die steigenden Lebensmittelpreise sind eine große Belastung für die Menschen in unserem Land. Die Krise darf nicht dazu führen, dass sich die Menschen das tägliche Brot nicht mehr leisten können. Bis die Inflationsrate wieder auf Normalniveau gesunken ist, muss daher aus unserer Sicht die Mehrwertsteuer auf Grundnahrungsmittel vorübergehend gestrichen werden, meine sehr verehrten Damen und Herren.

(Beifall bei der CSU)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, auch das Aussetzen der Hartz-IV-Sanktionen in der jetzigen Zeit ist aus unserer Sicht ein falsches Signal, insbesondere an die Geringverdiener in unserem Land; denn auch künftig muss der Grundsatz gelten – dafür stehen wir als CSU –: Fördern und Fordern. Arbeit muss sich für den Einzelnen lohnen, meine sehr verehrten Damen und Herren. Eine Anhebung der Hartz-IV-Regelsätze, die die Bundesregierung plant, mag richtig erscheinen. Wir müssen aber aufpassen; denn eine einseitige Anhebung von Hartz IV führt zu einem sozialen Ungleichgewicht; denn vor allem die Geringverdiener brauchen in dieser schweren Zeit unsere Hilfe.

(Arif Taşdelen (SPD): Warum lehnen Sie den Mindestlohn dann ab?)

Ich denke nur an die Reinigungskräfte, an unsere Friseurinnen und Friseure, an unser Gastgewerbe und die vielen weiteren Branchen, die einen unschätzbaren Beitrag für unsere Gesellschaft leisten. Sie sind es doch, die unsere Wirtschaft am Laufen halten, liebe Kolleginnen und Kollegen. Trotzdem verdienen viele zu wenig, sodass sich ihre Arbeit angesichts der stark gestiegenen Preise, insbesondere beim Benzin, langfristig nicht mehr lohnen wird.

Wir dürfen eines nicht vergessen: Unser Wohlstand basiert maßgeblich auf unserer guten Wirtschaft und der damit verbundenen Arbeitsmarktsituation. Vor allem das Kurzarbeitergeld hat in der Finanzkrise sowie während der Corona-Pandemie dazu geführt, dass viele Menschen eben nicht in die Arbeitslosigkeit abgerutscht sind. Dieses erfolgreiche Instrument der Arbeitsplatzsicherung muss deshalb fortgeführt und an die jetzigen Umstände angepasst werden.

(Arif Taşdelen (SPD): Dank der SPD! – Lachen bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER und der AfD – Petra Guttenberger (CSU): Das ist doch ein schlechter Witz!)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich komme zum Ende. Der Sozialstaat ist so gefordert wie schon lange nicht mehr. Für viele Menschen ist die aktuelle Lage existenziell. Wir müssen deshalb alles tun, um Existenzen zu sichern, und – ich blicke nach rechts – wir müssen dafür sorgen, dass es keine Spaltung der Gesellschaft gibt.

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Erster Vizepräsident Karl Freller: Vielen Dank, Herr Abgeordneter Kohler. – Es gibt noch eine Wortmeldung des fraktionslosen Abgeordneten Swoboda. Er hat, wie gehabt, zwei Minuten.

(Raimund Swoboda (fraktionslos): Sagen Sie doch künftig bei jedem Redner die Zeiten, damit ich auch weiß, ob sie ihre Zeit einhalten!)

– Gut, aber die kürzesten Redezeiten sind besonders erwähnenswert.

(Arif Taşdelen (SPD): Eine halbe Minute ist schon um!)

Raimund Swoboda (fraktionslos): Hohes Haus, verehrte Bürger! Der Herr "Erzengel Gabriel" Alexander König hat uns im Auftrag von Herrn Söder deutlich gesagt und an die AfD-Adresse gerichtet, dass sie Putin unterstütze. Ich stelle am Ende die Frage: Was tun Sie hier alle eigentlich, die diese Energiepolitik vertreten? Was ist an dieser Energiepolitik eigentlich zu kritisieren? – Ich mache es an einem Beispiel fest: Es gibt die Firma Wintershall in Norddeutschland, eine Tochter von BASF in Ludwigshafen. Diese Firma Wintershall war Besitzerin des größten deutschen Gasspeichers in Rehden in Norddeutschland. Sie hat ihn an Gazprom verkauft, die ihn jetzt also in Deutschland betreiben. Was haben Wintershall oder BASF bekommen? – Sie haben über 15 Jahre zugesicherte Förderrechte in Sibirien bekommen. Da wird also jetzt sibirisches, russisches Erdgas durch Förderung zu deutschem Erdgas. Was machen sie damit? – Sie verkaufen es an Gazprom in Sibirien, und die Gazprom-Firma bringt es vielleicht nach Deutschland und lagert es vielleicht in Rehden ein. Vielleicht 50 % des Erdgases kommt aus Russland. Was ist das? – Das ist schmutzige Politik; denn das ist eingefädelte Politik. Ich sage Ihnen heute: Das ist ein hausgemachter Gasnotstand, und das ist natürlich der übliche Politik-Gehirnnotstand im Moment bei den Ampel-Comancheros. Vorher waren es ja Merkel, CDU/CSU und SPD. – Herr Pschierer, Sie haben also einiges von dem mitzuvertreten, was hier in Deutschland passiert.

(Andreas Krahl (GRÜNE): Ihre Redezeit ist vorbei!)

Die Bundesrepublik sanktioniert sich also im Grunde genommen selbst, und das ist schlecht. Wer Böses zulässt, tut auch Böses, ähnlich wie der, der Böses tut. Übrigens noch zum Schluss: Wenn Sie jetzt dieses schmutzige Geschäft sehen, frage ich Sie: Wie schmutzig ist es, wenn die Bundesrepublik Deutschland 80 Milliarden Euro an Steuerverteuerung für den Staatssäckel verdient und damit bei uns einen Teuerungsnotstand mit auslöst und weiterträgt?

Erster Vizepräsident Karl Freller: Vielen Dank. – Damit ist die Aktuelle Stunde beendet, meine sehr verehrten Damen und Herren.

Ich rufe **Tagesordnungspunkt 2** auf:

**Abstimmung
über Verfassungsverstreitigkeiten und Anträge, die gem. § 59 Abs. 7 der
Geschäftsordnung nicht einzeln beraten werden (s. Anlage)**

Vorab ist aber noch über zwei Anträge der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gesondert abzustimmen.

Zunächst lasse ich über die Listennummer 7 der Anlage zur Tagesordnung abstimmen, den Antrag betreffend "Diversität im Kulturbereich I: Diversitätskriterien für den Bayerischen Filmpreis entwickeln" auf Drucksache 18/22231. Der federführende Ausschuss für Wirtschaft, Landesentwicklung, Energie, Medien und Digitalisierung empfiehlt Zustimmung in folgender Fassung: "Die Staatsregierung wird aufgefordert, schriftlich zu berichten, wie bei der Besetzung der Jury bzw. Auswahlausschüsse Diversitätskriterien stärker berücksichtigt werden können."

Wer dem Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN in dieser Fassung zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind die Fraktionen der

GRÜNEN, der CSU, der FREIEN WÄHLER und der SPD. Gegenstimmen bitte ich anzuzeigen. – Das sind die Fraktionen der AfD und der FDP sowie der fraktionslose Abgeordnete Swoboda. Stimmenthaltungen? – Der fraktionslose Abgeordnete Klingen. Damit ist dem Antrag zugestimmt.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, nun komme ich zur Gesamtabstimmung über die Liste.

(Zurufe)

– Entschuldigung. Es gibt noch einen zweiten Antrag zur Abstimmung, die Listennummer 5: Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Susanne Kurz und anderer und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) "Diversität im Kulturbereich II: Diversitätskriterien für bayerische Filmfördermittel entwickeln", Drucksache 18/22216. Der federführende Ausschuss für Wirtschaft, Landesentwicklung, Energie, Medien und Digitalisierung empfiehlt Zustimmung in folgender Fassung: "Die Staatsregierung wird aufgefordert, schriftlich zu berichten, wie bei der Filmförderung Diversitätskriterien stärker berücksichtigt werden können."

Wer dem Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN in dieser Fassung zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind die GRÜNEN, die SPD, die FREIEN WÄHLER, die CSU. Gegenstimmen bitte ich anzuzeigen. – Das sind die FDP und die AfD sowie die beiden fraktionslosen Abgeordneten Klingen und Swoboda. Damit ist der Antrag angenommen.

Jetzt kommen wir zur Gesamtabstimmung über die Liste. Hinsichtlich der jeweiligen Abstimmungsgrundlagen mit den einzelnen Voten der Fraktionen verweise ich auf die Liste.

(Siehe Anlage)

Wer mit der Übernahme seines Abstimmungsverhaltens bzw. des jeweiligen Abstimmungsverhaltens seiner Fraktion entsprechend der Liste einverstanden ist, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind die Fraktionen der GRÜNEN, der SPD, der FREIEN WÄHLER, der CSU, der FDP, der AfD. Gegenstimmen? – Stimmenthaltungen? – Die beiden Fraktionslosen haben nicht mitgestimmt. Gut, dann ist das so. Damit übernimmt der Landtag diese Voten.

Ich rufe den **Tagesordnungspunkt 3** auf:

Wahl eines Mitglieds für den Ausschuss der Regionen

Die CSU-Fraktion hat in Ausübung ihres Vorschlagsrechts die Wahl von Herrn Abgeordneten Alex Dorow anstelle von Herrn Abgeordneten Dr. Franz Rieger als neues Mitglied für den Ausschuss der Regionen beantragt. Eine Aussprache hierzu findet nicht statt.

Entsprechend dem Beschluss des Landtags vom 22. Mai 2003 auf Drucksache 14/12504 wird das Mitglied vom Landtag aus seiner Mitte gewählt und dann von der Staatsregierung gegenüber dem Ausschuss der Regionen benannt. Ich schlage vor, wie in der Vergangenheit üblich, von einer geheimen Wahl Abstand zu nehmen und über den Wahlvorschlag offen abzustimmen. – Widerspruch sehe ich nicht. Damit erfolgt die Wahl in einfacher Form durch Handzeichen.

Wer also der Wahl von Herrn Alex Dorow als Mitglied für den Ausschuss der Regionen seine Zustimmung geben will, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenstimmen bitte ich anzuzeigen. – Stimmenthaltungen bitte ich anzuzeigen. – Eine Stimmenthaltung von Herrn Swoboda (fraktionslos). Damit ist Herr Alex Dorow ge-

wählt. Ich gratuliere ihm herzlich. Er wird durch die Staatsregierung als neues Mitglied benannt werden. Vielen Dank.

(Allgemeiner Beifall)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich rufe den **Tagesordnungspunkt 4 a** auf:

Gesetzentwurf der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Gisela Sengl u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

zur Verbesserung der Agrarstruktur in Bayern (Bayerisches landwirtschaftliches Bodeneigentumsgesetz - BayLaBoG)

(Drs. 18/23310)

- Erste Lesung -

Begründung und Aussprache werden miteinander verbunden. Damit haben wir 11 Minuten Redezeit für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Ich eröffne zugleich die Aussprache. Die Gesamtredezeit der Fraktionen beträgt nach der Geschäftsordnung 32 Minuten. Die Redezeit der Staatsregierung orientiert sich dabei an der Redezeit der stärksten Fraktion. Verteilung: CSU 9 Minuten, FREIE WÄHLER 5 Minuten, AfD, SPD und FDP je 4 Minuten, Staatsregierung 9 Minuten. Die fraktionslosen Abgeordneten können jeweils 2 Minuten sprechen. – Ich erteile der Frau Kollegin Gisela Sengl von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN das Wort. Frau Abgeordnete Sengl, bitte schön, kommen Sie ans Rednerpult.

Gisela Sengl (GRÜNE): Sehr geehrtes Präsidium, liebe Kolleginnen und Kollegen!

Grund und Boden sind frei. Der Bauer ist nicht an die Scholle gebunden. [...] Bauernland soll seiner Zweckbestimmung nicht entfremdet werden. Der Erwerb von land- und forstwirtschaftlich genutztem Boden soll von einem Nachweis der Eignung für sachgemäße Bewirtschaftung abhängig gemacht werden; er darf nicht lediglich der Kapitalanlage dienen.

So steht es in der Bayerischen Verfassung, Artikel 163. Die Realität sieht aber leider ganz anders aus. Boden ist nicht vermehrbar und in unserem dicht besiedelten Land vielen Begehrlichkeiten ausgesetzt.

2006 forderte der Bund die Länder auf, die Verteilung von Eigentum und die Verpachtung von land- und forstwirtschaftlichen Flächen auf Länderebene zu regeln. Ein einziges Land hat das bisher geschafft, nämlich Baden-Württemberg; dort gibt es seit 2010 ein Agrarstrukturverbesserungsgesetz.

Leider hat es die Bayerische Staatsregierung bis heute versäumt, irgendetwas in dieser Richtung zu unternehmen. Die vielen Sonntagsreden zum Schutz der bayerischen Landwirtschaft sind reine Lippenbekenntnisse.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Bayern ist vielfältig und eher kleinstrukturiert und damit in Deutschland einmalig und sehr besonders. Die durchschnittliche Größe der Höfe in Bayern ist wie auch in Baden-Württemberg circa 37 Hektar. Im Vergleich dazu beträgt die durchschnittliche Größe in Schleswig-Holstein 81 Hektar, in Sachsen-Anhalt sind wir schon bei 276 Hektar.

(Dr. Harald Schwartz (CSU): Sind aber alle CDU-regiert!)

In Baden-Württemberg hat sich gezeigt, dass die Einführung des Gesetzes dabei geholfen hat, die Kauf- und Pachtpreise auf ein stabiles und gesundes Niveau zu bringen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, Sie wissen doch genau, dass auch wir hier endlich handeln müssen. Das zeigen eindrücklich folgende Zahlen: Seit 2005 sind in Deutschland die Preise für landwirtschaftliche Flächen um 200 % gestiegen. Bayern liegt bei dieser Entwicklung an der Spitze. Darauf sollte Bayern nicht stolz sein!

(Beifall bei den GRÜNEN)

Diese Entwicklung ist sowohl beim Kauf als auch bei der Pacht vorhanden. Was sind die Folgen? – Hofnachfolgerinnen und Hofnachfolger überlegen es sich vielleicht dreimal, ob sie diese finanziellen Belastungen stemmen können. Junge, gut ausgebildete Menschen, die sich in der Landwirtschaft oder im Gartenbau selbstständig machen wollen, haben kaum eine Chance, an Flächen zu kommen. Wenn das so weitergeht, werden außerlandwirtschaftliche Investoren zunehmend als Akteure am Bodenmarkt agieren und mit ihren kapitalstarken Auftritten für weitere Zuspitzungen sorgen. Ganz konkret heißt das: Ein ganz normaler landwirtschaftlicher Betrieb kann keine Flächen mehr kaufen und auch nicht mehr pachten, wenn die Preise weiter so in die Höhe getrieben werden.

Damit findet eine schleichende Eigentumsverschiebung statt. Die Strukturen vor Ort lösen sich auf. Wenn die Bodeneigentümer nur noch anonyme Investoren sind, verschwindet der Bezug zum Dorf, zur Landschaft und zu den Menschen. Diese Tendenz wird durch die überdurchschnittlich vielen anstehenden Übergabeprozesse von Betrieben aus der Baby-Boomer-Generation, die es ja auch bei den Landwirten gibt, noch verstärkt.

Was können wir also mit unserem Gesetz erreichen? – Erstens. Wir verschärfen und kontrollieren die Preissmissbrauchsklausel. Wir begrenzen das Preisniveau auf höchstens 20 % über dem ortsüblichen Bodenrichtpreis. Das Beispiel aus Baden-Württemberg zeigt, dass der Anstieg des Preisniveaus durch eine sinnvolle Gestaltung der Gesetzeslage im Vergleich zu Gesamtdeutschland um die Hälfte reduziert werden konnte.

Zweitens. Wir erhöhen die Transparenz am landwirtschaftlichen Bodenmarkt. Durch die verpflichtende Meldung in einem zentralen Bodenregister kann ein realitätsgetreues Bild vom Preisniveau gebildet und das landwirtschaftliche Vorkaufrecht sicher wahrgenommen werden. Landwirte aus der gleichen oder unmittelbar angrenzenden Gemarkung genießen ein vorrangiges Kauf- und Pachtrecht.

Drittens. Wir schaffen die doppelte Grunderwerbsteuer ab. Bei der Ausübung des Vorkaufrechts durch eine Landsiedlungsgemeinschaft, wie wir sie in Bayern zum Beispiel mit der BBV LandSiedlung haben, ist diese von der Grunderwerbsteuer befreit. Bei der Ausübung der Landvermittlung über eine Landsiedlungsgemeinschaft innerhalb einer bestimmten Frist ab Kauf fällt die Grunderwerbsteuer nur einmal aufseiten des Landwirts an.

Viertens. Wir wollen die Fristen, innerhalb derer eine Abwicklung über das Vorkaufrecht stattzufinden hat, auf eine Regelfrist von drei Monaten verlängern.

Fünftens. Wir regeln Anteilskäufe an landwirtschaftlichen Betrieben, die sogenannten Share Deals, strenger. Die Anteilsgrenze, ab der keine Grunderwerbsteuer fällig ist, wird auf 50 % abgesenkt.

Sechstens. Wir wollen den Zugang von motivierten Junglandwirten zu Grund und Boden über einen landeseigenen Flächenpool der Landsiedlungsgemeinschaften

vereinfachen, um die Landwirtschaft in Bayern durch eine außerfamiliäre Betriebsnachfolge zu erhalten.

Siebtens. Wir stärken die Verwaltungsorgane. Sowohl finanziell als auch personell müssen die Verwaltungsorgane in der Landwirtschaft ausgebaut werden, um die Neuerungen praxisgerecht einführen zu können.

Jetzt bin ich sehr gespannt auf die Debatte. Liebe CSU und FREIE WÄHLER, populistische Parolen helfen den Bäuerinnen und Bauern nicht weiter.

(Tanja Schorer-Dremel (CSU): Oha!)

Tatkräftiges, sinnvolles und vor allem vorausschauendes Handeln ist angezeigt; denn die Überschuldung landwirtschaftlicher Betriebe ist durch die Gesetzgebung möglichst zu verhindern – Artikel 165 der Bayerischen Verfassung. Wäre gut, wenn man sich die mal wieder anschauen würde! Erfüllen wir gemeinsam unseren Verfassungsauftrag! Im Sinne der bayerischen Landwirtschaft müssten wir uns heute eigentlich alle einig sein.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Erster Vizepräsident Karl Freller: Vielen Dank, Gisela Sengl. – Der nächste Redner ist Herr Abgeordneter Wolfgang Fackler von der CSU-Fraktion. Bitte schön, Herr Fackler.

Wolfgang Fackler (CSU): Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ob Ihr Gesetzentwurf der große Wurf im Bodenrecht ist, lasse ich an der Stelle mal dahingestellt sein; denn in juristischer und in verfassungsrechtlicher Hinsicht habe ich in Ihren Ausführungen leider sehr wenig gehört. Auch welche bestimmten Vorbehalte man möglicherweise haben könnte, ist leider sehr wenig dargestellt worden.

Im Großen und Ganzen ist die Ausgangslage uns allen natürlich geläufig. Geld ist gefühlt immer weniger wert, und in der Folge werden Grund und Boden zum begehrten Objekt der Geldanlage. Das ist ein Phänomen, das wir an der einen oder anderen Stelle immer wieder erleben dürfen. Die Bauern sind oft nicht mehr in der Lage, die Grundstücke dann zu diesem Preis zu erwerben. Das ist klar.

Aber wir haben nicht nur das. Wir haben auch eine große Flächenkonkurrenz. Wir brauchen Grundstücke für Verkehrsflächen; wir brauchen Grundstücke für Siedlungsgebiete, für Industrie, für Infrastruktur, für den Naturschutz oder für Ausgleichsmaßnahmen. Deswegen sage ich auch: Wir müssen die landwirtschaftlichen Flächen schützen, so gut es geht, um unsere Nahrungsmittelversorgung auch in Zukunft zu gewährleisten. Das ist ein wichtiges politisches Ziel, und ich denke, hier gibt es auch eine gewisse Erwartungshaltung der Landwirte.

Aber ich sage eben dazu: Wir brauchen wirksame Instrumente. Es gibt ein Grundrecht auf Eigentum und ein Grundrecht auf Handlungsfreiheit. Das muss man letztendlich beachten. Wir müssen auch darauf achten, dass Kreditsicherung und Beleihungsfähigkeit nicht beeinträchtigt werden. Das Ganze ist also kein leichtes Unterfangen, braucht eine tiefe Analyse und ist eine große Herausforderung.

Wir wollen selbstverständlich, dass Bauernland in Bauernhand bleibt. Ich denke, das ist völlig unstrittig; denn wir wissen ja auch: Unser Freistaat Bayern, unsere Heimat wird geprägt von der Landwirtschaft, aber auch von der Vielfalt des ländlichen Raums. Dazu leisten unsere bayerischen Landwirte natürlich einen ganz lebendigen und erheblichen Beitrag. Für dieses Ziel haben wir seit Jahren das Bayerische Agrarstrukturgesetz neben den Bundesgesetzen. Das Bundesgesetz enthält

diese allgemeine Preismissbrauchsklausel, und es gibt die Bund-Länder-Initiative, die den landwirtschaftlichen Bodenmarkt stärker in den Blick nehmen möchte.

Also, ich sage an der Stelle: Wir brauchen ein stimmiges Gesamtkonzept, einen ganzheitlichen Ansatz. Nur das wird aus meiner Sicht zu Akzeptanz führen. Dieses landwirtschaftliche Bodenrecht hat das Ziel, Agrarstrukturen auf der einen Seite zu fördern, aber auf der anderen Seite Gefahren von der Agrarstruktur abzuwenden. Deshalb haben CSU und FREIE WÄHLER nach der Anhörung im Bayerischen Landtag ein Gutachten in Auftrag gegeben. Dieses Gutachten soll nach meinem Dafürhalten genau diese beiden Bereiche schärfer in den Blick nehmen. Welche Maßnahmen wirken tatsächlich? – Scheinmaßnahmen bringen uns überhaupt nicht weiter. Welche Gefahren bestehen tatsächlich? – Diese zwei Bereiche muss man genau analysieren. Wir müssen die Gefahrenanalyse machen und dann das Problem an der Wurzel packen. Ich sage an der Stelle auch: Gründlichkeit vor Schnelligkeit war schon immer ein Credo.

(Beifall bei der CSU)

Insofern brauchen wir erst mal eine valide Datenbasis, um zu erkennen, wo genau Handlungsbedarf besteht und welche Handlungsoptionen wir haben. Die Vorschläge der GRÜNEN sind auf den ersten Blick, wie ich es jetzt gesehen und gehört habe, im Wesentlichen eine Mischung aus Vorschlägen anderer Länder; Baden-Württemberg ist scheinbar hier eine Blaupause, aber auch Niedersachsen oder Sachsen-Anhalt.

(Zuruf von den GRÜNEN)

Ob diese helfen, wie gesagt, müssen wir analysieren. Wir müssen dazu die Bayerische Verfassung, aber auch das Grundgesetz in den Blick nehmen; denn tiefe Eingriffe in das Eigentum sind selten zulässig, wenn sie die Handlungsfähigkeit des Eigentümers zu stark beeinträchtigen. Der Zweck heiligt nie irgendwelche Mittel. Wie gesagt, deswegen werden wir uns den Grundstücksfonds und auch die anderen Themen näher anschauen.

Vergessen sollte man dabei nicht, welche Emotionalität dieses Thema bei den Eigentümern oder Bauern auslösen könnte. Das könnte auch vor allem betriebswirtschaftliche Auswirkungen haben; denn Verkaufsverbote oder Verkaufsauflagen können immer ungeahnte Auswirkungen auf die Kreditsicherung bzw. Beleihungsfähigkeit von Grundstücken haben. Emotional spricht man dann schnell davon, dass irgendwo Enteignungen stattfinden. Ich glaube, das hilft uns nicht weiter. Drohende Gerichtsverfahren oder Rechtsunsicherheit sind letztendlich ebenfalls nicht zielführend; denn wir wissen ja: Bayern ist ein Freistaat und kein Verbotsstaat. Dieser Tradition wollen CSU und FREIE WÄHLER sicherlich treu bleiben.

(Beifall bei der CSU)

Deswegen sage ich persönlich: Ja, wir bräuchten mehr Transparenz am Bodenmarkt. Ob das rechtlich möglich ist, werden wir spätestens nach Vorlage des Gutachtens wissen. Der derzeitige Datenmangel erschwert selbstverständlich zielgerichtetes Handeln von Agrarpolitik und Verwaltung.

Klar, wir müssen auch Agrarstrukturholdings besser in den Blick nehmen. Sie haben das Thema Share Deals angesprochen. Wir hatten jetzt jahrelang einen Bundesfinanzminister Scholz, der dieses Thema nicht angepackt hat. Jetzt haben wir einen Bundesfinanzminister Lindner; auf den haben Sie vielleicht ein bisschen mehr Einfluss. Der kann das Thema jetzt ohne Zweifel aufgreifen. Aber die Frage, ob das ein bayerisches Problem ist, müssen wir genau analysieren. Wir müssen sicherlich besser zwischen Landwirten und Nichtlandwirten unterscheiden. Aber das

alles führt natürlich zu mehr Bürokratie, die wir eigentlich abbauen wollen, und zu weniger Handlungsfreiheit des Grundstückseigentümers.

Also: Bodenrecht ist komplex. Bodenrecht betrifft auch viele eigentumsrechtliche Fragen. Die Besonderheiten der bayerischen Verhältnisse wollen wir natürlich in den Blick nehmen. Wir haben selbstverständlich vor, das Bayerische Agrarstrukturgesetz weiterzuentwickeln. Die Debatte werden wir im Ausschuss führen. Aber wir wollen jetzt auf jeden Fall noch das Gutachten abwarten. Ich freue mich schon auf die Beratungen im Ausschuss.

(Beifall bei der CSU)

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Herr Fackler, zu einer Zwischenbemerkung hat sich der Kollege Elmar Hayn von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gemeldet.

Elmar Hayn (GRÜNE): Sehr geehrter Herr Fackler, vielen Dank für Ihren Vortrag. Eine kurze Anmerkung: Grunderwerbsteuer, die durch Share Deals umgangen wird, ist eine Landessteuer. Damit ist Bayern zuständig und nicht der Bundesfinanzminister.

Wolfgang Fackler (CSU): Es mag sein, dass das Steueraufkommen den Ländern zukommt. Aber das Grunderwerbsteuergesetz ist nach wie vor in der Bundeshoheit und wird dort letztendlich geändert. Diese Möglichkeit hat der Bundesfinanzminister Scholz jetzt über viele Jahre gehabt. Jetzt hat es der Bundesfinanzminister Lindner in der Hand. Da haben Sie ja, wie gesagt, besten Zugang. Also wünsche ich Ihnen viel Erfolg bei der Änderung für Share Deals.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Danke schön. – Nächster Redner ist der Abgeordnete Ralf Stadler von der AfD-Fraktion.

(Beifall bei der AfD)

Ralf Stadler (AfD): Habe die Ehre! Herr Vizepräsident, werte Abgeordnete! Frau Sengl, freilich wäre es wünschenswert, wenn in einem bayerischen Landesgesetz die Inhalte des bundesrechtlichen Grundstückverkehrsrechts zusammengefasst würden und ein praxistaugliches Regelwerk zum Schutz der Landwirtschaft entsteht, zumal die Kompetenz nun einmal bei den Ländern liegt, zumindest was die Agrarstruktur betrifft. Dann sollte es aber auch ein Gesetz sein, das dem Zweck dient und in der Zielrichtung stringent ist. Der Wunsch nach Bevorzugung ortsansässiger Landwirte ist zwar nachvollziehbar, rechtlich jedoch nur sehr schwer umsetzbar. Der EuGH hat entsprechende Regelungen Österreichs und Dänemarks wegen Verstoßes gegen die Kapitalverkehrsfreiheit für europarechtswidrig erklärt. Insbesondere die Versagungsgründe des Grundstückverkehrsgesetzes des Bundes sind so abstrakt und so weit gefasst, dass sich letztlich ein reines Richterrecht herausgebildet hat. Die Versagungsgründe greifen stark in die geschützte Eigentumsgarantie des Artikels 14 des Grundgesetzes ein. In seiner ersten Grundsatzentscheidung hat das Bundesverfassungsgericht 1967 entschieden, dass diese Regelung, sofern sie allein der Gefahrenabwehr, nicht aber der Bodenlenkung dient, mit Artikel 14 des Grundgesetzes in Einklang steht, da landwirtschaftliches Bodeneigentum ein nicht vermehrbares Grundeigentum und deshalb für die gesamte Gesellschaft von besonderer Bedeutung ist. Eine Regulierung des Grundstückverkehrs wird deshalb gerade noch als zulässig erachtet.

Dann ist aber genau zu definieren, was die Agrarstruktur überhaupt sein soll, von der es gilt, Gefahren abzuwehren. Das ist es nämlich, was rechtlich eigentlich möglich ist. Da sind wir dann schon bei dem Problem des vorliegenden Gesetzent-

wurfs. Die GRÜNEN wollen der Agrarstruktur den klimaideologischen Geist einhauchen und eine Lenkungswirkung im Bodenrecht erreichen, indem sie die Privilegierung um Naturschutzverbände und Umweltmaßnahmen erweitern. Das führt zu einer schleichenden Enteignung der real wirtschaftenden Landwirte, die vor allem in der Nahrungsmittelerzeugung tätig sind. Was uns die GRÜNEN als Erhalt der kleinbäuerlichen Strukturen verkaufen wollen, ist nichts anderes als die Erweiterung des staatspolitischen Einflusses der GRÜNEN auf den ländlichen Raum. Das erinnert stark an das Reichssiedlungsgesetz – RSG – der Nachkriegszeit. Wir von der AfD stehen aber für die Förderung von erzeugenden Landwirten und nicht für ein Berufsverbot. Die GRÜNEN wollen aber wieder einmal nur ihr Klientel bedienen und die eigenen ideologischen Positionen stärken. Sie kümmern sich nur vordergründig um die heimische Landwirtschaft.

(Zuruf von den GRÜNEN: So ein Quatsch!)

Der vorliegende Gesetzentwurf soll also nicht die Landwirtschaft schützen, sondern er soll lediglich sicherstellen, dass vom landwirtschaftlichen Flächensterben vor allem Kommunen und grüne Verbände profitieren. Das schafft nicht nur mehr Bürokratie, sondern das ist auch ein Schritt zu mehr Sozialismus und Überwachung. Auch das kann nicht der richtige Weg sein, um die gewünschten Ziele zu erreichen. Die AfD steht als freiheitliche liberale Partei für funktionierende Marktmechanismen und nicht für einen Staat, der das Geschehen selbst steuert.

Unsere bayerische Landwirtschaft braucht verlässliche Rahmenbedingungen statt grüner Bodengier und staatlicher Eingriffe. Der Weg sollte nicht sein, kommunale Ausgleichsflächen auf Kosten der Landwirte zu ermöglichen, sondern die Flächeninanspruchnahme insgesamt zu vermeiden.

(Beifall bei der AfD)

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Nächster Redner ist Herr Kollege Dr. Leopold Herz von der Fraktion der FREIEN WÄHLER.

Dr. Leopold Herz (FREIE WÄHLER): Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ein schwieriges Thema. Ich könnte jetzt so beginnen, wie es die Vorrednerin getan hat. Neulich hat man der FDP vorgeworfen, Populismus zu betreiben. – Ich finde, es ist in diesem Zusammenhang gefährlich, ein so bedeutendes Gesetz nun gut ein Jahr vor der Wahl zu diskutieren. Natürlich haben wir hier ein Problem. Deshalb haben wir auch vor gut einem Jahr im Landwirtschaftsausschuss eine Anhörung durchgeführt, wie eben erwähnt wurde. Diese Anhörung war sehr richtungweisend. Die Fachleute haben darauf hingewiesen, wo es Möglichkeiten gibt. Wir haben dabei aber gesehen: Es ist nicht so einfach. Deshalb haben wir in der Regierungskoalition gemeinsam ein Gutachten in Auftrag gegeben.

Liebe Kolleginnen und Kollegen von den GRÜNEN, ich halte es für kontraproduktiv, ein Gutachten zu übersehen, das, nebenbei bemerkt, auch ganz schön etwas kostet. Wir sollten hier nicht vorschnell ein Gesetz verabschieden wollen.

Zum Glück haben wir heute darüber keine Abstimmung. Wichtige Lesungen und Diskussionen werden noch stattfinden. Hier es geht aber um mehrere Gesetze, nämlich um das Grundstückverkehrsgesetz, das Reichssiedlungsgesetz und um das Landpachtgesetz. Für diese drei Gesetze, die vom Bund den Ländern übergestülpt werden sollen, bedarf es schon einer eingehenden Regelung. Dafür sind größere Vorbereitungen nötig, die wir weder heute im Plenum noch bei den weiteren Beratungen einfach so mir nichts dir nichts machen können.

Es geht um weitere Punkte. Ich nenne zum Beispiel die Sache mit dem vorgesehenen Bodenfonds. Es geht um einen Bodenfonds, der, die bayerischen Preise hoch-

gerechnet, fast zwei Milliarden Euro enthalten soll. Zwei Milliarden Euro werden wir in den jetzigen Zeiten nicht so einfach bereitstellen können. Außerdem ist das Ganze auch ein Eingriff in den Gesetzestext. So lese ich zum Beispiel, dass damit Ausgleichsflächen leichter erreicht werden sollen und müssen. Da bin ich völlig anderer Meinung.

(Beifall des Abgeordneten Nikolaus Kraus (FREIE WÄHLER))

In Zukunft werden wir uns keine Ausgleichsflächen mehr leisten können, denn Flächen sind zum einen knapp, und zum anderen hat es keinen Sinn, einen Wald roden zu müssen, um dann sagen zu können: Ich habe eine Ausgleichsfläche.

(Toni Schuberl (GRÜNE): Wir brauchen Schutz vor dem Flächenfraß!)

Das ist schon ökologisch unsinnig, und das müssen wir dann nicht auch noch in einem Gesetz niederschreiben, liebe Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU)

Zum Schluss möchte ich auf den Vorwurf, hier wäre in Bayern bisher nichts getan worden, anmerken: Bereits im Jahr 2016 haben wir mit dem Bayerischen Agrarstrukturgesetz eine Möglichkeit geschaffen. Wir haben bei der Genehmigung die Grenze von zwei Hektar auf einen Hektar herabgesetzt. Das zeigt, dass es hier Versuche gegeben hat.

Insgesamt gesehen können wir dem Gesetz in der jetzigen Fassung nicht zustimmen. Ich freue mich auf intensive und konstruktive Diskussionen in den Ausschüssen. Vielleicht kommen wir zusammen. Es wäre doch eine tolle Sache, wenn alle Fraktionen hier im Hause gemeinsam ein Gesetz verabschieden könnten, wo Handlungsbedarf besteht. In der jetzigen Form ist aber noch sehr viel Luft nach oben.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU)

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Die nächste Rednerin ist Frau Kollegin Ruth Müller von der SPD-Fraktion.

Ruth Müller (SPD): Sehr geehrter Herr Vizepräsident, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! In unserer wunderbaren Bayerischen Verfassung, die im Übrigen auf den Sozialdemokraten Wilhelm Hoegner zurückgeht, stehen in Artikel 161 drei einfache, klare Sätze, und zwar:

Die Verteilung und Nutzung des Bodens wird von Staats wegen überwacht. Missbräuche sind abzustellen.

und

Steigerungen des Bodenwertes, die ohne besonderen Arbeits- oder Kapitalaufwand des Eigentümers entstehen, sind für die Allgemeinheit nutzbar zu machen.

Die Realität sieht allerdings anders aus. Lagen die Kaufpreise für einen Hektar landwirtschaftlicher Fläche im Jahr 2014 noch bei 41.440 Euro pro Hektar, sind es laut Agrarbericht im Jahr 2020 durchschnittlich 63.986 Euro. 2014 wurden nur in der Region München Preise über 100.000 Euro pro Hektar erzielt, und zwar durchschnittlich 143.070 Euro. Im Jahr 2020 sind es schon 19 Landkreise, die über der 100.000-Euro-Schwelle je Hektar liegen. In der Region München hat sich der Preis in sechs Jahren nahezu verdoppelt. Mit den hohen Bodenpreisen steigen natürlich auch die Pachtpreise. Nicht nur für Junglandwirte und Existenzgründer ist es

bei diesen Preisen schwierig, einzusteigen und an Flächen zu kommen, und das Ganze vor dem Hintergrund, dass uns allen daran gelegen ist, mehr Ernährungssouveränität zu bekommen und mehr Wertschöpfung im Land zu halten.

Die Wertschöpfung liegt derzeit aber bei den außerlandwirtschaftlichen Investoren, die nicht nur von den hohen Pachtpreisen profitieren, sondern auch vom Vermögenszuwachs durch die Preissteigerung der Flächen. Wenn Großinvestoren Agrarflächen kaufen, profitieren am Ende die Aktionäre davon; denn auf Aktien muss man keine Grunderwerbsteuer zahlen, aber man profitiert von der Wertsteigerung der Flächen. Dieses Geld fehlt den Landwirten, die auf ihrem Grund und Boden unsere Lebensmittel anbauen. In unserer Anhörung "Bauernland in Bauernhand", die wir als Bayern-SPD-Landtagsfraktion initiiert hatten, haben wir von den Experten viele negative Beispiele gehört, wohin es führt, wenn Grund und Boden der Spekulation ausgesetzt werden. Wir haben dringende Appelle gehört, dass anstehende Verkäufe transparenter gemacht werden müssen, dass es für angrenzende Landwirte ein Vorkaufsrecht geben sollte, dass der Zugang zu Grund und Boden nicht ausreichend geregelt ist und dass Share Deals und die Umgehung des Grundstückverkehrsgesetzes die Konzentration von landwirtschaftlicher Fläche bei Investoren außerhalb der Landwirtschaft ermöglichen. Schon vor über einem Jahr wurde uns von der Staatsregierung ein Gutachten versprochen, das allerdings bis heute nicht vorliegt. Insofern, lieber Herr Kollege Herz, kann man nicht von vorschnell sprechen, wenn heute ein Gesetzentwurf eingereicht wird.

Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen, wir sind uns alle einig, dass eine regional verankerte Landwirtschaft, wie wir sie alle haben wollen, in den Händen derjenigen liegen sollte, die die Flächen gut bewirtschaften und im Sinne der nachfolgenden Generationen bewahren. Wir müssen auf der einen Seite den Ausverkauf unserer Heimat stoppen und auf der anderen Seite dafür sorgen, dass nicht immer mehr landwirtschaftliche Flächen aus der Nutzung verschwinden. Boden gehört in die Hand derer, die unsere Ernährung sichern und unsere Kulturlandschaft pflegen. Wie unser Boden bewirtschaftet wird, hat einen Einfluss auf das Grundwasser, auf das Ökosystem und nicht zuletzt auf den Lebensraum für unsere Tiere und Pflanzen. In unserer Anhörung haben sich zahlreiche Experten für ein eigenes Landesgesetz ausgesprochen, zum Beispiel auch der Bayerische Bauernverband, der klar gesagt hat, dass ein eigenes bayerisches Gesetz wichtig wäre, weil das Bundesgesetz nicht ausführlich genug ist. Der Begriff des Landwirts und Unschärfen des Grundstücksbegriffs müssten geklärt werden. Die ungesunde Verteilung von Grund und Boden muss reguliert werden, indem ein überhöhter Kaufpreis einen Versagungsgrund darstellt.

Zum weiteren Verfahrensweg der Gesetzesberatung möchte ich anregen, dass wir zu den Details des vorliegenden Entwurfs, –

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Frau Abgeordnete, denken Sie an Ihre Redezeit!

Ruth Müller (SPD): – der in weiten Teilen auf einem Gesetzentwurf aus Sachsen-Anhalt basiert, auch die Verbände einladen und anhören. Wir hoffen, dass auch das Gutachten entsprechenden Einfluss finden wird.

(Beifall bei der SPD)

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Nächster Redner ist Herr Kollege Christoph Skutella von der FDP-Fraktion.

Christoph Skutella (FDP): Sehr geehrter Herr Präsident, Kolleginnen und Kollegen! Viele Experten aus Bund und Ländern fordern seit Langem mehr staatliche Einflussnahme auf den landwirtschaftlichen Bodenmarkt. Der Berufsstand selbst,

die landwirtschaftlichen Betriebe und Grundstückseigentümer, wirken bei dieser Thematik aber eher gespalten. Ich bin froh, dass ich bei den Wortbeiträgen der Kollegen Fackler und Dr. Herz mitbekommen habe, dass sie – wie wir alle – grundsätzlich Handlungsbedarf sehen. Grundsätzlich kann man über dieses Thema debattieren. Die Bund-Länder-Arbeitsgruppe "Bodenmarktpolitik" hat in ihrem Abschlussbericht 2015 schon eine Palette an Empfehlungen herausgegeben und auf die Gesetzgebungskompetenz der Länder hingewiesen.

Lieber Leo, du hast gesagt, das wurde uns übergestülpt. Ich glaube aber, in diesem Fall ist das gut für Bayern. Wir als FDP-Fraktion stimmen zumindest der Ansicht zu, dass wir dies landesrechtlich regeln müssen. Das ergibt auch Sinn, weil die Situation in den einzelnen Bundesländern sehr unterschiedlich ist.

Dass wir ein Gesetz machen, ist, wie gesagt, okay. Über das "Wie" müssen wir uns wie immer unterhalten. Hier wäre das Gutachten, das bereits angesprochen wurde und schon länger angekündigt ist, eine solide Basis für unsere Diskussion.

Wenn ich mir das formulierte Ziel des Gesetzentwurfs der GRÜNEN ansehe, stelle ich mir die ersten Fragen. Verkäufe landwirtschaftlicher Grundstücke an Nichtlandwirte sollen im Sinne gesunder agrarischer Strukturentwicklung reguliert werden, und der Preisanstieg auf dem Bodenmarkt soll abgemildert werden. Was genau ist denn ein Nichtlandwirt? Was genau ist denn eine gesunde agrarische Struktur? – Ich glaube, darüber können wir uns im Ausschuss unterhalten.

Gisela, du hast gesagt, das gebe es nur in Baden-Württemberg. Seit letzter Woche gibt es das aber auch in Niedersachsen. Die Expertenanhörung im Bayerischen Landtag wurde hier schon angesprochen. Wir hätten also genug Futter, um den Gesetzentwurf zum jetzigen Zeitpunkt und nach der Sommerpause in den Ausschüssen zu diskutieren.

Was ich aus der Expertenanhörung mitnehme, sind folgende Punkte: Die Situation in Bayern ist nicht vergleichbar mit Ostdeutschland, aber der Pachtflächenanteil der aktiv wirtschaftenden Betriebe ist in den letzten Jahrzehnten sprunghaft angestiegen. Die bayerischen Landwirte verfügen trotz steigender Pachtpreise statistisch immer noch über den höchsten Eigentumsanteil bundesweit. Dies liegt auch daran, dass es in Bayern sehr viele Betriebe mit im Durchschnitt kleinsten Flächenausstattungen gibt. Zudem gibt es einen sehr hohen Anteil von Nebenerwerbsbetrieben, also Betrieben, die weiterhin Landwirtschaft betreiben, in der Statistik auch gezählt werden und im Sinne des Grundstückverkehrsgesetzes als landwirtschaftliche Betriebe gelten.

Da im Gesetzentwurf der GRÜNEN immer von außerlandwirtschaftlichen Investoren die Rede ist, möchte ich darauf hinweisen, dass es auch genug Konkurrenz innerhalb der Landwirtschaft gibt, nicht nur außerlandwirtschaftliche Großinvestoren. Das muss man ebenfalls thematisieren. Auch die Rolle der Kommunen muss man in diesem Zusammenhang thematisieren. Die Kommunen erwerben Land, um einen Ausgleichsflächenpool zu haben. Wie gehen wir damit um? – Das ist mir aus dem Gesetzentwurf nicht ganz klar geworden. Einhellig war die Meinung aller Experten: Es bestehen Vollzugsdefizite beim Grundstückverkehrsgesetz und wir brauchen mehr Transparenz am Pachtmarkt. Es würde, glaube ich, nicht schaden, wenn wir uns darauf einigen könnten; ich glaube, dann hätten wir hier im Landtag einen Konsens.

Ich darf abschließend Andreas Tietz vom Thünen-Institut zitieren: Wenn Bayern auf dem Weg ist, ein eigenes Gesetz zu entwerfen, sollte man sich über die Ziele dieses Gesetzes gründlich Gedanken machen. – Das ist unsere Aufgabe. Was wollen wir erreichen? Wollen wir landwirtschaftliche Haupterwerbsbetriebe bzw. Betriebe, die allein von der Landwirtschaft leben müssen, stärken, oder wollen wir

jeden, der den Status Landwirt hat, gleichermaßen behandeln? Dies ist, glaube ich, gerade für uns in Bayern eine der expliziten Fragen, die wir im Ausschuss klären müssen. Ich freue mich auf die Beratungen.

(Beifall bei der FDP)

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Das Wort hat nun der fraktionslose Abgeordnete Raimund Swoboda.

Raimund Swoboda (fraktionslos): Hohes Haus, verehrte Bürger! Die GRÜNEN wollen nicht nur den Staat regieren, sie wollen alle Belange des multiethischen bayerischen Staatsbürgerrechtsvolks indoktrinieren und letztlich Privateigentum wie Kapitalvermögenssachwerte und Boden als Prinzip unserer freiheitlich-demokratischen Grundordnung abschaffen. Jetzt sind die Bauern an der Reihe und sollen mit einer Art Bodenrechtsreformgesetz für eine sozialistische Agrarwirtschaft ganz im marxistischen Sinne zurechtgestutzt werden. Zwar haben die Bauern längst die freie Verfügungsgewalt über ihren landwirtschaftlichen Grund und Boden verloren und die Nase voll von der Gängelung durch EU-Bürokratie, überzogenem Tier-, Umwelt- und Artenschutz und vielem anderem, aber bisher waren sie immer noch Herr im eigenen Haus. Die Vertragsfreiheit bei Bodenveräußerung gehörte in irgendeiner Form dazu; denn bisher haben sie dadurch einen Genehmigungsvorbehalt und das Vorkaufsrecht benachbarter Bauern ertragen müssen, die bei Hofaufgabe die Felder kaufen wollten.

Jetzt wollen die GRÜNEN die bäuerliche Agrarstruktur retten, unter anderem mit bauernfeindlichen, erbschaftsfeindlichen und eigentumsfeindlichen Eingriffen, nämlich der Deckelung der Kauf- und Pachtpreise – das ist Preisdiktat –, mit dem Vorkaufsrecht für Landessiedlungsunternehmen – das ist neu – und mit der Begrenzung der Anteilsverkäufe, wenn also nur Teilflächen veräußert werden. Sie wollen nicht einmal ein Gutachten, das das Landwirtschaftsministerium in Auftrag gegeben hat, abwarten, um zu wissen, ob Sie auf der richtigen Spur sind. Letzten Endes sagen Sie, Sie wollen branchenfremde Investoren und bauernfremde Elemente in der Landwirtschaft vermeiden oder heraushalten. Schöne Worte, wer's glaubt! Ich sehe darin eine Knebelung, ja sogar Entmündigung der Landwirte und einen enteignungsgleichen Eingriff in das Recht am Grund und Boden der Bauern. Dies ist der Einstieg in eine sozialistische Staatslandwirtschaft auf Kosten der Opfer des Höfesterbens.

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Herr Abgeordneter, denken Sie an das Ende Ihrer Redezeit!

Raimund Swoboda (fraktionslos): Danke. – Diese und deren Vorfahren haben die Höfe erst so weit gebracht, dass sie überhaupt Landwirtschaft betreiben konnten. Das ist Missbrauch der GRÜNEN in Bezug auf Demokratie.

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Das Wort hat nun noch einmal Frau Kollegin Gisela Sengl von der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Frau Sengl, Sie haben noch viereinhalb Minuten Redezeit.

Gisela Sengl (GRÜNE): Sehr geehrtes Präsidium, liebe Kolleginnen und Kollegen! Dass Demokratie funktioniert, sieht man daran, dass Herr Kollege Swoboda immer reden darf.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Nun aber zu unserem Gesetz: Ich nehme positiv mit, dass sich eigentlich alle einig waren, dass wir ein Problem am landwirtschaftlichen Bodenmarkt haben. Das nehme ich als positiven Aspekt mit. Herr Kollege Herz hat gesagt, dass Sie noch

nicht zustimmen könnten. Das Wort "noch" gefällt mir sehr gut. Die Anhörung über das landwirtschaftliche Bodenrecht war im April 2021. Alle waren sich ziemlich einig: Die Bundesländer müssen handeln, insbesondere Bayern muss handeln, weil Bayern eine besondere Agrarstruktur aufweist. – Das brauche ich nicht alles noch einmal zu wiederholen. Dann wurde groß getönt: Wir geben ein Gutachten in Auftrag! – Wo ist denn das Gutachten? – Ihr habt einfach eure Hausaufgaben nicht gemacht. Das ist euch wirklich vorzuwerfen. Obwohl in diesem Bereich in Bezug auf die Landwirtschaft sehr viel Negatives passiert, macht ihr einfach nichts.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Wir haben unsere Hausaufgaben gemacht. Zumindest haben wir uns die Mühe gemacht, uns einen solchen Gesetzentwurf vorzunehmen. Das ist nicht so einfach, wenn man kein Ministerium mit einer riesigen Riege von Juristen hinter sich hat. Ich weiß gar nicht, ob den Gesetzentwurf alle gelesen haben. Lest ihn einfach mal durch! Ich denke, er ist gut und wäre zustimmungsfähig.

Ich muss euch noch etwas mitgeben. Ministerin Kaniber hat die Junglandwirte-Kommission ins Leben gerufen. Das war sehr gut.

(Tanja Schorer-Dremel (CSU): Also machen wir doch etwas für die Landwirte!)

– Ich sage nicht, dass ihr alles schlecht macht. Ich sage nur, ihr führt es nicht fort. Das ist das Schlimme. Ihr habt das ins Leben gerufen, aber es passiert nichts. Es ist überhaupt keine Konsequenz vorhanden. Die Junglandwirte haben gesagt – ich zitiere –:

Besserer Zugang zu landwirtschaftlichen Nutzflächen – Landwirtschaftlicher Grund und Boden ist die zentrale Basis für unsere Betriebe. Die aktuelle Rechtslage schützt uns zu wenig vor außerlandwirtschaftlichen Investoren und gibt uns kaum die Möglichkeit, landwirtschaftlichen Grund und Boden zur Weiterentwicklung des Betriebes zu beschaffen. Hier ist eine entsprechende Anpassung des Bodenrechts erforderlich.

Bitte macht endlich etwas!

Ich komme zu den Share Deals. Ich finde es unglaublich, was die CSU macht. Die Anteilsgrenze der Share Deals lag bei 95 %. Ministerin Klöckner von der CDU – vielleicht könnt ihr euch noch daran erinnern – wollte die Anteilsgrenze auf 75 % herabsetzen. Woran ist das gescheitert? – Das ist an euren CSU-Leuten gescheitert. Eure CSU-Leute im Bund waren dagegen. Schließlich hat man das Ganze auf 90 % herabgesetzt. Das ist ein Witz! Noch scheinheiliger kann man echt nicht agieren.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Frau Sengl, bitte bleiben Sie am Rednerpult. Herr Kollege Schöffel von der CSU hat sich zu einer Zwischenbemerkung gemeldet. Herr Schöffel, bitte schön.

Martin Schöffel (CSU): Frau Kollegin Sengl, ich weise den Vorwurf zurück, in dieser Sache würde nichts gemacht. Ich weiß nicht, warum Sie in dieser Angelegenheit eine derartige Aggressivität an den Tag legen. Wir haben miteinander einstimmig beschlossen, das Gutachten in Auftrag zu geben. Das Thünen-Institut hat dieses Gutachten praktisch abgeschlossen. Es wird nach der Sommerpause vorgelegt. Wir sollten uns das Gutachten miteinander anschauen. Stattdessen sagen Sie mit einer keifenden Aggressivität, es werde nichts gemacht, und fragen, wo

das Gutachten sei. Sie hätten sich damit befassen müssen, wie weit die Erstellung des Gutachtens ist, bevor Sie hier behaupten, dass nichts gemacht wird.

(Tanja Schorer-Dremel (CSU): Hört, hört!)

Sie haben festgestellt, dass es Handlungsbedarf gibt. Der Gesetzentwurf enthält Punkte, die sicherlich nicht passend für die bayerischen Verhältnisse sind; über andere Punkte müssen wir reden. Ihr Auftritt ist der Sache wirklich nicht angemessen. Wir haben der Anhörung zugestimmt, obwohl wir sie nach dem Vorliegen des Gutachtens durchführen wollten. Die Anhörung hat keine wirklichen Ergebnisse geliefert.

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Herr Schöffel, Ihre Redezeit geht zu Ende.

Martin Schöffel (CSU): Wir haben das Gutachten miteinander in Auftrag gegeben. Das wird nach der Sommerpause vorgelegt. Sie sollten zurücknehmen, was Sie gesagt haben. Das gilt besonders für den Stil und die Art und Weise.

(Beifall bei der CSU)

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Frau Sengl, Sie haben das Wort.

Gisela Sengl (GRÜNE): Tut mir leid, das habt ihr euch selber zuzuschreiben, weil einfach nichts unternommen wird.

(Widerspruch bei der CSU)

Seit dem Jahr 2006 fordert der Bund die Bundesländer auf, aktiv zu werden und ein eigenes Landesgesetz auf den Weg zu bringen. Es wurde einfach nichts gemacht. Die Anhörung kam übrigens auf SPD-Wunsch zustande. Wir haben mitgestimmt. Ihr habt auch mitgestimmt. Von euch kommt aber einfach keine Initiative. Warum dauert die Erstellung eines Gutachtens eigentlich ein Jahr? – Es gibt doch schon Vorlagen. Das Gesetz in Baden-Württemberg funktioniert.

(Tanja Schorer-Dremel (CSU): Das entscheidet der Gutachter, nicht wir!)

Zu diesem Thema ist von eurer Seite kein politischer Druck da. Entweder habt ihr es vergessen oder findet es nicht so wichtig. Uns war es wichtig, dieses Thema wieder aufzurufen, weil die Hütte brennt. Das wisst ihr ganz genau.

(Tanja Schorer-Dremel (CSU): Ein völlig falsches Bild, das da gemalt wird! Das stimmt nicht!)

Von allen Bäuerinnen und Bauern wird gesagt: Wenn sich die Preise am Bodenmarkt so weiterentwickeln, können wir nicht mehr richtig arbeiten.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Die Aussprache ist geschlossen. Ich schlage vor, den Gesetzentwurf dem Ausschuss für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten als federführendem Ausschuss zu überweisen. Erhebt sich Widerspruch? – Das ist nicht der Fall. Dann ist das so beschlossen.

Ich rufe **Tagesordnungspunkt 4 b** auf:

Gesetzentwurf der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Stephanie Schuhknecht u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

**Gesetz über die Behandlung von Petitionen nach Art. 115 der Verfassung des Freistaates Bayern sowie über die unabhängige Bürgerbeauftragte oder den unabhängigen Bürgerbeauftragten des Freistaates Bayern (Bayerisches Petitions- und Bürgerbeauftragtengesetz - BayPetBüG) (Drs. 18/23513)
- Erste Lesung -**

Begründung und Aussprache werden miteinander verbunden. Die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN hat somit 11 Minuten Redezeit. Ich eröffne zugleich die Aussprache. Die Gesamtredezeit der Fraktionen beträgt nach der Geschäftsordnung 32 Minuten. Die Redezeit der Staatsregierung orientiert sich dabei an der Redezeit der stärksten Fraktion. Ich erteile der Kollegin Stephanie Schuhknecht von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN das Wort.

Stephanie Schuhknecht (GRÜNE): Sehr geehrtes Präsidium, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Sie lesen eines Morgens in der "Main-Post", dass in Ihrer direkten Umgebung eine neue Kläranlage gebaut werden soll. Sie befürchten das Schlimmste, organisieren Widerstand in der Nachbarschaft und schreiben in großer Hoffnung eine Petition an den Bayerischen Landtag – die in München müssen doch etwas machen können. Nach drei bis vier Monaten wird Ihnen mitgeteilt, dass Ihre Petition beraten wird. Sie wollen Ihre Argumente natürlich selbst im Ausschuss vortragen. Man teilt Ihnen aber mit, dass Sie kein festes Rederecht haben und eine Videozuschaltung nicht möglich ist. Sie schauen nach und stellen fest, dass Sie um 05:30 Uhr den Zug nehmen müssten, um sicher pünktlich im Landtag zu sein. Sie entscheiden sich aufgrund Ihrer beruflichen und familiären Belastung, letztlich nicht nach München zu fahren. Drei Wochen später wird Ihnen mitgeteilt, dass Ihre Petition nach § 80 Nummer 4 für erledigt erklärt wurde; man habe Ihrem Anliegen nicht abhelfen können. Sie fragen im Ausschussbüro nach. Eine ausführliche Erläuterung wäre gut – Fehlanzeige. Der Ausschuss hat weder "Text" noch "Protokoll" beschlossen. Was wird diese unterfränkische Bürgerin bzw. dieser unterfränkische Bürger nach einer solchen Erfahrung von der Politik und vom Petitionswesen halten? – Ich denke, Sie und ich, wir ahnen es alle.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, als letzten Punkt in der heutigen Debatte und bevor wir alle sicherlich einen wunderschönen Abend in Schleißheim verbringen werden, bringe ich als Vorsitzende des Petitionsausschusses zusammen mit meiner Fraktion eine grundlegende Reform der Behandlung von Petitionen in dieses Hohe Haus ein. Was wir vorschlagen, ist nichts weniger als ein Paradigmenwechsel im Umgang mit Beschwerden von Bürgerinnen und Bürgern. Wir wollen, dass die Menschen sich mit ihren Problemen gehört und wertgeschätzt fühlen und ihr Anliegen in einem Mediationsverfahren proaktiv einer Lösung zugeführt wird. Wir schlagen daher die Einführung des Amtes einer unabhängigen Bürgerbeauftragten vor.

Wir haben uns mit unserem Gesetzentwurf eng an die Bürgerbeauftragte des Landes Rheinland-Pfalz angelehnt. Dort wurde das Amt übrigens im Jahr 1974 von einer CDU-geführten Regierung eingeführt. Alle Petitionen, die Beschwerden beinhalten, werden zunächst von diesem unabhängigen Bürgerbeauftragten bearbeitet. Dieser versucht in einem mediativen Verfahren, das Problem zu lösen. Im Jahr 2020 konnten übrigens im Land Rheinland-Pfalz über 50 % aller Bürgeranliegen und Beschwerden durch eine einfache Auskunft oder die Erläuterung der Rechtslage geklärt werden. In 16 % der Fälle konnte die unabhängige Bürgerbeauftragte echte Kompromissvorschläge erarbeiten, die zu einer positiven Erledigung führten. Am Ende beschäftigen damit zwei Drittel aller Petitionen den Petitionsausschuss nicht mehr.

Das wäre eine enorme Entlastung für den Landtag und letztlich eine Win-win-Situation, weil die Bürgerinnen und Bürger deutlich zufriedener wären: sie merken, dass ihr Anliegen nicht nur verwaltet wird, sondern jemand proaktiv an einer Lösung arbeitet. Selbst wenn ihrem Anliegen nicht entsprochen werden kann – das kommt natürlich vor –, entsteht deutlich weniger Frust, wenn man im direkten Gespräch eine Erklärung bekommt, warum etwas nicht geht und welche alternativen Möglichkeiten bestehen.

Jetzt werden Sie sicherlich fragen: Wo bleibt denn da der Landtag, und wo sind wir Abgeordneten? Wir sind doch die vom Volk gewählten Vertreterinnen und Vertreter. – Keine Sorge, liebe Kolleginnen und Kollegen, unser Vorschlag sieht wie die Regelungen in anderen Bundesländern vor, dass die Petitionen, die der Bürgerbeauftragte nicht einvernehmlich klären kann, selbstverständlich vom Landtag behandelt werden. Eine Bürgerin oder ein Bürger kann also mit einer kurzen E-Mail dafür sorgen, dass ihr oder sein Anliegen im Ausschuss landet.

Auch zum Verfahren beim Landtag schlagen wir mit unserem Gesetzentwurf eine grundlegende Reform vor, um die Petitionsbehandlung endlich transparenter, bürgerfreundlicher und barrierefreier zu machen, kurz gesagt, um sie auf die Höhe der Zeit zu bringen. Wir stärken die Bürgerinnen und Bürger. So wollen wir ein Rede-recht im Ausschuss einführen, das nicht von der Gnade des Ausschusses abhängt. Wir wollen, dass Petentinnen und Petenten Stellungnahmen zu ihrem Anliegen bereits vor der Behandlung im Ausschuss lesen können, um die Argumente der anderen Seite zu kennen.

Wenn Sie jetzt behaupten, das ufer doch aus und werde zu einer unendlichen Dauerschleife, dann sage ich Ihnen: Nein! Denn erstens ist es heute schon so, dass Petentinnen und Petenten fleißig erneut an den Landtag bzw. den Ausschuss schreiben, weil sie nämlich momentan sämtliche Argumente erst nach Abschluss der Petitionsbehandlung mitgeteilt bekommen. Zweitens darf ich Sie daran erinnern, dass unser Vorschlag vorsieht, dass Petitionen, die beim Landtag beraten werden, vorher bereits einen intensiven Mediationsprozess durchlaufen haben, das heißt, eigentlich sind dann alle Argumente schon im Vorfeld erörtert worden.

Dazu kommt – das ist ein ganz zentraler Punkt unseres Gesetzentwurfs –, dass wir den Livestream und die Videozuschaltung wieder uneingeschränkt einführen wollen.

(Beifall bei den GRÜNEN und der SPD)

Liebe Bayernkoalition, der fadenscheinige Kompromiss in dieser Sache ist wirklich von vorgestern! Ich schäme mich, als Ausschussvorsitzende den Menschen erklären zu müssen, dass die gesamte Technik nach wie vor da ist, Geld kostet und genutzt wird, aber eben nur für gewisse, von Ihnen willkürlich festgelegte Personenkreise.

Uns geht es aber nicht nur darum, Petentinnen und Petenten zu stärken. Das Petitionsrecht ist auch ein parlamentarisches Kontrollrecht. Deshalb stärken wir zudem die Rolle von uns Abgeordneten. Wir wollen zukünftig die Zuteilung der Berichterstattung schon direkt beim Eingang der Petition beim Landtag vornehmen und damit uns Abgeordneten deutlich mehr Zeit für die Bearbeitung geben als die bisher üblichen sechs Tage. Wir wollen darüber hinaus die Möglichkeit einführen, auch per Minderheitenvotum Akteneinsicht zu nehmen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, mir fehlt leider die Zeit, jetzt alle innovativen Regelungen unseres Gesetzentwurfs hier vorzustellen. Ich bin mir aber total sicher, dass wir dafür in den Ausschüssen noch ausreichend Zeit haben werden.

Bei den FREIEN WÄHLERN darf ich mich heute schon für die Unterstützung bedanken. Davon gehe ich zumindest aus; denn einen Gesetzentwurf über eine unabhängige Bürgerbeauftragte bzw. einen unabhängigen Bürgerbeauftragten, die bzw. der Beschwerden mediatorisch behandelt, hatten Sie ja schon in der vergangenen Legislaturperiode eingebracht. Ich gehe davon aus, dass diese Haltung bei Ihnen immer noch besteht. – Ich freue mich jetzt auf die Aussprache.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Danke schön. – Das Wort hat nun Herr Abgeordneter Michael Hofmann von der CSU-Fraktion.

Michael Hofmann (CSU): Sehr geehrter Herr Vizepräsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Nachdem ich den Gesetzentwurf der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN erstmals durchgelesen hatte, war ich regelrecht schockiert von der Darstellung, wie das Petitionsrecht bei uns angeblich gehandhabt wird.

Als ich näher hinschaute, insbesondere auf verschiedene Aussagen in der Begründung – einiges steht auch im Gesetzestext –, bin ich zu dem Ergebnis gekommen: Liebe Kolleginnen und Kollegen, Sie müssen sich gar nicht so sehr an die eigene Brust klopfen. Vieles von dem, was schon in der aktuellen Regelung steht, wird in dem Gesetzentwurf schlicht und ergreifend zusammengefasst und neu geordnet. Darauf gehen Sie in verschiedensten Passagen immer wieder ein.

Nichtsdestoweniger will ich den Gesetzentwurf nicht unterschätzen. Dessen Umsetzung würde in der Tat, wie Kollegin Schuhknecht sagte, einen Paradigmenwechsel bedeuten, nämlich insoweit, als zunächst einmal nicht die Abgeordnetenrechte gestärkt, sondern Arbeit abgeschoben würde. Das ist der Inhalt Ihres Gesetzentwurfs.

Was Sie tun, ist Folgendes: Sie schreiben in Ihrem Entwurf, dass wir Abgeordneten für die angemessene Prüfung des Sachverhalts keine Zeit hätten; das steht dort ausdrücklich. Sie möchten offensichtlich, dass in Zukunft jemand anders diesen "Kleinviehmist" macht. Darum geht es Ihnen. Diese lästigen Beschwerden von Bürgerinnen und Bürgern!

Nichtsdestoweniger hat unsere Verfassung die Behandlung von Petitionen bewusst den Abgeordneten zugeschrieben. Warum? – Weil die Abgeordneten wissen sollen, was vor sich geht.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Genau deswegen hilft es nicht, wenn Sie fordern, beim Bayerischen Landtag einen Bürgerbeauftragten oder eine Bürgerbeauftragte in der Besoldungsgruppe B9 – das wäre also zusätzlicher finanzieller Aufwand – zu installieren. Wir brauchen zusätzlich einen Verwaltungsunterbau, der dem Bürgerbeauftragten zuarbeitet. Das ist logisch; denn angesichts der Anzahl der Petitionen ist das von einer Person schlicht nicht zu schaffen.

Sie machen in diesem Zusammenhang nur einen Fehler: Es kommt nicht darauf an, dass man es einem oder einer zuschiebt. Es kommt immer auf den Kopf an. Es kommt auf diejenigen bzw. diejenige an, der bzw. die sich tatsächlich darum kümmert. Ich frage mich, warum Sie als frei gewählte Abgeordnete sich dieser Arbeit entledigen wollen. Sie brauchen diesen Kontakt zu den Bürgerinnen und Bürgern.

Wenn ich jetzt Ihr Beispiel mit der Kläranlage nehme: Wir beide wissen genau, dass es in der Realität so, wie es von Ihnen geschildert worden ist, in den seltensten Fällen stattfindet. Normalerweise nehmen gerade bei solchen Dingen die Be-

richterstatterinnen und Berichterstatter mit den Petenten Kontakt auf und fragen nach: Wie ist es denn? Wie seht ihr es denn?

Das geschieht im Übrigen auch vor dem Hintergrund, dass eine Erklärung der Staatsregierung vorliegt. Diese würden wir uns mit dem neuen Bürgerbeauftragten beim Bayerischen Landtag nicht ersparen, sondern diese gäbe es nach wie vor, weil die Verwaltung selbstverständlich Interesse daran hat, ihre eigene Sicht auf diese Geschichte vorzulegen.

Das ist übrigens gar nicht schlimm. Ich erwarte von einem bzw. einer frei gewählten Abgeordneten, dass er bzw. sie sich dann damit beschäftigt und hinterfragt, was in der Erklärung der Staatsregierung drinsteht. Wenn ich der Meinung bin, dass das mit dem, was der Petent vorträgt, nicht zusammenpasst, ist es das Einfachste von der Welt, zum Hörer zu greifen oder eine E-Mail zu schreiben: Passt mal auf, die Staatsregierung ist dieser oder jener Meinung, das passt überhaupt nicht zu dem, was ihr geschrieben habt.

Sie entfernen sich mit diesem Gesetzentwurf von den Bürgerinnen und Bürgern. Das ist das Problem. Das ist der Paradigmenwechsel.

So ganz nebenbei machen Sie mit dem, was Sie in Ihren Entwurf hineingeschrieben haben, im Grunde genommen die Arbeit, die tagtäglich hier im Bayerischen Landtag geleistet wird, schlecht.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Sie vermitteln nämlich den Eindruck, dass die Antworten auf Petitionen, die an den Landtag gegeben worden sind, bisher einfach so "hingerotzt" worden seien – entschuldigen Sie die Ausdrucksweise – und dass die Abgeordneten sich nicht bereit-erklärten, sich mit dem Thema tatsächlich zu beschäftigen. So ist es aber nicht! Ich finde es ausgesprochen schade, dass Sie mit dem Ziel eines billigen Punktgewinns einen solchen Gesetzentwurf einbringen.

Noch etwas anderes: In Ihrem Entwurf heißt es zum Beispiel, es solle möglich sein, einen Ortstermin zu beschließen, ohne dass ein Beschluss des Ausschusses gebraucht wird. Wie ist es denn bisher? Wenn ein Berichterstatter oder eine Mitberichterstatterin der Meinung ist, dass ein Ortstermin nötig ist, wird noch weit vor der Ausschusssitzung Kontakt aufgenommen und gefragt: "Bist du auch dieser Meinung? Brauchen wir einen Ortstermin oder nicht?" Zu dem Zeitpunkt, zu dem dann die Sitzung stattfindet, ist das schon vollkommen klar. Wir verlieren hier überhaupt keine Zeit. Wir arbeiten bei der Behandlung der Petitionen doch wesentlich kooperativer, als Sie es hier darstellen.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Ich finde das einfach nicht fair.

Jetzt muss ich noch etwas dazu sagen: Sie behaupten, mit diesem Gesetzentwurf stärkten Sie die Rolle des Abgeordneten oder des Parlaments. Das Einzige, was Sie stärken würden – wofür ich Verständnis habe, liebe Frau Schuhknecht, aber deswegen muss es noch lange nicht meine Auffassung sein –, wären die Rechte der Opposition, aber nicht die der Mehrheit im Bayerischen Landtag, die übrigens vom Volk legitimiert worden ist, entsprechende Entscheidungen zu treffen. Wir haben genügend strittige Themen – das gilt auch für Petitionen –, bei denen man es tatsächlich politisch so oder auch anders sehen kann. Aber dann wollen Sie in diesem Zusammenhang mit einem Minderheitenrecht die eigentliche Legitimation aushebeln. Das halte ich für verfehlt.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Ein weiteres Thema ist – ich glaube, dass Sie da die Tragweite Ihrer Überlegungen noch gar nicht erkannt haben –, dass Sie mit dieser Installation beim Bayerischen Landtag eine Konfrontationsstellung noch zusätzlich schärfen. Im Übrigen trieft der gesamte Gesetzestext, mit Akteneinsichtsrecht und Zwang zur Vorlage von Akten, vor Misstrauen gegenüber den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der öffentlichen Verwaltung. Auch das ist ein völlig falsches Zeichen. Wir werden in – –

(Toni Schuberl (GRÜNE): Misstrauen gegenüber der Regierung ist unsere Aufgabe!)

– Ich weiß, dass Sie das nicht gern hören wollen. Trotzdem müssen Sie es sich anhören, weil ich es Ihnen so ins Gebetbuch schreibe.

(Beifall bei der CSU)

Wenn Sie jetzt in dem Bereich diese Konfrontationsstellung noch zusätzlich verschärfen, dann werden wir eben keine gute Vereinbarung von dem, was die öffentliche Verwaltung gerne möchte, mit dem, was die Bürgerinnen und Bürger erreichen wollen, letzten Endes durchsetzen können, sondern es wird natürlich immer eine Konfrontationsstellung sein.

(Zuruf der Abgeordneten Anne Franke (GRÜNE))

Lassen Sie mich das insoweit auch anmerken, da ich jetzt schon seit zwei Jahren Bürgerbeauftragter der Bayerischen Staatsregierung bin: Es ist durchaus ein Vorteil, dass der Bürgerbeauftragte bei der Staatsregierung angesiedelt ist vor dem Hintergrund, dass man als Vermittler nicht nur, wie Sie es in Ihren Entwurf geschrieben haben, eigentlich einen Bürgeranwalt einsetzt, der – ich zitiere – die Interessen der Bürgerinnen und Bürger wahrzunehmen hat. Dabei geht es wohlge-merkt nicht um Bürgerinnen und Bürger, sondern eigentlich nur um den konkreten Petenten; denn um den muss man sich jeweils kümmern. Da haben wir im bayerischen Parlament eine andere Auffassung als Sie, worum sich der Bürgerbeauftragte des Bayerischen Landtags kümmert, weil in der Regel auch mehrere Personenkreise betroffen sind. Spannend wird es dann, wenn er zwei Petitionen mit jeweils 6.000 Unterschriften bekommt, auf der einen Seite die Petition von einer Bürgerinitiative, die sich für eine Umgehungsstraße ausspricht, und auf der anderen Seite die Petition, die lautet: Wir wollen diese Umgehungsstraße nicht. – Mit genau diesen Dingen sollten wir uns am Ende des Tages selbst beschäftigen, und zwar von Anfang an, anstatt abzuschieben.

(Toni Schuberl (GRÜNE): Genau dafür braucht man einen unabhängigen Bürgerbeauftragten! – Tanja Schorer-Dremel (CSU): Genau dafür hat man Abgeordnete!)

– Genau das ist der Punkt! Dafür sind wir gewählt, und wenn Ihnen diese Arbeit zu viel ist, dann sollten Sie sich fragen, ob Sie hier an der richtigen Stelle sind.

(Beifall bei der CSU)

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Danke. – Wir haben zwei Meldungen zu Zwischenbemerkungen; die erste kommt vom Kollegen Toni Schuberl von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Herr Schuberl.

Toni Schuberl (GRÜNE): Herr Hofmann, wenn wir Petitionen bekommen, werden sie am Donnerstag zugeteilt.

(Tanja Schorer-Dremel (CSU): Na und? Das ist bei allen so! Das schaffen die anderen auch!)

Am Montag sind dann zum ersten Mal die Mitarbeitenden dran, das zu bearbeiten. Dann haben wir Zeit. Mein Ausschuss tagt am Donnerstag. Andere Ausschüsse tagen früher. Wir haben quasi formell eine Woche, faktisch eine halbe Woche Zeit, Kontakt mit den Petent*innen aufzunehmen und dürfen denen nicht die Stellungnahme der Staatsregierung geben. Das dürfen wir nicht. Ich habe das mal gemacht und wurde dafür fast gerügt.

(Tanja Schorer-Dremel (CSU): Wir arbeiten am Wochenende auch!)

Dann kommen die in den Ausschuss. Jeder weiß, was in der Stellungnahme steht, was das zentrale Argument ist, warum es scheitern muss. Dann bekommt der Petent gnädigerweise das Wort. Er redet, redet an der Sache vorbei. Dann wird beschlossen, und der Petent wird vor den Kopf gestoßen. Wenn er sagt, in der Stellungnahme stimmt etwas nicht, dann haben wir als Abgeordnete nicht das Recht auf Akteneinsicht, sondern nur der gesamte Ausschuss hat dieses Recht.

(Tanja Schorer-Dremel (CSU): Wo lebt der?)

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Herr Abgeordneter, Ihre Redezeit geht zu Ende.

Toni Schuberl (GRÜNE): Ich habe es mal probiert. Das wurde dann abgelehnt.

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Herr Hofmann, bitte.

Michael Hofmann (CSU): Danke, Herr Vizepräsident. – Also, Sie brauchen mir nicht zu erklären, wie man Petitionen bearbeitet. Ich war fünf Jahre hier im Petitionsausschuss und habe das bis zum Exzess gemacht.

(Zuruf der Abgeordneten Anne Franke (GRÜNE))

– Doch, selbstverständlich! Wissen Sie, nur weil ich nicht das sage, was Sie hören wollen, können Sie mir nicht die Expertise absprechen, Frau Kollegin!

(Beifall bei der CSU – Heiterkeit des Abgeordneten Albert Duin (FDP))

Ich finde, das ist schon eine gewisse Arroganz, die Sie hier an den Tag legen.

(Beifall bei der CSU)

Aber noch einmal: Ich weiß ganz genau, wie man Petitionen bearbeitet, und ich weiß auch ganz genau, dass es vor allem darauf ankommt, mit welcher Hartnäckigkeit und mit welcher Genauigkeit man sich in dem Zusammenhang damit beschäftigt.

(Zuruf des Abgeordneten Toni Schuberl (GRÜNE))

Wenn Sie mir sagen, die Mitarbeitenden kommen am Montag das erste Mal dazu, sich die Petition anzuschauen, dann weiß ich schon, wie der Hase läuft.

(Beifall bei der CSU – Toni Schuberl (GRÜNE): Weil die am Wochenende nicht arbeiten!)

– Es ist Ihre Arbeit, sich damit zu beschäftigen. Sie fangen jetzt schon an zu delegieren. Als Abgeordneter schaue ich mir die Petition am Freitag an, mache mir über das Wochenende Gedanken, und am Montag telefoniere ich notfalls mit dem Petenten, wenn es ein Problem gibt. Wenn ich der Meinung bin, dass es trotzdem

noch bearbeitet werden muss, dann wird man auch darüber reden können, ob man sie vertagt, auch wenn das sehr oft passiert.

(Toni Schubert (GRÜNE): Sie dürfen die Stellungnahme nicht weitergeben!)

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Herr Hofmann, Ihre Redezeit geht zu Ende.

(Beifall bei der CSU)

Michael Hofmann (CSU): Wirklich tragisch! Ich glaube, Sie sollten noch ein paar Jahre hierbleiben.

(Toni Schubert (GRÜNE): Das ist eine Verhinderungspolitik!)

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Wir haben eine zweite Zwischenbemerkung: von der Kollegin Hiersemann, SPD-Fraktion. – Frau Hiersemann, bitte.

Alexandra Hiersemann (SPD): Vielen Dank, Herr Präsident. – Herr Hofmann, ich bin Ihrer Rede mit steigendem Interesse gefolgt. Sie haben hier erklärt, warum es keine Bürgerbeauftragten braucht. Ich teile Ihre Argumentation, weil ich auch der Ansicht bin, dass wir hier 180 Bürgerbeauftragte haben.

Michael Hofmann (CSU): 205!

Alexandra Hiersemann (SPD): Aber Sie haben vergessen, den Hut zu wechseln. Sie tragen ja auch den Hut des Bürgerbeauftragten der Staatsregierung. Kann ich jetzt aus Ihrem Statement schließen, dass Sie dieses Amt für nicht erforderlich halten? Denn Sie haben ja auch als Abgeordneter gesprochen. Ansonsten wären Ihre Ausführungen absurd.

(Beifall bei der SPD)

Michael Hofmann (CSU): Liebe Frau Kollegin Hiersemann, wenn Sie mir zugehört hätten – – Das haben Sie ja, aber Sie haben bei der entscheidenden Passage vielleicht woanders hingesehen oder hingehört. Ich habe ganz klar gesagt: In den zwei Jahren, in denen ich tätig war, habe ich festgestellt, dass es wichtig ist, bei der Bayerischen Staatsregierung angesiedelt zu sein, weil man zusätzlich eine Verknüpfung herstellen kann, weil man sich nämlich nicht allein als Abgeordneter an die Behörden wendet, sondern man hat natürlich als Bürgerbeauftragter auch die Aufgabe, entsprechend zu gewichten.

Ich halte es für einen wesentlichen Punkt, den Bürgerbeauftragten beizubehalten. Es ist auch hilfreich, wenn man in die Gespräche eintritt. Im Übrigen darf ich Ihnen auch sagen: Der Bürgerbeauftragte hat wesentlich mehr Möglichkeiten, im Detail Dinge zu besprechen und zu regeln, auch deutlich zu machen, weil wir hier im Bayerischen Landtag nur bestimmte Entscheidungen zu treffen haben. Das wird aber im Übrigen auch durch den Gesetzesentwurf nicht geändert. Es ist wichtiger, im Bereich dessen, was man vor Ort noch lösen kann, individuelle Lösungen zu finden. Aber hier geht es um "Würdigung", hier geht es um "Berücksichtigung" oder "Material". Das wird im Übrigen durch den Gesetzesentwurf auch nicht geändert.

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Herr Abgeordneter, Ihre Redezeit geht zu Ende.

Michael Hofmann (CSU): Deswegen bin ich der Auffassung: Der Bürgerbeauftragte ist nach wie vor dringend notwendig.

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Nächster Redner ist der Abgeordnete Stefan Löw von der AfD-Fraktion.

(Beifall bei der AfD)

Stefan Löw (AfD): Geschätztes Präsidium, geschätzte Kolleginnen und Kollegen! Heute behandeln wir in Erster Lesung das Gesetz der GRÜNEN zum Thema Petitionen und der Schaffung eines Bürgerbeauftragten. Die GRÜNEN sagen es im Gesetzesentwurf selber: Die Bürgerinnen und Bürger haben in Bayern das verfassungsmäßige Recht, sich mit Petitionen an den Landtag zu wenden. Und: Das bayerische Petitionsrecht gilt als bürgernah. Dann stellen die GRÜNEN noch fest: Die Staatsregierung hat sogar ihrerseits einen eigenen Bürgerbeauftragten installiert.

Was ist also der Hintergrund des Ganzen? – Letztes Jahr wurde mal wieder ein Polizeibeauftragter gefordert und abgelehnt. Jetzt will man diesen quasi durch die Hintertür einführen und noch einen Schritt weitergehen und einen Beauftragten fordern, der in alle Behörden hineinwirken kann.

Worum geht es dabei? – Es geht um Misstrauen; Misstrauen gegenüber den Ämtern, Misstrauen gegenüber den Behörden und Misstrauen gegenüber den Beamten. Welche Klientel dieser Beauftragte vertreten soll, sagen Sie auch ganz klar: Es geht um Beschwerden gegen Staatsanwaltschaften und aus den Justizvollzugsanstalten. Kurz: Es geht um Ihr tief verwurzeltes Misstrauen gegenüber der guten Arbeit unserer Polizei. Das wird unseren Beamten aber nicht gerecht, und dagegen müssen sie auch in Schutz genommen werden. Die AfD steht fest hinter den Beamten, die tagtäglich fleißig und akkurat ihren Dienst leisten.

Auch soll nach Artikel 16 Absatz 2 ein Beschwerderecht Einzug halten. Dabei soll bei Beschwerden gegen eine Behörde immer erst eine einvernehmliche Lösung mit den Petenten gesucht werden. Das wird zur Doppelbelastung bei den Ämtern führen, denn jeder Bürger wird dann natürlich versuchen, eine Extrawurst zu bekommen.

Am Ende wird mit dem Bürgerbeauftragten nur ein Bürokratiemonster geschaffen, mit vielen Versorgungsposten, die den Steuerzahler Millionen von Euro kosten. Schlussendlich hat dieses Land schon mehr als 200 Bürgerbeauftragte; denn das ist die Aufgabe eines jeden von uns als Abgeordnete. Dafür wurden wir gewählt.

(Beifall bei der AfD)

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Nächster Redner ist der Abgeordnete und Vizepräsident Alexander Hold von den FREIEN WÄHLERN.

Alexander Hold (FREIE WÄHLER): Sehr geehrter Herr Präsident, meine Damen und Herren! Frau Kollegin Schuhknecht, genau so haben Sie sich das vorgestellt: Man übernimmt einfach den Großteil eines Gesetzesentwurfes der FREIEN WÄHLER aus der letzten Periode und meint, dann werden die schon zustimmen. Es reicht aber einfach nicht, das Gute aus Gesetzesentwürfen von anderen Fraktionen zu übernehmen, mit ein bisschen grüner Gesetzeslyrik zu garnieren und dann zu sagen: Das werden sie schon übernehmen. Ein Gesetz muss insgesamt gut sein, und das ist Ihr Gesetz einfach nicht, weil Sie bei vielem einfach weit über das Ziel hinausschießen.

Sie wollen einen Bürgerbeauftragten. – Gut. Der Bürgerbeauftragte, so wie Sie ihn konstruieren, braucht eine eigene Behörde, die alle Petitionen sammelt und bearbeitet. Aber nicht nur das: In Artikel 15 Absatz 2 Ihres Entwurfs steht:

Die oder der Bürgerbeauftragte wird tätig, wenn sie oder er hinreichende Anhaltspunkte dafür erhält, dass öffentliche Stellen Angelegenheiten von Einwohnerinnen und Einwohnern rechtswidrig oder unzumutbar erledigen oder erledigt haben.

Das heißt also, Ihre neue Behörde soll nicht nur alle Petitionen an sich reißen, das soll eine Hyperermittlungsbehörde werden, die jenseits von Polizei, Staatsanwaltschaft und Verwaltungsgerichten von sich aus tätig werden soll, sobald sie nur Anhaltspunkte für rechtswidriges Verhalten von öffentlichen Stellen hat.

Aber das ist ja noch nicht alles. Sie soll auch in laufende Verfahren eingreifen können. Und es kommt noch viel besser, wenn man sich diesen Satz genau durchliest: Es reicht, wenn sie Anhaltspunkte dafür hat, dass eine öffentliche Stelle unzumutbar handelt – "unzumutbar". Sie haben die schöne Illusion, dass diese Behörde dann dem Bürger auch noch die Rechtslage erklären soll. Seien Sie mir nicht böse: Eine Superschlaumeier-, Alles-Besserwisser- und Besserkänner-Schnüfflerbehörde wollen Sie da einrichten, und das geht nicht mit uns, meine Damen und Herren.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN, der CSU sowie Abgeordneten der AfD und der FDP)

Im Gesetzentwurf steht, der Bürgerbeauftragte soll die Stellung der Einwohnerinnen und Einwohner stärken. Was Sie damit meinen, steht in der Begründung. Dort heißt es nämlich, der Bürgerbeauftragte soll parteiisch auf der Seite der Einwohnerinnen und Einwohner stehen. Er soll parteiisch auf deren Seite stehen? – Entschuldigung! Meinen Sie das wirklich so? Ihr grundsätzliches Misstrauen gegen jegliches staatliche Handeln ist mir schon bewusst. Aber meinen Sie das wirklich so? Kollege Hofmann hat richtig gesagt: Was heißt denn "auf der Seite der Bürger"? Die einen sind dafür, die anderen sind dagegen, und es gibt zwei Petitionen: eine dafür und eine dagegen. Auf welcher Seite steht er denn dann? Ganz ehrlich: Mit Rechtsstaatlichkeit hat das nichts mehr zu tun, meine Damen und Herren.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN, der CSU sowie Abgeordneten der AfD und der FDP)

Und für diese Aufgabe der Rechtsstaatlichkeit wollen Sie einen Beamtenbehördenapparat mit einer B9-Stelle an der Spitze und einem zusätzlichen vorgelagerten, viel länger dauernden umfangreichen Verfahren. Das heißt, bevor überhaupt über eine Petition entschieden wird, muss der Petent durch das Nadelöhr Bürgerbeauftragter, der Ermittlungen anstellt, der sich direkt an Behörden auf allen Ebenen wendet, der Akten einholt, der eigenständig mit Behörden auf allen Ebenen verhandelt. Die Gemeinden müssten dann übrigens erst einmal Rücksprache mit ihren Aufsichtsbehörden halten und sich das Plazet holen. – Entschuldigung! Wie soll das alles funktionieren? Sie haben die schöne Illusion, dass dieser Bürgerbeauftragte

(Tanja Schorer-Dremel (CSU): Bürokratieaufbau!)

auf eine einvernehmliche Einigung hinarbeitet, nämlich unter dem wunderbaren Stichwort Mediation. Wissen Sie überhaupt, wie aufwendig, wie schwierig ein Mediationsverfahren ist, wie lange es dauert? Übrigens: Die Gerichte, die in der Regel eigentlich schon tätig geworden sind, haben das schon alles versucht. Das haben Sie in jedem Zivilverfahren. Jedes Gericht versucht, eine gütliche Einigung zu er-

reichen. Was Sie wollen, verlängert und entwertet das Petitionsverfahren und sonst gar nichts.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU)

Ganz ehrlich, meine Damen und Herren: Wer sich mit Eingaben oder Beschwerden an den Landtag wendet – so viel Selbstvertrauen und Selbstbewusstsein muss doch sein –, der soll auch beim Landtag landen und nirgendwo sonst.

(Tanja Schorer-Dremel (CSU): So sieht es aus!)

Wir Abgeordnete repräsentieren die Bürger, wir kümmern uns um die Bürger. Jetzt erwarte ich dieses Selbstverständnis: Wir sind unabhängig.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU)

In jedem Petitionsverfahren gibt es einen Berichterstatter von der Opposition und einen von der Regierung. Das klappt aus meiner Sicht ganz gut.

Wenn Sie jetzt immer noch geneigt sind, mir vorzuhalten, dass ein unabhängiger Bürgerbeauftragter doch auch im Gesetzentwurf der FREIEN WÄHLER aus der letzten Legislaturperiode stand, wird umgekehrt ein Schuh daraus. Ich zitiere Ihre Rednerin aus der Debatte über unseren damaligen Gesetzentwurf. Sie sagte gemäß Protokollauszug:

Wir sehen es allerdings kritisch, dass Sie von den FREIEN WÄHLERN das Petitionswesen grundsätzlich umbauen wollen. Sie möchten einen Bürgerbeauftragten als ständigen Vertreter des Petitionsausschusses einführen. Nur wenn dieser keine Lösung erzielen kann, soll die Petition in den Petitionsausschuss gelangen. Das wäre eine massive Änderung im Vergleich zum jetzigen System.

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Herr Kollege, ich darf an Ihre Redezeit erinnern.

Alexander Hold (FREIE WÄHLER):

Das halten wir GRÜNEN nicht für zielführend [...].

(Dr. Fabian Mehring (FREIE WÄHLER): Hört, hört!)

Ende des Zitats von Katharina Schulze. – Danke schön.

(Tanja Schorer-Dremel (CSU): Hört, hört! – Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU)

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Es gibt eine Zwischenbemerkung der Kollegin Stephanie Schuhknecht vom BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

Stephanie Schuhknecht (GRÜNE): Herr Kollege Hold, Sie haben viel über den Bürgerbeauftragten der Staatsregierung gesprochen. Ein kleiner Nebenaspekt: Gestern Abend fand man auf der Seite des Bürgerbeauftragten unter dem Tätigkeitsbericht nur den Fehlercode 404. Wenn die Debatte also etwas Gutes hatte, dann ist es die Tatsache, dass der Fehler immerhin gefunden wurde und man sich jetzt den Tätigkeitsbericht auch anschauen kann. Dies ist jetzt aber eine Randnotiz.

Mir geht es auch gar nicht um den Kollegen Hofmann, sondern mir geht es um die mangelnde Unabhängigkeit dieses Amtes. Der Bürgerbeauftragte in seiner jetzigen

Form ist eben nicht vom Landtag legitimiert; er wird vom Ministerpräsidenten ernannt und kann jederzeit ohne demokratische Kontrolle von ihm wieder entlassen werden, und noch dazu ist er ein Abgeordneter aus einer Regierungsfraktion.

(Tanja Schorer-Dremel (CSU): Ja und?)

Damit ist er weder neutral noch unabhängig. Sie würden mir doch freundlicherweise zustimmen, dass die Unabhängigkeit nicht gegeben ist.

(Tanja Schorer-Dremel (CSU): Sind Sie neutral und unabhängig?)

Der Bürgerbeauftragte, wie wir ihn uns vorstellen, wäre Teil des Landtags, weil er beim Landtagsamt angesiedelt ist.

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Frau Abgeordnete, Ihre Redezeit geht zu Ende.

Stephanie Schuhknecht (GRÜNE): Es ist also nicht so, dass er nicht Teil des Landtages wäre. Sie haben unterstellt, dass dies eine Extraperson wäre. Die Funktion wird nicht vom Landtag abgegeben, sondern ist hier vor Ort angesiedelt.

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Herr Hold, Sie haben das Wort.

Alexander Hold (FREIE WÄHLER): Liebe Kollegin Schuhknecht, ich habe kein Wort über den Bürgerbeauftragten der Staatsregierung verloren. Wir sprechen gerade über einen Bürgerbeauftragten des Bayerischen Landtags, den Sie wollen und von dem Sie sagen, er sei unabhängig. Ich habe Ihnen gerade erzählt: Wie Sie sich das vorstellen, ist er nicht unabhängig, sondern er ist parteiisch.

Ganz ehrlich: Nach meinem Selbstverständnis sehe ich hier 205 Bürgerbeauftragte des Bayerischen Landtages, und dabei soll es auch bleiben.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU)

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Nächste Rednerin ist die Kollegin Alexandra Hiersemann von der SPD-Fraktion.

Alexandra Hiersemann (SPD): Vielen Dank, Herr Präsident! Ich kann sagen, dass wir dem Gesetzentwurf der GRÜNEN, was das Petitionsgesetz angeht, in großen Teilen durchaus nicht ablehnend gegenüberstehen.

Durch die Rede des Kollegen Hofmann ist gerade deutlich geworden: Das, was wir an Transparenz wollen, auch meine Fraktion, ist, Herr Hofmann, durch Ihre Fraktion wohl aufgrund des Rechtes der Mehrheit in inakzeptabler Art und Weise eingeschränkt worden, als Sie sich gegen den Livestream und die Videozuschaltung von Petentinnen und Petenten gerichtet haben, weil Ihre Fraktion nicht wollte, dass die Qualität der Argumente, die teilweise im Ausschuss über Petitionen ausgetauscht werden, in der Öffentlichkeit zu hören ist. Das Recht der Mehrheit muss vom Oppositionsentwurf nicht gestärkt werden. Dies ist auch gar nicht nötig; denn die Mehrheit stärkt ihre eigenen Rechte in der Regel selbst.

Nun aber zurück zum Gesetzentwurf. Natürlich sind bessere Transparenz, Livestream – ein entscheidender Punkt –, bessere Barrierefreiheit und Stärkung des Petitionsrechts alles Dinge, bei denen wir durchaus mitgehen könnten. So kennen uns die GRÜNEN als SPD-Fraktion.

Wir hätten uns manche Punkte so gewünscht, wie sie im Hessischen Petitionsgesetz verankert sind. Wir müssen einen Weg finden – auch das wird aufgegriffen –, die offenen Petitionsplattformen, die im Internet zu sehen sind, in unsere Arbeit

einzubinden; denn tatsächlich glauben die Menschen, die dort unterschrieben haben, sie hätten eine Petition eingereicht. Darüber, wie diese Petition aber dann aus dem Internet zum Bundestag oder zum Landtag flattert, denkt keiner nach. Es gibt also viele Dinge, die weiß Gott heutzutage einer zeitgemäßen Gestaltung des Petitionsgesetzes und damit auch des Petitionsrechts bedürfen würden. Wir haben uns schon darüber ausgetauscht, ob das nun in englischer Sprache erfolgen muss, Frau Kollegin Schuhknecht. Wir, die SPD, sind der Ansicht: Nein, das muss es nicht; Gerichtssprache ist Deutsch.

Der wesentliche Punkt, der uns zögern lässt – wir sind in der Ersten Lesung; insofern muss ich kein Votum abgeben –, unser wesentlicher Kritikpunkt ist der Bürgerbeauftragte. Herr Kollege Hofmann, ich war mit Ihrer Antwort nicht ganz zufrieden, aber ich sehe ein: Besser geht es nicht, wenn man selber Bürgerbeauftragter ist. Der wesentliche Punkt ist, dass wir der festen Überzeugung sind: Wir alle hier sind Bürgerbeauftragte und verstehen uns auch als solche. Wir leisten unsere Arbeit und wollen nicht, dass das Parlament und seine Mitglieder quasi in Teilen entmachtet werden, wenn eben, wie Ihr Gesetzentwurf in Artikel 16 Absatz 2 es sagt, Petitionen vorab zunächst einmal bei einem – das will ich konzedieren – unabhängigen Bürgerbeauftragten landen. Das kann nicht unsere Vorstellung von direktem Dialog mit Bürgerinnen und Bürgern sein.

(Beifall bei der SPD)

Das kann auch nicht unsere Vorstellung von dem sein, was wir im Wesentlichen aus Petitionen ziehen, weil wir nämlich über Beschwerden durchaus mitbekommen, wo etwas im Argen ist.

Herr Hofmann, wir hätten schon zu Ihrer Zeit im Petitionsausschuss – damals war es immer die Schulwegproblematik, wenn Sie sich erinnern – ein Gesetz verabschieden können.

Herr Kollege Hold, wie wahnsinnig "wunderbar" das System ist, möchte ich jetzt mal aus meiner Praxiserfahrung im Petitionsausschuss sagen: Gar so gleich werden die Berichterstatter und die Mitberichterstatter nicht behandelt; da fliegen schon Informationen von den Vertretern der Staatsregierung an die Berichterstatter bzw. Mitberichterstatter, die auf der Mehrheitsseite sitzen. Dennoch sehen wir alle uns als Bürgerbeauftragte und wollen das nicht abgeben.

Insofern sind wir zunächst einmal zurückhaltend. Wir werden sehen, wie sich das Gesetzgebungsverfahren gestaltet. Würden die GRÜNEN von diesem Punkt absehen – ich weiß, dass sie das nicht möchten –, könnten wir uns durchaus über eine grundsätzliche Novelle des Petitionsgesetzes im Bayerischen Landtag unterhalten, die dann allerdings größer ausfallen müsste.

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Frau Abgeordnete, Ihre Redezeit geht zu Ende.

Alexandra Hiersemann (SPD): Dass ein solcher Bürgerbeauftragter unabhängiger wäre als der, mit Verlaub Herr Hofmann, der bei der Bayerischen Staatsregierung angesiedelt ist, mag sein. Vielen Dank für die Verlängerung meiner Redezeit.

(Beifall bei der SPD)

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Frau Kollegin, Herr Hofmann hat sich zu einer Zwischenbemerkung gemeldet. Bitte bleiben Sie noch am Rednerpult. Herr Hofmann gibt Ihnen noch mehr Redezeit.

Alexandra Hiersemann (SPD): Sehr anständig, so kenne ich ihn.

Michael Hofmann (CSU): Liebe Frau Kollegin Hiersemann, ich freue mich, dass die Sympathie über den Petitionsausschuss hinaus erhalten blieb. Da Sie mit meiner Antwort von vorhin nicht zufrieden sind, möchte ich Sie noch folgendermaßen ergänzen: Das Petitionsrecht der Bürgerinnen und Bürger wird durch den Bürgerbeauftragten der Bayerischen Staatsregierung in keiner Weise tangiert. Es besteht durch den Bürgerbeauftragten der Bayerischen Staatsregierung für die Menschen im Land eine weitere Möglichkeit, sich mit ihren Sorgen und Beschwerden an jemanden zu wenden, der sich dann darum kümmert. Im Übrigen war in den letzten drei Jahren ein Aufwuchs zu verzeichnen. Es gibt den Bürgerbeauftragten erst seit drei Jahren. Niemand hier muss Angst haben, dass ihm Arbeit weggenommen wird. Nichtsdestoweniger werden mehr Anliegen an uns herangetragen.

Ich habe vorhin auch gesagt: Als Bürgerbeauftragter der Bayerischen Staatsregierung komme ich in einem Stadium zum Tragen, wo Sie, wenn Sie im Ausschuss Entscheidungen treffen, nur noch nach den Entscheidungen vorgehen müssen, die ich vorhin genannt habe. Ich habe größere Flexibilität. Lassen Sie uns eine schöne Koexistenz weiter fortführen. Das ist zum Wohle der Bürgerinnen und Bürger und nicht gegen deren Wohl.

Alexandra Hiersemann (SPD): Herr Hofmann, das mag sein, dass Ihnen das Freude macht; tatsächlich ist es aber so – seien wir doch mal ehrlich –: Sie kommen zu den Menschen oder insbesondere zu den Behörden und sagen: Grüß Gott, ich bin die Staatsregierung. Grüß Gott, ich komme von der Staatsregierung und mache jetzt eure Probleme weg – um es mal sehr salopp zu formulieren.

Nichts anderes steht hinter diesen diversen Beauftragten, die von der Bayerischen Staatsregierung bestellt werden, die eben nicht aus der Unabhängigkeit des Parlaments kommen. Ich gönne Ihnen das persönlich. Aber das zu vergleichen mit der Arbeit, die wir leisten? – Herr Schubert, ich würde Ihren Einwand verbessern: Wir können auch, wenn wir freitags oder montags die Petitionen lesen, immer noch vertagen oder versuchen, etwas zu erreichen. Herr Hofmann, wir mögen friedlich nebeneinander existieren. Ich habe keine Ahnung, welche Fälle Sie bearbeiten. Ich habe keine Ahnung, ob Dinge davon zu uns in den Ausschuss kommen.

(Michael Hofmann (CSU): Ich wurde noch nie eingeladen!)

– Dann laden Sie sich doch selber ein! Sie sind doch die Staatsregierung. Das ist doch kein Problem.

(Beifall bei der SPD – Michael Hofmann (CSU): Ich bin nicht die Staatsregierung! Das steht auch im Gesetz!)

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Das Wort hat nun der Kollege Albert Duin für die FDP-Fraktion.

Albert Duin (FDP): Verehrter Herr Präsident, verehrte Kolleginnen und Kollegen! Im Vorblatt des Gesetzentwurfs steht in der Problembeschreibung: "Das bayerische Petitionsrecht gilt [...] als bürgernah." – So bezeichnet ihr das. Was wollt ihr jetzt? Mehr Bürokratie aufbauen?

(Tobias Reiß (CSU): Genau!)

Ich hätte unheimlich Angst, wenn wir einen zusätzlichen Bürgerbeauftragten bekommen, der ausfiltert, was zu uns in den Landtag kommt. Da muss ich ja Angst haben, dass er ein grünes Hemdchen anhat; dann bekommen wir nur noch solche Petitionen wie die von der Eselfarm.

(Beifall bei der FDP)

Das ist ein Riesenproblem! Das will ich nicht. Ich will im Petitionsausschuss entscheiden, welche Petitionen ich mitdiskutiere. Ich übernehme das, was ihr mir zuteilt. Frau Schuhknecht, so machen Sie es doch.

(Zuruf von den GRÜNEN: Blödsinn!)

– Natürlich macht sie das. Sie sagt: Der Berichterstatter ist der, und der Mitberichterstatter ist der. Aber wenigstens kommen alle Petitionen in den Landtag! Ich will keine weitere Bürokratie, die außen vorsitzt und vorfiltert. Ich will alle Petitionen sehen. Ich sehe, was wir oft für Blödsinn hereinbekommen – auch das gibt es. Nichtsdestoweniger möchte ich das so.

Frau Hiersemann, wollen Sie sagen, dass wir im Petitionsausschuss so viel Unsinn reden, dass die Staatsregierung deshalb nicht zulässt, dass unsere Ausschusssitzungen online geschaltet werden? Auch ich bin dafür, dass dieses auf alle Fälle online passiert. Ich weiß nicht, ob die Zuschaltung von Petenten von irgendwoher zielführend ist. Das weiß ich nicht. Solange wir die Petenten nur zuhören lassen, ist doch alles in Ordnung. Wenn sich aber jeder Petent zu seiner Petition zu Wort meldet, obwohl von vornherein unter uns klar ist, was passiert, haben wir hinterher Chaos.

(Zuruf des Abgeordneten Toni Schuberl (GRÜNE))

– Natürlich passiert das.

Frau Schuhknecht, Sie und ich haben das doch jetzt auch schon gelernt. Wir sind jetzt die erste Legislaturperiode im Petitionsausschuss. Am Anfang haben wir viel zu viele Wortmeldungen und viel zu viele Berichte zugelassen. Mittlerweile haben Sie das deutlich eingeschränkt. Dafür muss ich Ihnen wirklich ein Lob aussprechen. Das haben Sie in den letzten Monaten oder in den letzten zwei Jahren wirklich gut hinbekommen. Das finde ich klasse. – Wie gesagt, ich kann es nur wiederholen: Mein Vertrauen in einen Bürgerbeauftragten, der noch mal filtert, ist sehr eingeschränkt.

Ich bin auch dagegen, dass Petitionen in englischer Sprache eingelegt werden können. Unsere Amtssprache ist Deutsch – eventuell noch Baierisch, ja, das könnte noch passieren.

(Beifall bei der FDP sowie Abgeordneten der CSU)

Auf alle Fälle hat hier eine Einreichung der Eingabe in deutscher Sprache zu erfolgen. Warum sollen wir übersetzen? Das soll der Petent bitte selber machen. Meistens werden aber die Petenten, die kein Deutsch sprechen, sowieso von Interessenvertretungen vertreten. Wir haben doch selten Petenten vor Ort, die allein auf uns zukommen. Flüchtlinge kommen nicht von selbst auf uns zu.

(Horst Arnold (SPD): Das ist eine Frage des Wissens!)

Der Petent ist niemals derjenige, um den es geht.

(Zuruf von der SPD: Was?)

Das ist immer so. Das ist so. Bei uns im Petitionsausschuss ist der Flüchtling niemals der Petent. Der Petent ist immer jemand, der mit ihm zusammen – –

(Zuruf des Abgeordneten Horst Arnold (SPD))

Das ist ja auch in Ordnung, aber ich will, dass es weiterhin in deutscher Sprache erfolgt. Ach, jetzt kommen Zwischenbemerkungen.

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Herr Duin, Sie haben es richtig erkannt. Es gibt zwei Meldungen zu einer Zwischenbemerkung; die erste kommt vom Kollegen Toni Schuberl von den GRÜNEN.

Toni Schuberl (GRÜNE): Ich möchte klarstellen, dass nicht gefiltert wird. Es wird nicht durch den Bürgerbeauftragten gefiltert. Nach unserem Gesetzentwurf kommt jede Petition, die nicht einvernehmlich gelöst werden konnte, zwingend in den Landtag. Es wird also nicht gefiltert. Sie haben gesagt, es würde gefiltert. Es wird eben nicht gefiltert. Es wird vorher erledigt. Wenn es vorher erledigt ist, dann brauche ich es nicht mehr im Landtag.

Albert Duin (FDP): Dann hast du es doch schon gefiltert.

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Das Wort hat Herr Schuberl.

Toni Schuberl (GRÜNE): Nur um das einmal klarzustellen: Ich bin im Verfassungsausschuss; wir kriegen zum Beispiel Petitionen von Strafgefangenen, in denen der Strafgefangene sagt: Ich habe ein Problem mit dem Anstaltsleiter, deswegen wende ich mich nicht an die Exekutive, sondern an meine Volksvertretung. – Die Petition kommt dann zu uns. Es wird eine Stellungnahme angefordert. Die Stellungnahme der Staatsregierung wird von dem Anstaltsleiter angefordert. Der schreibt dann seine Sicht der Dinge. Die kommt als Stellungnahme der Staatsregierung zu uns und ist die Grundlage für unsere Entscheidung. Das heißt, die Meinung des Anstaltsleiters bildet die Grundlage für unsere Entscheidung, obwohl sich der Strafgefangene, der Petent, an die Volksvertretung gewandt hat, weil er eine andere Gewalt einschalten möchte, nicht die Exekutive.

(Zuruf des Abgeordneten Michael Hofmann (CSU))

Hier ist der Fehler im System. Wenn ein Problem nicht gelöst werden kann, dann käme von dem Bürgerbeauftragten auch eine Stellungnahme, und zwar eine unabhängige.

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Herr Schuberl, Ihre Redezeit geht zu Ende.

Albert Duin (FDP): Herr Kollege, Sie haben gerade genau beschrieben, was "filtern" bedeutet, nämlich dass Sie gewisse Dinge vorher erledigen. Das haben Sie gerade beschrieben.

(Toni Schuberl (GRÜNE): Ich habe beschrieben, wie es jetzt läuft!)

– Ich habe es doch gerade gesagt: Sie haben das Filtern beschrieben. Wir bekommen auch am Donnerstag die Unterlagen. Wir telefonieren hinterher und versuchen herauszufinden, was los ist, sehr oft bei Strafgefangenen. Auch solche Fälle haben wir oft genug bei uns im Petitionsausschuss.

(Toni Schuberl (GRÜNE): Sie telefonieren mit Strafgefangenen? Die dürfen noch gar nicht telefonieren!)

Danke. – Nächste Zwischenfrage.

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Liebe Kolleginnen und Kollegen, für eine weitere Intervention hat nun die Kollegin Alexandra Hiersemann von der SPD das Wort.

Alexandra Hiersemann (SPD): Herr Kollege Duin, Sie müssen ein bisschen aufpassen; denn was Sie hier sagen, kommt ins Protokoll.

Albert Duin (FDP): Ja.

Alexandra Hiersemann (SPD): Sie haben eben behauptet, dass es keinen Petenten gebe, der selber seine Petition einlegen würde, sondern dass es – ich sage es einmal mit meinen eigenen Worten – immer Fremdpetenten wären, also Dritte, die das für die betroffene Person tun. So haben Sie das formuliert. Dazu gab es deutlichen Widerspruch. Das stimmt natürlich schlicht nicht. Manchmal gibt es bei Ausländerpetitionen Fälle, in denen nicht der Betroffene selber die Petition einreicht, sondern der Flüchtlingsbetreuer oder wer auch immer. Wir haben aber ganz viele Petitionen bei allen Themen, die wir im Petitionsausschuss bearbeiten, bei denen der Betroffene selbst die Petition einlegt. Das wollte ich geraderücken.

Der zweite Punkt. Sie haben mich missverstanden. Ich habe argumentiert, dass sich die Mehrheit gegen den Livestream ausgesprochen hat, weil die Mehrheit nicht wollte, dass die Argumente der Mehrheit, wenn Petitionen abgelehnt werden, live übertragen werden. Damit habe ich natürlich nicht Ihre oder meine bahnbrechenden Argumentationen im Petitionsausschuss gemeint.

Albert Duin (FDP): Wir sitzen ja nebeneinander.

Alexandra Hiersemann (SPD): Wir sitzen nebeneinander, aber ich habe den Eindruck, Sie hören nicht immer zu.

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Frau Hiersemann, Sie sind am Ende Ihrer Redezeit.

Alexandra Hiersemann (SPD): Ich meinte ausschließlich, dass die Mehrheit nicht wollte, dass die Ablehnung und die schwache Argumentation im Livestream übertragen werden.

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Das Wort hat Herr Duin.

Albert Duin (FDP): Kollegin Hiersemann, tatsächlich ist es so, dass in jedem Fall eines Flüchtlings, der bei uns im Petitionsausschuss aufschlägt, der Petent nicht der Betroffene ist.

(Alexandra Hiersemann (SPD): Nein, das stimmt nicht!)

– Doch! Wir haben noch keinen Fall gehabt, in dem ein Betroffener aus irgendeinem Land selber der Petent ist. Wir haben bei Flüchtlingen immer Petenten, die die Petition für die Betroffenen einreichen.

(Beifall bei der FDP)

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Das Wort hat der fraktionslose Abgeordnete Raimund Swoboda.

Raimund Swoboda (fraktionslos): Hohes Haus, verehrte Bürger! Dieser Gesetzesantrag entspringt dem typisch grünen Bürokratiewahn mit hoher Detaillierung. – Herr Hold, ein Wort an Sie: Natürlich sind Sie vom Volk gewählt und Bürgerbeauftragter, wie ich auch. Aber Sie sind nicht unabhängig. Sie unterliegen dem Fraktionszwang und damit auch dem Willen der Bayerischen Staatsregierung, um es ganz klar zu sagen. Sie haben gerade ein wenig geflunkert.

Die bisherigen Kontroll- und Aufsichtsrechte wie Einspruch, Widerspruch, Behörden- und Gerichtsinstanzenzug, Dienstfachaufsichtsbeschwerden, Auskunfts- und

Kontrollrechte der Abgeordneten, das Petitionsrecht im Bayerischen Landtag und die unterschiedlichsten Initiativrechte der Sozialverbände, Gewerkschaften und nichtstaatlichen Interessenvertretungen lassen die GRÜNEN völlig kalt und unberücksichtigt. Sie schaffen ein Monstergesetz und wollen hier noch einen weiteren Instanzenzug einführen, nämlich den des Bürgerbeauftragten. Sie wollen damit Step by Step eine Verwandlung des Staatswesens zum Kontrollstaat marxistischer Prägung erreichen, und Sie schüren damit auch das Misstrauen der Bürger und der Petenten in das derzeitige Petitionsverfahren.

Ihnen geht es heute um den Ausbau einer ohnehin schon bestehenden Monsterbürokratie in unserem Staat. Sie wollen eine neue Kontrollbehörde, den omnipotenten Bürgerbeauftragten, der als Anwalt des Bürgers auftreten und in der Besoldungsgruppe B9 eingruppiert werden soll. Was bedeutet das? – Das sind 12.000 Euro monatlich. Darüber hinaus wird er mit Personal, Dienstwagen, Büros und umfassender Befugnis ausgestattet, um die Rechte der multiethnischen Staatsangehörigkeitsrechts-Bürger in Bayern zu stärken.

Ganz nach dem altbekannten Muster der CSU soll dieser Spitzenbeamte vom Landtag ohne Aussprache und Auswahlverfahren gewählt werden. Na toll!

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Herr Abgeordneter, Ihre Redezeit geht zu Ende.

Raimund Swoboda (fraktionslos): Danke, ich komme gleich zum Schluss. – Dies würde zu einem weiteren Hinterzimmer-Postengeschachere in diesem Parteiensystem unseres Staates führen. Das soll Bürgerbeteiligung sein? – Nein, das kann man nur ablehnen. Das ist Staatsparteienirrsinn.

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Das Wort hat nun Frau Kollegin Stephanie Schuhknecht vom BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Sie haben noch knapp viereinhalb Minuten.

Stephanie Schuhknecht (GRÜNE): Vielen Dank. – Lassen Sie mich noch einmal die Gelegenheit ergreifen, ein paar Punkte aufzugreifen. Zu einem modernen Petitionswesen gehört für uns, dass die Einreichung der Petition auf Englisch möglich sein sollte. Ich finde sogar, dass das super zu der Regelung der Petitionsberechtigung passt; denn da steht drin, dass man, egal wo man wohnt und welche Nationalität man hat, Petitionen einreichen kann. Aus meiner Erfahrung kann ich berichten, dass das schon heute passiert. Wir haben englischsprachige Petitionen, ganz häufig von Geflüchteten. Diese sind bisher problemlos und ohne großen Übersetzungsaufwand bearbeitet worden.

(Michael Hofmann (CSU): Aha!)

– Aber nur, weil das Goodwill ist. Das ist nicht die Regel.

(Michael Hofmann (CSU): Es funktioniert!)

Ich bin verwundert, dass Herr Kollege Duin, den ich gerade nicht sehe, dagegen ist; denn die FDP hat vor gar nicht allzu langer Zeit gefordert, Englisch als zweite Verwaltungssprache einzuführen. Mir erschließt sich nicht, warum das bei Petitionen ein Riesenproblem sein soll, wenn bei allen anderen Verwaltungsakten Englisch möglich sein soll. Ich glaube, an dieser Stelle sollten Sie noch einmal in sich gehen.

Dann kam der Vorwurf, das wäre vielleicht eine Person mit grünem Mäntelchen. – Ehrlich gesagt, die Person wird von der Mehrheit im Hohen Haus gewählt. Wenn die Mehrheit so aussieht, dass 51 % bei den GRÜNEN sind, dann ist das wahr-

scheinlich eine Person, die die GRÜNEN gut finden. Aber die Wahrscheinlichkeit, dass das in der nächsten Zeit der Fall sein wird, halte ich eher für gering.

(Florian Streibl (FREIE WÄHLER): Die ist äußerst gering!)

– "Zum Glück" sagen die einen, "leider" sage ich. – Wir wollen gezielt eine Entkopplung und die Amtszeit von fünf Jahren auf sechs Jahre festlegen. Damit erreichen wir eine Entpolitisierung. Das ist dann eine Person, die nicht den politischen Prozessen unterworfen ist.

Zu dem Vorwurf des Bürokratiemonsters. Kurz zu den Kosten: Schon jetzt ist es so, dass der Bürgerbeauftragte, den es schon jetzt gibt, einen sechsköpfigen Stab hat. Aktuell kostet das grob 420.000 Euro, soweit ich weiß. Unser Vorschlag wäre ein unabhängiger Bürgerbeauftragter mit einem zehnköpfigen Stab. Das würde ungefähr 750.000 Euro kosten. Gut, das ist mehr Geld, aber es würde für 330.000 Euro mehr eine Entlastung bei den nachgeordneten Behörden bringen.

Zum Vorwurf, dies sei ein marxistischer Versuch: Ehrlich gesagt, dann sind die Bundesländer, wo es diese Bürgerbeauftragten gibt, nämlich Rheinland-Pfalz, Hessen und Baden-Württemberg, alle marxistisch. Das ist einfach lächerlich. In diesen Ländern funktioniert das sehr gut.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich hoffe sehr, dass wir trotz der heute vorgetragenen massiven Kritik, die mich in der Mehrzahl der Fälle nicht überrascht hat, im Herbst intensiv und unvoreingenommen diskutieren können. Vielleicht können die Regierungsfractionen auch den einen oder anderen Vorschlag würdigen, um in der Sprache der Petitionen zu bleiben. Dafür schon jetzt herzlichen Dank. Ich wünsche Ihnen eine erkenntnisreiche Sommerpause, in der Sie sich unseren Gesetzentwurf noch einmal ein bisschen genauer zu Gemüte führen können. Ich wünsche uns allen noch einen schönen Abend.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Wir haben eine Intervention von Herrn Kollegen Hofmann.

Michael Hofmann (CSU): Frau Kollegin, können Sie mir sagen, wie viele Petitionen der Bayerische Landtag im Jahr 2017 bearbeitet hat? Wissen Sie, wie viele Petitionen bis jetzt in dieser Legislaturperiode bearbeitet wurden? Das sollten Sie eigentlich wissen; denn wir haben am 6. Juli 2021 den Bericht des Petitionsausschusses zur Hälfte der Legislaturperiode behandelt. Können Sie mir erläutern, wie Sie darauf kommen, dass Sie mit dem Personalaufwand, den Sie gerade geschildert haben, zurecht kommen werden?

Stephanie Schuhknecht (GRÜNE): Die Zahl des Jahres 2017 kann ich Ihnen nicht sagen. Das war vor meiner Amtszeit. Ich habe keine historische Recherche betrieben, was vor dem Jahr 2018 hier passiert ist.

(Michael Hofmann (CSU): Das steht in Ihrem eigenen Bericht!)

– Das ist in Ordnung. Sie haben mich gefragt; ich habe diese Zahl nicht präsent. Ich kann sie Ihnen nicht auswendig sagen. Wir haben aber in den letzten Jahren immer weniger Petitionen gehabt. Die Zahl ist zurückgegangen. Corona hat im Gesundheitsbereich relativ viele – –

(Michael Hofmann (CSU): Wie viele waren es in dieser Periode?)

– Ich glaube, wir haben ungefähr 1.200 im Petitionsausschuss bearbeitet.

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Das Wort hat Frau Schuhknecht.

Stephanie Schuhknecht (GRÜNE): Das ist doch nicht der Punkt.

(Michael Hofmann (CSU): Doch!)

– Lassen Sie mich halt ausreden, Herr Hofmann! Die Sache ist doch nicht, dass wir uns hier nur Arbeit machen, sondern wir wollen den Bürgerinnen und Bürgern Lösungen anbieten. Wenn man sich anschaut, wo wir mit § 80 Nummer 3 "Berücksichtigung" helfen konnten – das sind die Punkte, an denen wir arbeiten wollen. Wir wollen mehr Bürgerinnen und Bürgern helfen und ihnen Lösungen anbieten. Das ist das Ziel unseres Gesetzentwurfs. Wie viele Petitionen eingehen, haben wir nicht im Griff. Das hängt auch ein bisschen davon ab, wie gut die Staatsregierung arbeitet.

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Frau Schuhknecht, Ihre Redezeit geht zu Ende.

Stephanie Schuhknecht (GRÜNE): Wenn sie viele Fehler macht, dann gibt es mehr Petitionen.

(Beifall bei den GRÜNEN – Michael Hofmann (CSU): Sie können die Frage nicht beantworten!)

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Danke schön, Frau Schuhknecht. – Der nächste Redner – –

(Toni Schuberl (GRÜNE): Herr Hofmann, wie viele waren es denn 2005? Sagen Sie mir die Zahl bitte! – Heiterkeit bei den GRÜNEN – Michael Hofmann (CSU): Es ist ihr eigener Bericht! Das ist euer Gesetzentwurf! – Unruhe bei der CSU und den GRÜNEN)

– Frau Schuhknecht, Sie können das Rednerpult verlassen. – Der nächste Redner ist der – –

(Anhaltende Unruhe)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir können diese Unterhaltungen gleich nachher in Schleißheim fortsetzen. – Das Wort hat nun der Staatssekretär Sandro Kirchner für die Staatsregierung.

Staatssekretär Sandro Kirchner (Inneres, Sport und Integration): Sehr geehrter Herr Präsident, werte Kolleginnen und Kollegen! Wir haben jetzt schon sehr vielfältig die Inhalte des Gesetzentwurfs erfahren und angesprochen. Es geht um die Bündelung des aktuellen Petitionsverfahrens, der verschiedenen damit verbundenen Möglichkeiten und natürlich auch ganz intensiv um den abhängigen oder unabhängigen Bürgerbeauftragten mit einem gewaltigen Mitarbeiterstab, Frau Schuhknecht.

Ich bin schon etwas irritiert. Wenn man hier den Diskussionen zum Petitionsverfahren zugehört und wahrgenommen hat, wie sich ein Landtag, wie sich ein Parlament und wie sich Ausschüsse selbst wahrnehmen und darstellen, ist es schon etwas merkwürdig, wie die Gewaltenteilung an dieser Stelle abgebildet wird – auch von Ihnen, Frau Hiersemann.

Zu dem Verfahren, wie Petitionen im Bayerischen Landtag gehandhabt werden,

(Unruhe bei den GRÜNEN)

muss ich sagen: Frau Schuhknecht, Sie sind die Vorsitzende des Petitionsausschusses. Viele der von Ihnen angesprochenen Dinge können Sie ganz selbstständig und in eigener Verantwortung lenken, deuten und ableiten, wie Sie das möchten und wie Sie das haben wollen. Es ist schon speziell, das anders dargestellt zu bekommen und wahrzunehmen.

Im Besonderen müssen wir aber schon feststellen, dass die ganzen von Ihnen dargelegten Dinge im Rahmen der Parlamentsautonomie stattfinden und Sie und wir das als Parlament selbst organisieren können.

Wir haben jetzt den Eindruck bekommen: Oje in Bayern! Ich möchte an dieser Stelle feststellen, dass sich die aktuelle Rechtslage und die Praxis, wie Petitionen bei uns im Bayerischen Landtag gehandhabt werden, sehr gut darstellen. Ich habe den Eindruck, dass die Bürgerinnen und Bürger in Bayern sehr große Teilhabe am demokratischen Prozess haben und ihnen ermöglicht wird.

Sie haben gerade über Zahlen gesprochen; Herr Hofmann hat Ihren Bericht als Grundlage dafür genommen. Allein in der letzten Legislaturperiode hat man über 11.000 Petitionen im Bayerischen Landtag begleitet und behandelt. Das zeigt doch, dass gerade in Bayern das Petitionswesen eine Erfolgsgeschichte ist; das sollten wir an dieser Stelle schon einmal betonen und festhalten, bevor wir den Eindruck erwecken, hier gehe nichts. Aber wenn man gleichzeitig sieht – und das ist es, was Herr Hofmann darzustellen versucht hat –, welche Fülle an Eingaben und Petitionen bei uns ansteht, dann muss man sagen, dass es keinen Anlass gibt, irgendetwas an der Situation zu verändern, weil der Prozess, wie er dargestellt wird, angenommen wird. Eine Reform

(Anhaltende Unruhe)

– vielleicht sollten Sie zuhören, wenn Sie einen solchen Gesetzentwurf einbringen – erzeugt entsprechende Nebeneffekte, die dann in der Zuarbeit der Staatsregierung oder anderer nachgeordneter Behörden natürlich einiges auslösen. Die Kollegen haben zu Recht angemahnt, dass damit eine große Bürokratie einhergeht. Das sollten Sie zum Anlass nehmen, sich das im weiteren Gesetzgebungsverfahren noch einmal genauer anzuschauen und zu prüfen, ob der erwartete Nutzen auch den Mehraufwand rechtfertigt.

Ich möchte an der Stelle zum Bürgerbeauftragten kommen. Kollege Hold hat den mutmaßlichen Affront gegen die Abgeordneten hier im Hohen Haus eigentlich schon herausgestellt, weil er aufzeigt, dass hier das Verständnis der Repräsentationsverfahren und das Verständnis der Abgeordneten seitens des Gesetzentwurfs nicht gegeben zu sein scheint. Natürlich ist es die Aufgabe der Abgeordneten, die Bürgeranliegen entsprechend zu vertreten und sich dafür einzusetzen; dafür sind sie vom Bürger gewählt. Rund um die Uhr, sieben Tage die Woche sollten sie dafür zur Verfügung stehen.

(Beifall des Abgeordneten Michael Hofmann (CSU))

Es geht im Wesentlichen eben auch darum, dass sie das entsprechend reflektieren und Vorschläge in die Landtagsarbeit einbringen. Das will ich schon sagen: Wer an dieser Stelle auf einen Bürgerbeauftragten beim Landtag pocht, der hat aus meiner Sicht das Verfahren der repräsentativen Demokratie nicht verstanden. Er hat weder das Mandat noch das damit einhergehende Prinzip verstanden; das ist schon etwas merkwürdig und auch bedenklich.

– Frau Schuhknecht, die von Ihnen eingebrachte Idee ist auch keine neue. 2018 gab es das schon einmal in ähnlicher Form; das unterscheidet sich nur unwesentlich. Sie haben den gleichen Gesetzentwurf ein bisschen aufgepeppt dargebracht; auch damals wurde die Idee von einer sehr großen Mehrheit im Landtag abgelehnt.

Ich sage Ihnen ganz klar: Wir halten die Einrichtung einer unabhängigen Behörde mit einem irre großen Mitarbeiterstab für nicht sinnvoll und auch nicht für erforderlich. Frau Schuhknecht, es ist schon spannend, wenn Sie dann sagen: Ich weiß die Zahlen gar nicht, die damit einhergehen; Herr Hofmann habe Sie da mit irgendwelchen Zahlen konfrontiert. – Das ist doch die ureigendste Grundlage für so eine Entscheidung, die man einbringen möchte, dass man weiß, was auf einen zukommt,

(Beifall bei der CSU)

was das bedeutet und wie das abgebildet werden muss. Da muss ich schon sagen: An der Stelle sind Sie sehr hemdsärmelig unterwegs.

(Beifall bei der CSU – Jürgen Mistol (GRÜNE): Kindergartenniveau!)

– Das ist kein Kindergartenniveau,

(Jürgen Mistol (GRÜNE): Doch! – Zuruf des Abgeordneten Michael Hofmann (CSU))

sondern das sind die Fakten, die da sprechen. Sie bringen ins Gesetzgebungsverfahren vielleicht Kindergartenniveau ein.

Ich will Ihnen die Luft aber wieder rausnehmen. Das ist heute die Erste Lesung. Ich bin der Meinung, dass der Appell an der Stelle ganz wichtig ist: Frau Schuhknecht, Sie sollten vielleicht nicht nur die Sommerferien, sondern auch das weitere Gesetzgebungsverfahren dazu nutzen, sich die Dinge im Detail anzuschauen, alles noch einmal unter die Lupe zu nehmen, um am Ende des Tages auf eine sinnvolle Lösung zu kommen.

(Beifall bei der CSU)

Ich kann Ihnen heute schon sagen, dass wir an der Stelle erhebliche Bedenken und Zweifel haben, dass das, was Sie hier vorhaben, sinnvoll und zielführend ist.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Danke schön. – Die Aussprache ist geschlossen. Ich schlage vor, den Gesetzentwurf dem Ausschuss für Verfassung, Recht, Parlamentsfragen und Integration als federführendem Ausschuss zu überweisen. Erhebt sich Widerspruch? – Das ist nicht der Fall. Dann ist das so beschlossen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich schließe die heutige Sitzung. Ich freue mich, Sie heute Abend alle in einer sicherlich schönen, warmen Sommernacht zu sehen. Danke schön.

(Schluss: 16:27 Uhr)

2. Schreiben des Bayerischen Verfassungsgerichtshofs vom 1. Juli 2022 (Vf. 10-VII-22) betreffend Antrag auf Feststellung der Verfassungswidrigkeit der §§ 36 g Abs. 3, 43 Abs. 6 und 50 Abs. 1 der Geschäftsordnung des Stadtrates von Würzburg vom 21. Oktober 2021

PII-G1310.22-0007
Drs. 18/23661 (G)

Über die Verfassungsstreitigkeit wird gesondert beraten.

Anträge

3. Antrag der Abgeordneten Florian Streibl, Dr. Fabian Mehring, Kerstin Radler u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER), Kerstin Schreyer, Prof. Dr. Gerhard Waschler, Alexander König u.a. CSU
Zukunftsinvestitionen für Clubs und Livemusikspielstätten durch Bundesförderung anstoßen
Drs. 18/22204, 18/23646 (G)

Votum des federführenden Ausschusses für Wirtschaft, Landesentwicklung, Energie, Medien und Digitalisierung

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

4. Antrag der Abgeordneten Gerd Mannes, Franz Bergmüller, Uli Henkel u.a. und Fraktion (AfD)
Bayerische Wirtschaft vor grüner Inflation und Dirigismus schützen III: Keine Ökotoken!
Drs. 18/22207, 18/23663 (A)

Über den Antrag wird gesondert beraten.

5. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Susanne Kurz u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Diversität im Kulturbereich II:
Diversitätskriterien für bayerische Filmfördermittel entwickeln
Drs. 18/22216, 18/23648 (G)

Über den Antrag wird einzeln abgestimmt.

6. Antrag der Abgeordneten Florian Streibl, Dr. Fabian Mehring, Hans Friedl u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Förderung der Umrüstung von Kohleöfen zur Wärmeengewinnung auf moderne Heizanlagen
Drs. 18/22229, 18/23647 (ENTH)

Votum des federführenden Ausschusses für Wirtschaft, Landesentwicklung, Energie, Medien und Digitalisierung

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/> ENTH	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/> ENTH	<input checked="" type="checkbox"/> ENTH

7. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Susanne Kurz u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Diversität im Kulturbereich I: Diversitätskriterien für den Bayerischen Filmpreis entwickeln
Drs. 18/22231, 18/23649 (G)

Über den Antrag wird einzeln abgestimmt.

8. Antrag der Abgeordneten Florian Streibl, Dr. Fabian Mehring, Hans Friedl u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER), Kerstin Schreyer, Alexander König, Benjamin Miskowitsch u.a. CSU
Förderung der Umrüstung von Nachtspeicheröfen auf moderne Heizanlagen
Drs. 18/22272, 18/23650 (G)

Votum des federführenden Ausschusses für Wirtschaft, Landesentwicklung, Energie, Medien und Digitalisierung

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/> A	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/> ENTH	<input checked="" type="checkbox"/> ENTH	<input checked="" type="checkbox"/> ENTH

9. Antrag der Abgeordneten Ruth Müller, Martina Fehlner, Annette Karl u.a. SPD
Lebensmittelverschwendung in allen Bereichen wirksam reduzieren
Drs. 18/22360, 18/23594 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input checked="" type="checkbox"/> A	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/> A	<input checked="" type="checkbox"/> ENTH	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/> ENTH

18. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Christian Zwanziger u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Landesplanung stärken II – Monitoring und Forschung verbessern:
Gründung eines „Bayerischen Landesinstituts für die raumbezogene Forschung“
Drs. 18/22693, 18/23658 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Wirtschaft,
Landesentwicklung, Energie, Medien und Digitalisierung

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

19. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Martin Stümpfig u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Häuser heizen – nicht das Klima:
Energetische Sanierung in Bayern wieder fördern
Drs. 18/22694, 18/23657 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Wirtschaft,
Landesentwicklung, Energie, Medien und Digitalisierung

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

20. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Christian Zwanziger u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Landesplanung stärken IV – Doppelsicherungsverbot abschaffen
Drs. 18/22695, 18/23664 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Wirtschaft,
Landesentwicklung, Energie, Medien und Digitalisierung

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

21. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Christian Zwanziger u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Landesplanung stärken I –
Regionale Planungsverbände weiterentwickeln
Drs. 18/22696, 18/23665 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Wirtschaft,
Landesentwicklung, Energie, Medien und Digitalisierung

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

22. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Christian Zwanziger u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Landesplanung stärken III – Kommunen bei nachhaltiger und bedarfsgerechter Stadt- und Raumplanung unterstützen
Drs. 18/22706, 18/23666 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Wirtschaft,
Landesentwicklung, Energie, Medien und Digitalisierung

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

23. Antrag der Abgeordneten Stefan Löw, Richard Graupner, Christoph Maier u.a. und Fraktion (AfD)
Religiöse Radikalisierung in Bayern stoppen – Innere Sicherheit stärken
Drs. 18/22720, 18/23518 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Verfassung, Recht, Parlamentsfragen und Integration

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

24. Antrag der Abgeordneten Christoph Maier, Stefan Löw, Richard Graupner u.a. und Fraktion (AfD)
Anhörung zur rechtspolitischen Weiterentwicklung bayerischer Asylpolitik
Drs. 18/22721, 18/23519 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Verfassung, Recht, Parlamentsfragen und Integration

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

25. Antrag der Abgeordneten Andreas Winhart, Ralf Stadler, Gerd Mannes u.a. und Fraktion (AfD)
Nutzhanfpotenziale stärker nutzen II:
Sinnlose Kontrollpflichten für nachgelagerte Produkte abschaffen
Drs. 18/22745, 18/23595 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Ernährung, Landwirtschaft und Forsten

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

26. Antrag der Abgeordneten Ralf Stadler, Andreas Winhart, Prof. Dr. Ingo Hahn u.a. und Fraktion (AfD)
Landwirtschaftliche Krisen in den Fokus rücken:
Jetzt nach politischen Lösungen suchen!
Drs. 18/22746, 18/23596 (A)

Über den Antrag wird gesondert beraten.

27. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Thomas Kreuzer, Tobias Reiß, Prof. Dr. Winfried Bausback u.a. und Fraktion (CSU)
Mangel an Saisonarbeitskräften entgegenwirken:
Zeitgrenzen für kurzfristige Minijobs erneut ausweiten
Drs. 18/22778, 18/23659 (G)

Votum des federführenden Ausschusses für Wirtschaft,
Landesentwicklung, Energie, Medien und Digitalisierung

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

28. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Florian Streibl, Dr. Fabian Mehring, Gerald Pittner u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Adäquate Einlagensicherung, insbesondere Erhalt der bewährten Institutssicherungssysteme von Genossenschaftsbanken und Sparkassen
Drs. 18/22779, 18/23660 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für Wirtschaft, Landesentwicklung, Energie, Medien und Digitalisierung

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

29. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Johannes Becher u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Kinderrechte ernst nehmen:
Beauftragte und Beauftragten für Kinderrechte einsetzen!
Drs. 18/22786, 18/23520 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Verfassung, Recht, Parlamentsfragen und Integration

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

30. Antrag der Abgeordneten Prof. Dr. Ingo Hahn, Gerd Mannes, Ralf Stadler u.a. und Fraktion (AfD)
Einführung des Bayerischen Nachhaltigkeitstokens verhindern! -
Freiheitlich demokratische Grundordnung schützen!
Drs. 18/22874, 18/23662 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Wirtschaft, Landesentwicklung, Energie, Medien und Digitalisierung

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

34. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Johannes Becher u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Weniger Bürokratie im Vereinssport – Chancen der Digitalisierung nutzen und Ehrenamt entlasten!
Drs. 18/23028, 18/23641 (ENTH)

Votum des federführenden Ausschusses für
Kommunale Fragen, Innere Sicherheit und Sport

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/> ENTH	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

35. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Florian von Brunn, Markus Rinderspacher, Ruth Müller u.a. und Fraktion (SPD)
Bosnien und Herzegowina: Territoriale Integrität wahren –
Integration in die EU fördern – Frieden und Stabilität sichern
Drs. 18/23212, 18/23627 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Bundes- und
Europaangelegenheiten sowie regionale Beziehungen

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input checked="" type="checkbox"/> A	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/> A	<input checked="" type="checkbox"/> ohne	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

Die AfD-Fraktion hat beantragt, das Votum „**Ablehnung**“ zugrunde zu legen.